

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

18 (1.5.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

FRANZÖSISCHEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 18 — 3. Jahrgang 12.-Nr. 1122 DG AA/Inf./P.

Konstanz/Bodensee, den 1. Mai 1948

Ausgabe D — Preis RM 1,-

Entflechtung — unsozial?

Die Gewerkschaftsvertreter der britischen Zone wandten sich gegen die Zerlegung des IG-Farben-Konzerns mit der Begründung, daß die im Gefolge dieser Maßnahme entstehenden Betriebe unwirtschaftlich würden und deshalb in erster Linie alle sozialen Einrichtungen abgebaut müßten. Wir halten diese Bedenken für wichtig genug, um sie an dieser Stelle aufzugreifen. Es wäre tatsächlich nicht zu verantworten, wenn durch die Zerlegung und Entkonzernierung der Betriebe die sozialen Einrichtungen überhaupt auch nur im geringsten Schaden leiden würden. Besonders erfreulich ist in der Resolution der Gewerkschaften, daß eine Verbindung zwischen der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und den sozialen Leistungen gefunden und zum erstenmal deutlich betont wird. Selbstverständlich kann auch bei bestem sozialen Willen ein Betriebsführer soziale Leistungen nicht aufrechterhalten, wenn sein Betrieb mit Verlust arbeitet. Wenn wir aber einmal unterstellen, daß die Entflechtung so vorgenommen würde, daß die neuen Betriebe wirklich rentabel arbeiten können, dann braucht zunächst keine Gefahr zu bestehen, daß die sozialen Einrichtungen abgebaut werden. Allerdings bleibt das Bedenken, daß insgesamt ein großer Konzern oft günstigere Möglichkeiten für soziale Einrichtungen hat als einzelne Betriebe, aber dieses Bedenken schaltet aus, da die Entflechtung erstens von den Besatzungsmächten gewünscht und zweitens auch von den Sozialisten in Deutschland gefordert wird. Gerade weil große Kreise der deutschen Bevölkerung aus wirtschafts- und staatspolitischen Gründen für eine Entflechtung eintreten, heißt es nun, die deutsche Wirtschaft mit einem starken sozialen Geist zu durchdringen, der nicht nur die angedrohte Klippe überwindet, d. h. die sozialen Einrichtungen bestehen läßt, sondern sich sogar bemüht, ihnen neue hinzuzufügen. X

Vor dem Abschluß Frankreich — Spanien

hfg. Baden-Baden. Wie in gut informierten Kreisen verlautet, erwartet man noch in dieser Woche die Unterzeichnung des neuen Handelsvertrages zwischen Frankreich und Spanien. Es soll eine Einigung, besonders über die schwierige Frage des neuen Peseta-Kurses erfolgt sein. Nach der Abwertung des französischen Francs würde sich auf Grund der neuen Parität zwischen Dollar und zwischen Pfund ein Kurs für den Peseta zwischen 19,60 und 19,70 ffe. ergeben. Von französischer Seite wird aber, um die Ausfuhr nach Spanien zu erleichtern, ein Satz von etwa 15 ffe. für 1 Peseta gewünscht. Der endgültige Satz, auf den man sich geeinigt hat, dürfte wohl in der Mitte liegen. Die spanische Regierung wird ihrerseits, um diesen für sie ungünstigen Kurs zu überwinden, die spanische Ausfuhr, durch die Gewähr von Preisen ermuntern. Die vereinbarte Warenliste lehnt sich weitgehend an die des letzten Handelsvertrages von 1945 an. Für die französische Ausfuhr nach Spanien sind vor allem Werkzeugmaschinen, Eisenbahnmateriale, Webstoffe, Nupfmaschinen, Personenkraftwagen, Antriebsmaterial für Kraftwerke und Bergwerke, elektrische Geräte, optische Instrumente, Kolonialerzeugnisse, verschiedene chemische Erzeugnisse und vor allem Phosphate vorgesehen.

Englischer Kredit an Polen

London. Nach einer amtlichen Meldung erhält Polen von Großbritannien einen Kredit von 6 Mill. £ für die Dauer von drei Jahren zum Ankauf von Gütern in Großbritannien. Das Kreditabkommen steht im Einklang mit dem britisch-polnischen Handelsvertrag.

Herabsetzung der USA-Stahlpreise

New York. Der Präsident der United States Steel Corp., Fairless, erklärte, daß das Unternehmen am 1. Mai die Preise zahlreicher Stahlerzeugnisse um mehr als das Doppelte der im letzten Winter erfolgten Preiserhöhung für Halbfertigwaren herabsetzen wird. Diese Preisreduzierung dürfte einem Betrag von 25 Mill. \$ jährlich entsprechen und auch Rückwirkungen auf die Preispolitik anderer Konzerns auslösen.

Worum es bei der Westunion geht

Die Wirtschaftskraft Europas

Unser Korrespondent in Paris setzt in den hier vorliegenden Ausführungen die unter der Überschrift „Unser Europa“ in unserer Nr. 18 vom 17. v. M. begonnene, wohl nicht bloß persönliche Anschauungen widerspiegelnde Betrachtung der Lage eines in zwei Lager zerfallenden Europas fort — diesmal den bestehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten zugewandt. Ein dritter Artikel über die verschiedenen Aspekte der westlichen Zusammenarbeit — zunächst der französisch-italienischen Zollunion — ist uns angekündigt.

m.a.r.-r. Paris, Ende April.

Sieben Monate nach der Unterzeichnung des ersten, man könnte sagen „prinzipialen“ Berichtes der sechs Nationen im Uhrensal des Quai d'Orsay haben die Vertreter derselben sechzehn Staaten ihre Unterschrift in demselben „Salon de l'Horloge“ unter die große Charta der westeuropäischen Wirtschaftseinheit gesetzt, unter die Geburtsurkunde einer neuen Epoche.

Es war Zeit! Wenn es nicht die Rede in Harvard gegeben hätte, wenn die Ermahnungen des belgischen Ministerpräsidenten Spaak und der Beschlüsse des amerikanischen Kongresses nicht hinzugekommen wären, so hätte Westeuropas den Dingen freien Lauf gelassen. Wir wären weiter bereit geblieben, die abschüssige Bahn des Elends der Anarchie mit der Unruhe bis zum Ende hinauszuleiten, zum großen Vorteil derjenigen, die stumm hinter den Kulissen zusahen, um dann eines Tages, wenn sie den Augenblick als gekommen erachteten, mit Gewalt ihr Programm aufzuzwingen, ihr Programm, das weder national, noch europäisch, und nicht einmal menschlich ist.

Warum hat es angesichts dieses wachsenden Elends so lange Zeit bedurft, bis Westeuropas begriff, wo die Rettung sein konnte, bis es die Dillbunge aus dem Osten verstand, die immer konkreter wurden? Dabei sind die Probleme, die aufgeworfen wurden, von einem Umfang, wie man ihn seit der industriellen

Revolution des 19. Jahrhunderts nicht gekannt hat; sie gehen über die Begriffe, wenn nicht der Mehrheit der europäischen Staatsmänner, so doch wenigstens der Völker hinaus, für die das Ende der Feindseligkeiten einfach die Rückkehr zum Wohlstand und zur Tradition des trägen Lebens zwischen den beiden Kriegen bedeutete.

Es handelt sich um eine Revolution! Die Lebensbedingungen, die Europa seit 100 Jahren als selbstverständlich und normal betrachtete, sind nicht wieder zu erreichen. Europa ist nicht mehr der reichste Erdteil der Welt, Europa ist nicht mehr Gläubiger, es ist Schuldner geworden. Seine außereuropäischen Guthaben sind dahin, die natio-

nalen Reichtümer stark veräußert.

Europa ist arm, es kann, wenn es leben will, nur noch mit seiner Arbeit rechnen. Es ist nicht mehr der am stärksten industrialisierte Kontinent, das Zentrum der Weltproduktion. Die Gravitationsmittelpunkte der Weltwirtschaft haben sich verschoben, Europa liegt außerhalb ihres Geltungsgebietes: Amerika, asiatisches Rußland, morgen vielleicht Osteuropa.

Wird Europa nun aber wenigstens das humanitäre und künstlerische Zentrum, die Geistesfakel der Welt bleiben können, wird es, wenn eines Tages alles, was seinen Wohlstand und sein Lebenspotential ausgemacht hat, weggeschwemmt sein wird, nicht nur noch als ganz primitiver Organismus kämpfen müssen, um am Leben zu bleiben?

Worum geht es denn? Wirtschaftlich gesehen, um die Aufrechterhaltung eines annehmbaren Lebensstandards der europäischen Bevölkerung während der Zeit des Wiederaufbaus. Die wirtschaft-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Außenhandelsplanung der Doppelzone

Erhöhter Devisenbonus A für verschiedene Industrien

Düsseldorf. Der Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft bei der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt a. Main, Freiherr v. Maltzahn, hielt vor der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf einen lebhaft beachteten Vortrag über Außenhandelsfragen. Im folgenden sind die wesentlichen Gedankengänge festgehalten.

Nach der Planung der Verwaltung für Wirtschaft sind im ersten Marshall-Plan-Jahr vom 1. April 1948 bis zum 31. März 1949 Exporte in Höhe von 695 Mill. \$ und Importe in Höhe von 1960 Mill. \$ für die Doppelzone vorgesehen. Auf den Fertigwarexport sollen 290 Mill. \$ entfallen. Im Jahre 1947 betrug die Ausfuhr 322 Mill. \$ einschließlich 36 Mill. \$ für Fertigwaren. Der Exportplan zeigt folgendes Bild:

Eisenhüttenindustrie, Stahlwerke, Schmiederei, Kesselbau usw.	15—20 Mill. \$
Eisen-, Blech- und Metallwaren	20 Mill. \$
Fahrzeugbau	35—40 Mill. \$
Maschinenbau	15—40 Mill. \$
Textilien	15—20 Mill. \$
Wolle	20 Mill. \$
Chemie	15—20 Mill. \$
Ölindustrie	7—8 Mill. \$

Bei dem Anteil der eisenhüttenindustriellen handelt es sich um ein besonderes Problem, da die zwingenden Notwendigkeiten einer inländischen Bedarfdeckung keinen wesentlichen Spielraum für die Ausfuhr gestatten. Im Zuge des Europäischen Hilfeprogramms sollen sogar mehrere hunderttausend t Eisen und Stahl eingeführt werden.

Die Entwicklung der Ausfuhr hängt von drei schwierigen Problemen ab, und zwar von der Rohstoffbeschaffung und der Sicherung aller Produktionsvoraussetzungen, von den Preisen und von den Verkaufs- und Absatzmöglichkeiten. Was die Rohstofffrage anbetrifft, so sieht die Einfuhrplanung 1948/49 rund 400 Mill. \$ vor, davon sind 223 Mill. \$ bereits freigegeben und 125 Mill. \$ schon gekauft. Es besteht die Absicht, die Rohstoffzufuhr mit dem Wassergewicht ins Gleichgewicht zu bringen, und deshalb darf mit Exporten nicht zurückgehalten werden, weil sonst große Schwierigkeiten in der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen eintreten müssen. Für die Preisentwicklung ist das Umrechnungsverhältnis von Bedeutung. Die Relation 1 RM = 30 Dollar-Cents stellt keine dauernde Festlegung dar; die endgültige Fixierung müßte darunter liegen.

Der Devisenbonus A wird in der nächsten Zeit auf 40 % erhöht werden, und zwar soll er zunächst probeweise bei der Textilindustrie als der Fertigung mit dem verhältnismäßig höchsten Verbrauch an ausländischem Rohmaterial und der Keramischen Industrie mit dem geringsten ausländischen Rohstoffbedarf angewandt werden. Nach neueren Meldungen aus Frankfurt ist ein so starkes Erhöhung nicht zu denken; vielmehr wird die Zahl von 15 % genannt.

Wir erfahren, daß auch der Schrottilndustrie ein höherer Devisen-Bonus A zugestanden werden soll. Er soll auf 15 % gesteigert werden zu dem besonderen Zweck, Schrottreserven für den

Export zu mobilisieren. Die Schrottilndustrie soll mit Hilfe des erhöhten Devisenbonus in die Lage versetzt werden, ihren Bedarf an Karbid, Sauerstoffflaschen, Schläuchen, Brennern, Autodecken und Schutzkleidung für die Arbeiter im Ausland zu decken. Auf diese Weise können nun die für die Aufbereitung des Schrottes erforderlichen Hilfsmittel beschafft werden.

Aus dem Devisenbonus B Fonds sind bisher Nahrungsmittel im Gesamtwert von 2,5 Mill. \$ eingekauft worden; davon entfallen 70 % auf Fette. Dieses Instrument der Ausfuhrförderung und der Deviseneinnahme erscheint aber gefährdet, nachdem die Gewerkschaften neuerdings versuchen, Einkauf und Verteilung des Warenimports auf Grund des Bonus B selbstherrlich mit Hilfe der Konsum-Genossenschaften zu regeln. Bei der notwendigen Entwicklung des noch unzureichenden Außenhandelsverfahrens müssen die Selbstverwaltungsorganisationen stärker zum Zuge kommen. Die neuerschaffenden Ausfuhrerhandlungen lassen sich allerdings nicht nach einem starren Schema ausrichten, da die Konstruktion je nach Lage und Personalwahl wandelbar bleiben muß. Handelsverträge und Wirtschaftsabmachungen, in der Entwicklungsstufe bilateral, müssen im Ziel auf multilateraler Basis abgeschlossen werden. Schon jetzt muß die Wirtschaft angesichts voraussichtlich einschneidender handelspolitischer Änderungen Überlegungen über wichtige Grundfragen anstellen, wie z. B. über die Frage der Schutzgüter, Präferenzen usw. Als Ziel der gesamten Außenhandelspolitik schwebt die freie Entfaltung aller Kräfte vor, wobei versucht werden muß, sobald wie möglich von der Devisenbewirtschaftung freizukommen.

Handels- u. Zahlungsabkommen Schweden — Doppelzone

Stockholm. Auf Grund des Abkommens wird Schweden bis Ende 1948 Waren im Betrage von 190 Mill. SKr in die Doppelzone liefern, vor allem Eisen, Holz und Papier. Die Doppelzone wird dafür Waren, hauptsächlich Eisen und fotografische Apparate, im Werte von 150 Mill. SKr nach Schweden ausführen.

Exportverträge 40 Mill. Dollar

Frankfurt. Im März wurden von der Doppelzone Exportverträge für 40 Mill. Dollar unterzeichnet. Die tatsächliche Ausfuhr betrug im ersten Vierteljahr 1948 88 Mill. Dollar, davon allein 20 Mill. Dollar im März.

Holländische Rheinkähne für Kohlentransporte

Frankfurt. Für die Doppelzone wurden holländische Rheinkähne mit einer Tonnage von 115 000 t gechartert, die bis Ende Dezember 1949 hauptsächlich für Kohlentransporte zur Verfügung stehen. Es sollen rund 1 Mill. t Kohle befördert werden.

In dieser Nummer

- Wirtschaftsplan für die französische Zone
- Europäische Stahlproduktion steigt
- Knappe Baubeschlüge
- Sorgenvolle Lederindustrie
- Bayerns Glasindustrie
- Die Uran-Lagerstätten der Welt
- Industrialisierung Chinas
- Südamerika als Eisenerzeuger
- Weltluftverkehrs-Abschlüsse
- Textile Rohstoffe wieder fest

Privatinitiative

Das Wort Privatinitiative ist für viele der Inbegriff des Guten und für viele war es der Inbegriff des Bösen. Wir freuen uns feststellen zu können, daß nunmehr Einigkeit über diesen Begriff herrscht — und diese Einigkeit ist zu Gunsten derer ausgefallen, die dieses Wort für den Inbegriff des Guten hielten. Es ist also nur logisch, wenn wir uns mit denen beschäftigen, von denen man nach ihren früheren Äußerungen annehmen mußte, daß sie die Privatinitiative nicht für gut hielten.

Das offizielle Organ des Zentral-Komitees der kommunistischen Partei, „Der Bolschewik“, beschäftigt sich in seiner letzten Ausgabe mit Fragen der russischen Lohnpolitik und schreibt wörtlich: „Die Forderung der Privatinitiative durch höhere Löhne ist unerlässlich, um die Produktion auszuregen.“ In seinen weiteren Ausführungen fordert dieses Blatt, daß persönliche Interessen der Arbeiter an ihrer Beschäftigung müsse dadurch stimuliert werden, daß man diejenigen besser bezahle, die besser und mehr arbeiten.

Wir entnehmen dieser Forderung, daß sich in der Sowjetunion Ansichten durchzusetzen beginnen, die das alte System der Tarifverträge mit ziemlich starrer Lohnskala überwinden wollen. Da das Bessere des Guten Feind ist, kritisiert man dieses frühere Gute, und „Der Bolschewik“ hat jetzt viel an den starren, gleichmäßigen Löhnen auszusetzen. Das Blatt behauptet sogar, daß gleiche Löhne den Erfolg des kommunistischen Aufbaus gefährden und daß es zu den Gewohnheiten des reaktionären Bourgeois-Klingels gehöre, nach gleich hohen Löhnen zu streben. Nun ist das aber historisch nicht ganz richtig: Gerade die Sozialisten haben die Gewerkschaften gegründet, die Gewerkschaften setzen sich für Tarifverträge ein, und diese sind im allgemeinen auf gleichmäßige Entlohnung abgestellt. Es war also ein erster Erfolg der sozialistischen Bemühungen, die Löhne fixiert zu haben, wenn auch in einer starren Lohnskala. Man wird kaum den Gewerkschaften den Vorwurf machen können, daß sie ein Bourgeois-Klingel seien.

Jedoch war gerade dieses starre Lohnsystem Gegenstand des Bedenkens, das viele Kreise gegen den Sozialismus geltend machten. Das empfindet das kommunistische Blatt auch deutlich, wenn es wörtlich schreibt: „Die Praxis, denjenigen, der kräftig arbeitet, entsprechend zu entlohnen, widerlegt die Bourgeois-Behauptung, wonach der Sozialismus die Persönlichkeit auf ein niederes Niveau herunter nivelliere, die Privatinitiative nicht unterstütze und den Befähigten nicht fördere.“ Dieser Einwand ist tatsächlich von nichtsozialistischen Kreisen immer wieder gemacht worden, eben unter Hinweis auf die stark nivellierenden Tariflöhne. Wenn man nun auch in Sowjetrußland den Wert der Privatinitiative und die Wichtigkeit ihrer materiellen Untermauerung durch differenzierte Löhne erkannt hat und sich für individuelle Löhne einsetzt, dann ist hier wirklich eine Einstimmigkeit in einer sehr wichtigen wirtschaftlichen Frage erreicht worden.

Interessant ist nur noch das Spiel mit dem Wort Privatinitiative. Man versteht darunter bisher die Initiative des Unternehmers, und zwar vor allem in Arbeitnehmerkreisen. Diese Privatinitiative und ihre materielle Untermauerung durch differenzierte Gewinne oder besser durch höhere Gewinne für

Vor einem Wirtschaftsplan für die franz. Zone

Deutsche Sachverständige in Paris — Marshall-Kredite auf 126 Mill. Dollar erhöht

besser geleitete Unternehmen werden die Kommunisten nicht fördern wollen, denn damit würden sie den Erkenntnissen zuwiderhandeln, die Karl Marx in seiner Mehrtheorie festgelegt hat. Doch ist dies in Sowjetrußland kein Problem, weil es dort keinen privaten Besitz an Produktionsmitteln, also auch keine Gewinne aus dieser Art Privatinitiative gibt. Für alle, die nicht in Sowjetrußland leben, ergäbe sich also dann folgende Formulierung: Der Sozialismus kommunistischer Prägung will nicht die Privatinitiative, wohl aber eine differenzierte Entlohnung des Arbeiters, um ihm einen Ansporn zu geben.

Auch in einem anderen Punkt, der damit zusammenhängt, ist man sich nun mit anderen wirtschaftspolitischen Anschauungen einig geworden: Man will die Produktion steigern und mit immer geringeren Mitteln die gleiche oder gar höhere Produktionsleistung erzielen. Selbstverständlich ist es ein Unterschied, ob man dies in einer privaten Wirtschaft oder in einer Staatswirtschaft durchsetzen will, da die daraus resultierenden wirtschaftlichen Erfolge einmal privaten Leuten, zum anderen Mal dem Staat zugute kommen. Trotzdem wollen wir die Einheitlichkeit der wirtschaftspolitischen Zielsetzung herausstellen. Danach steht also, abgesehen von den weltanschaulichen Unterschieden, das Taylorsystem gleichwertig neben dem Stachanosystem.

hfg. Baden-Baden. Die beiden Sachverständigen der französischen Zone für den Marshall-Plan, Professor Armbruster und Präsident Doertenbach, haben sich zusammen mit dem Beauftragten der Militärregierung für den Marshall-Plan, Direktor Maurice Hallé von der Section Economique nach Paris begeben und dort ihre Arbeit aufgenommen. Sie hatten vorher eingehend mit den Dienststellen der Militärregierung sowie mit den Sonderreferenten der drei Länderregierungen für den Marshall-Plan die Grundlagen für ihre Arbeit durchgesprochen. Den Sachverständigen wurde ein umfangreiches und genaues Inventar der wirtschaftlichen Verhältnisse der drei Länder der Zone zur Verfügung gestellt, das ihnen zu ihrer beratenden Tätigkeit in Paris als Grundlage dienen wird. Das ist wirtschaftlichen Grundsätzen der Zone eingehend berücksichtigtes Material wird auch für die Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes für die französische Zone verwendet werden, welcher die Grundlage bilden wird für die Durchführung der Marshall-Hilfe.

In den Unterlagen der Sachverständigen befinden sich Darlegungen über die Verpflichtungen der Wirtschaft der Zone mit den anderen deutschen Wirtschaftsgebieten, in denen auch die Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dargestellt sind. In einem besonderen Anhang, der aus 10 Teilen besteht, werden diese Unterlagen für die Darstellung von Einzelproblemen ergänzt. Sie enthalten die Landwirtschaft, die Ernährungswirtschaft, die Industrie-Erzeugung, den Kohleverbrauch, die Finanzwirtschaft der Zone, die Außenhandelsfrage und hier vor allem die Aufnahmeprobleme, ferner die Forstwirtschaft usw. und zwar immer vom Standpunkt der Wirtschaft der französischen Zone aus.

Die Kredite, welche die französische Zone aus dem Europa-Hilfsplan zunächst erhält, sind gegenüber den ersten Mittellungen dank der Bemühungen der französischen Militärregierung und der deutschen Länderregierungen für die ersten 12 Monate des Planes auf 126 Mill. Dollar erhöht worden. Für die ersten 12 Monate 96,4 Mill. Dollar. Dieser Betrag wird von der Militärregierung für unbedingt notwendig gehalten, um der Wirtschaft der französischen Zone und der Erhaltung ihrer Bevölkerung die Hilfe anzuwenden zu lassen, die sie für die Überwindung der bisherigen Schwierigkeiten braucht.

Die beiden Sachverständigen haben ihre Arbeit in Paris mit den gleichlaufenden Arbeiten der drei Länderreferate weitgehend koordiniert. Dank dem Entgegenkommen der französischen Regierung besteht auch zukünftig engste Verbindung zwischen den Sachverständigen in Paris und den deutschen und französischen Dienststellen in der Zone. Die Wahl der beiden deutschen Sachverständigen dürfte als glücklich bezeichnet werden.

Professor Armbruster, geboren Berliner, der heute 38 Jahre alt ist, hat nach jur. Studium in Freiburg, Heidelberg und Berlin, sowie an der Akademie für internationale Rechte in Den Haag, bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel gearbeitet. Nach dem Zusammenbruch hatte er die Leitung des Informationsamtes beim Staatssekretariat in Tübingen übernommen. 1946 nahm er einen Ruf an die neue Universität in Mainz an, wo er in Vorlesungen seine Spezialgebiete, das Außenhandelsrecht, das internationale Finanzrecht, hierbei vor allem das Zollrecht und die Probleme des öffentlichen und des Völkerrechtes pflügte.

E. Doertenbach, der 37 Jahre zählt, ist in Stuttgart geboren. Nach handelswissenschaftlichen Studien in Stuttgart und Berlin arbeitete er viele Jahre in Süd- und Nordamerika, in England und Frankreich, dessen wirtschaftliche Verhältnisse er genau kennt. 1936 gründete er ein Textilunternehmen in Köln, dessen Anlagen jedoch 1942 durch Bomben zerstört wurden. Er errichtete alsdann in Ieny i. Allgäu und in Buchau am Federsee Textilbetriebe unter der Firma „Doertenbach Textil-Com. A.G.“. Als führender württembergischer Industrieller wurde er zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer für Oberschwaben in Ravensburg gewählt.

Ausland in Kürze

Die österreichische Magnesitindustrie hat die Inlandspreise ab 1. April um 5% gesenkt.

Eine französische Wirtschaftsdelegation ist in Wien eingetroffen, um die Bedingungen für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Österreich zu prüfen.

Das amerikanische Hauptquartier in Wien hat 22,2 Mill. \$ zum Ankauf von Ruhrkohle zur Verfügung gestellt.

In Belgien ist vom 1. Mai ab der Verkauf von Frischmilch, Butter und anderen einheimischen Milchprodukten freigegeben. Rationiert bleibt lediglich der Verkauf von Butter, Margarine, Schmalz und Tafelöl, die eingeführt sind.

Im 1. Halbjahr 1947 hat Italien rund 7000 dt Möbel im Wert von 200 Mill. Lire ausgeführt gegenüber 27—28 000 dt vor dem Krieg.

Die britische Automobilindustrie hat im Monat März alle Produktionsrekorde geschlagen. Sie stellte 19 000 Personenkraftwagen und 6000 Lastwagen her.

Die britische Stahlproduktion betrug im Monat März wöchentlich durchschnittlich 290 700 t. Das bedeutet gegenüber dem Februar eine Steigerung um 1300 Tonnen je Woche.

Polen hat im Jahre 1947 1,5 Mill. t Zement produziert. Der Produktionsplan wurde um 59366 t oder 4,7% überschritten.

Die USA haben in der Tschechoslowakei 200 000 Paar Damen-Luxusschuhe bestellt. In die Sowjetunion hat die Tschechoslowakei 180 000 Paar Schuhe geliefert.

Aus der Tschechoslowakei sind 800 Kisten feiner Liköre nach Großbritannien und eine Wagonladung Pflaumenbranntwein (Slivowitz) nach den USA abgegangen.

Die Waffenwerke in Brünn haben 1947 mit amerikanischer Lizenz 14 500 Stück „Remington“-Schreibmaschinen erzeugt. Nun wollen die Werke aber ihre eigene Marke herstellen, und zwar sollen monatlich 2000 Maschinen auf den Markt kommen.

Der türkische Baumwollmarkt hat einen Stillstand erfahren. Die unverkauften Lager erreichen 8000 t.

In dem türkischen Tabakgebiet am Schwarzen Meer sind von einer Ernte von 15 Mill. kg nur 2 Mill. kg verkauft worden. Dem Vernehmen nach gehen zahlreiche Tabakpflanzer dazu über, Zuckerrüben anzubauen, deren Verkauf weniger ungewiß ist.

Die Verhandlungen zwischen Ägypten und Rußland über den Austausch ägyptischer Baumwolle gegen russische Eisenzeugnisse sind gescheitert.

Die große Frühjahrsmesse in Leningrad ist am 22. April eröffnet worden. Die Messe hat jetzt die Bedeutung der alten traditionellen Messe von Nowgorod und vereint Aussteller aus allen Gegenden der UdSSR. Zum erstenmal werden alle Produkte frei verkauft.

Die UdSSR hat die Absicht, größere Mengen Aluminium in Norwegen zu kaufen. Nach den bisherigen Verhandlungen soll Norwegen zunächst 1000 t Aluminium, das in dem Werk Ardal hergestellt wird, liefern. Über den Ankauf von weiteren 2000 t wird noch verhandelt.

Im Monat Mai werden 15 000 t Rohgummi von den Malaiischen Inseln nach Rußland verfrachtet. Im April waren es nur 3 700 t. Die Russen haben angefragt, ob in Zukunft noch größere Mengen lieferbar sind.

Ford Motor Co., New York, gibt für ihre Modelle des Jahres 1949 eine Preissteigerung bekannt.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat den Antrag der Standard Oil New-Jersey abgelehnt, wonach die Patente, die in der amerikanischen Petroleum- und Chemischen Industrie Verwendung finden und Eigentum der IG-Farben waren, wieder freigegeben werden.

Die USA-Marine verhandelt wegen Lieferung von 10 000 000 Faß iranischen Öls, das noch im Laufe des Jahres geliefert werden soll. Weitere 5 000 000 Faß sollen später verschifft werden.

Im Monat März sind den amerikanischen Verbrauchern 122 933 t Kupfer geliefert worden oder die höchste Menge seit März 1947.

Die Regierung Kanadas hat soeben die Einwanderungsquote für verschleppte Personen Europas von 20 000 auf 30 000 erhöht.

Argentinien hat die Getreideausfuhr nach der Schweiz vorläufig gesperrt. Eine offizielle Begründung dieser Maßnahme wurde bisher nicht gegeben.

Neue Grundpreisliste für Eisen und Stahl

II. Eisen. In einer Pressebesprechung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf wurde am Dienstag, 27. April, die „Anordnung über die Preise für Roheisen, Walzwerk-Fertigerzeugnisse und Schmiedestücke vom 15. April 1948“ des Verwaltungsrates der Vereinigten Wirtschaftsgebiete sowie die Liste der Preise selbst bekanntgegeben. Es sind folgende Grundpreise festgesetzt worden:

- A) Roheisen (je Tonne):
 - 1. Gießerei I alter Preis 78.— RM, neuer Preis 145.— RM Zone I
 - 2. Gießerei III alter Preis 32,50 RM, neuer Preis 142.— RM Zone I
- B) Rohestahl (je Tonne):
 - Roßblock alter Pr. 21,40 RM, neuer Preis 149,60 RM, Frachtgrundlage: Ruhrort oder Dortmund.
- C) Walzstahl (je Tonne):
 - Vorbloche alter Pr. 36,15 RM, neuer Pr. 178 RM, Frachtgrundlage: Ruhrort oder Dortmund.
 - Knüppel alt 96,45 RM, neu 181.— RM, Ruhrort oder Dortmund.
 - Plattinen alt 104,50 RM, neu 181.— RM, Ruhrort oder Dortmund.
 - Stahlstahl alt 118 RM, neu 212,50 RM, Frachtgrundlage: Oberhausen.
 - Waldraht alt 137,10 RM, neu 210 RM, Frachtgrundlage: Oberhausen.
 - Bandstahl alt 132 RM, neu 232 RM, Frachtgrundlage: Oberhausen.
 - Formstahl alt 132,50 RM, neu 209 RM, Frachtgrundlage: Essen.
 - Reichsbahnstahlnetze alt 137,50 RM, neu 254 RM, Frachtgrundlage: Oberhausen.
 - Breitflachstahl alt 120,00 RM, neu 221 RM, Frachtgrundl. Oberhausen.
 - Großblech alt 132,50 RM, neu 234 RM, Frachtgrundlage: Essen.
 - Mittelflech alt 135,50, neu 265.— RM, Frachtgrundlage Essen.
 - Handels-Feinblech alt 134 RM, neu 209 RM, Frachtgrundlage Siegen.
 - Elektroblech (Basis Dynamo 85 mm, 24 Wälzverlust) einzeln RM-Güte alt 284.— RM, neu 481.— RM, Frachtgrundlage Essen.

einen Ausgleich herbeizuführen und einen Stahlpreis von 225 RM zugrunde zu legen, um das sonst entstehende Defizit von 15 RM je Tonne zu beseitigen. Bedauerlicherweise geht die neue Liste von einem Stahlpreis von nur 212,50 RM aus. Das betrübliche Bild, das wir in unserem Artikel „Neue Schatten über der Eisenindustrie“ (Wirtschaftsrevue Nr. 16 vom 17. April) schon gezeichnet hatten, verfinstert sich nun noch mehr. In der Tat läßt die Anwendung der Liste erste Schwierigkeiten für die Werke der eisenschaffenden Industrie befürchten. Es dürfte wohl nichts Anderes übrig bleiben, als die ausländischen Eisenerze wieder zu manipulieren und auf diese Weise zu verbilligen, oder unmittelbare Subventionen zu gewähren.

Deutscher Schrott über Antwerpen und Rotterdam

Ein von der amerikanischen Regierung eingesetzter Ausschuss zur Untersuchung der Verschiffungsmöglichkeiten für 5 bis 10 Mill. t Schrott aus Deutschland hat jetzt vorgeschlagen, diese Schrottmengen über Rotterdam oder Antwerpen zu leiten. Abgesehen davon, daß Schrott auch für die deutsche Industrie in der gegenwärtigen Lage ein wertvoller Rohstoff ist, bedeutet die Verschiffung über Auslandshäfen einen weiteren Verlust für die deutsche Wirtschaft.

Mehr Stahlzuteilungen

Die französische Industrie wird in den nächsten drei Monaten höhere Stahlzuteilungen aus den Reservenbeständen der Regierung erhalten. Diese Zuteilungen sollen in erster Linie für die Reparatur des Wagenparks der Eisenbahn, für die Wasserversorgung der Städte, die Erneuerung der Ausrüstungen der Petroleumraffinerien und eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und Geräten Verwendung finden. Die Automobilindustrie, die gegenwärtig schon wieder mit etwa 85% der Vorkriegskapazität erzeugt, soll als eine der wichtigsten Exportindustrien besonders bevorzugt werden.

Worum es bei der Westunion geht

(Fortsetzung von Seite 1)

liche Charta, die am 16. April unterzeichnet worden ist, beweist, daß die „Sechzehn“, im Bewußtsein der Gefahren der Stunde, klar verstanden haben, daß es sich nicht einfach darum handelte, zu den Lebensbedingungen der Vorkriegszeit zurückzukehren, als vielmehr darum, die Vorbedingungen eines neuen Gleichgewichtes zu schaffen. In diesem Geist handelte denn auch der Kongreß, als er für den Marshall-Plan stimmte.

Es ist indessen festzustellen, daß dieses Gleichgewicht aus einem neuen Impuls und eine neue Bedeutung erhalten hat.

Die „Sechzehn“ beabsichtigen ursprünglich nur eine wirtschaftliche und vorläufige Regelung zustande zu bringen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist begleitet von einem anderen wirksamen Verteidigungsbündnis. In der Tat, Riesen Schritte wurden gemacht: Es kam der Pakt von Brüssel, die französisch-italienische Zollunion (Vorspiel zu einer politischen Allianz, die zwischen diesen beiden Ländern so natürlich wäre) zustande; schließlich gelangte man auch zu einer neuen Art der Betrachtung des deutschen Problems: Deutschland wird zu einem der Teilnehmer, heute zu dem gemeinsamen Werk des Wiederaufbaus, morgen an jenem der gemeinsamen Verteidigung.

Was schließt dieser sich abzeichnende Rahmen ein? Wie steht es um das Kräfteverhältnis gegenüber den anderen „Blöcken“? Die Brüsseler Zeitung „Le Soir“, der wir die folgenden Einzelheiten entnehmen, weiß hierauf die folgende Antwort:

Zunächst die „Fünf“: 500 Millionen Einwohner und Gebiete mit einer auf höchstem erhabenen Produktion, jener Ost-Europas weit überlegen. Ein Schwächeelement ist allerdings der Geburtenrückgang, der nur 15% im Westen gegen 30% im Osten (USA 17%) erreicht. Das ist natürlich besorgniserregend.

Die Kohlenproduktion erreicht 320 Mill. t (90% in den USA), das Doppelte

der Produktion Sowjetrußlands. Ähnlich verhält es sich mit der Industrialisierung überhaupt.

Westeuropa erzeugt 85 Mrd. kW Elektrizität gegen 55 Mrd. in Sowjetrußland (150 in den USA), Stahl 20 Mill. t gegen 20 Mill. t in Rußland und 50 Mill. in den Vereinigten Staaten. Gubeisen 19 Mill. t gegen 15 in Rußland und 40 in den USA; Zink 360 000 Tonnen gegen 75 000 in Rußland und 400 000 in den USA. Westeuropa nimmt 35% der Einfuhren der Welt auf, Sowjetrußland nur 1,5%, die Vereinigten Staaten nur 8%. In der Weltfahrt nimmt Westeuropa die erste Stelle mit 20% gegen 1,5% Rußlands und 13% der Vereinigten Staaten ein.

Diese Andeutungen — eben nur Andeutungen — geben ein Bild von dem „Gewicht“ der westeuropäischen Union. Wenn diese Union bevölkerungspolitisch nicht allen gut dasteht, so gleicht sie diesem Rückstand durch eine weit überlegene Verhältniszahl ihrer Erzeugung und ihrer Möglichkeiten des Austausches aus. Diese Lage gestattet Westeuropa, ohne Furcht zuzusehen, wie Sowjetrußland Länder wie die Tschechoslowakei mit relativ hohem Industriepotential an sich reißt. Westeuropas Vorsprung auf diesem Gebiet bietet ihm Schutz und erlaubt ihm — produzierend und investierend — seine Überlegenheit zu behaupten.

Dann die „Sechzehn“: Wenn wir die sechzehn Länder betrachten, die ihre Unterschrift gesetzt haben und nun Nupseiler des Marshall-Planes sein werden, gelangen wir — Deutschland mit berücksichtigt — zu den folgenden Zahlen: Bevölkerung: 246 Millionen, Kohle: 550 Mill. t, Stahl: 50 Mill. t, Kilowatt: 170 Mrd., 50% der Einfuhren aus und 40% der Ausfuhren nach der übrigen Welt. Alles dieses geht, zusammengefaßt, weit über das hinaus, was die Sowjetunion, selbst die Vereinigten Staaten, auf allen Gebieten, auch dem bevölkerungspolitischen aufzuweisen vermögen. Nun noch Afrika! Vergessen wir

nicht, daß dieser gewaltige Vorrat an Rohstoffen ausschließlich Westeuropa zur Verfügung steht (kein einziges Land jenseits des Eisernen Vorhangs verfügt über Kolonien). In Afrika bestehen noch unermessliche, unzugewandte Möglichkeiten. Es kann Öl, Baumwolle, Kupfer, Zinn, Kohalt, Kadmium, Vanadium, Uranium, Gold... usw. liefern.

Wenn wir außerdem die Kolonialgebiete oder die zusammenreichenden Länder außerhalb Afrikas in Betracht ziehen, dann erhalten wir einen richtigen Begriff von dem „Masse de Manoeuvre“, über die Europa in dem Kampf verfügen würde, den man ihm aufzwingen möchte.

Gewiß, wir brauchen Männer, Kapital, wir müssen begreifen lernen, was alle diese Gebiete für uns bedeuten, und oft in der Geschichte der europäischen Länder — und Frankreichs insbesondere — hat man weder das Eine noch das Andere begriffen). Aber an dem Tag, an dem das harte Muß sich einstellen wird, ist es gewiß, daß Westeuropa es verstehen wird, seine sämtlichen Möglichkeiten einzusetzen.

Wir brauchen nur davon überzeugt zu sein, daß für dieses Europa in seinem heiligen Raum und schwach in seinen Ausstrahlungen, unter dem Druck des Elements die einzige Möglichkeit der Rettung besteht: eine gemeinsame Politik aller seiner Länder bei gemeinsamem Einsatz aller seiner Hilfsmittel.

Gestützt auf ihre interkontinentalen Hilfsquellen und gemeinsam ihre Produktion und Technik einsetzend, werden die europäischen Staaten einen festen Block bilden können, gegen den keine gegenwärtige Macht aufkommen wird. Die Schwierigkeit besteht, wie in einem vorhergehenden Artikel gezeigt wurde, nur darin, die Staaten dazu zu bringen, „europäisch“ zu denken statt „national“. Großbritannien dazu zu führen, nicht mehr der Illusion von dem absoluten Wert seines Weltreiches und der imperialen Vorzugsrechte zu leben. Aus den ewigen Streitereien hinter Gittern und auf Hintertreppen müssen wir heraus.

Neue Kohlenpreise

H. Essen. Für die einzelnen Kohlenarten wurden jetzt auf Grund der durchschnittlichen Kohlenpreiserhöhung um 10 RM je Tonne neue Preise festgesetzt. Für Hausbrandkohle erhöht sich die Preise Anthrazit, hochwertig, von 28 auf 45 RM; Nuß 1—3, mager, von 21 auf 36 RM; Nuß 1—3 von 19 auf 32 RM und Preßkoks von 22 auf 37 RM je Tonne. Eine geringe Preiserhöhung erfahren die als Abfall vorgesehene schlechten Kohlenarten. Der Preis für Industriekohle erhöht sich von 18 auf 29 RM.

Die Nutzsparne für den Kohlenrollhandel soll von 4 auf 3% herabgesetzt und der Bruttonutzen, der bisher 60 Pfg bei 15 RM betrug, auf 75 Pfg bei 25 RM erhöht werden.

Als Auswirkung dieser Preissteigerung erhöhen sich die Preise bei bearbeitetem Eisen um 1 Pfg je Kilo, bei Leder um 4 Pfg je Kilo und bei einem Paar Schuhe um 5 Pfg. Diese Mehrkosten sollen jedoch in die neue Preisgestaltung nicht einbezogen werden.

Vorläufige Berechnungen ergeben eine Kostensteigerung bei Ziegeln um 10%, bei Zementwerken um 10%, Kalk um 10% und bei Steingut um 5,5%.

Gemilderte Demontagebestimmungen

Dortmund. Die Verhandlungen, die von den von Demontage betroffenen westlichen Eisen- und Stahlwerken mit der Bezugsbehörde geführt worden sind, haben den Erfolg von gewissen Erleichterungen gehabt. So bleiben in der Drahtindustrie bei den beiden großen Werken Hamm und Düsseldorf (Krupp bzw. Klöckner) größere Teile der Verfeinerung von der Demontage verschont. Auch im Maschinenbau sind verschiedentlich kleinere Abteilungen von der Demontageliste gestrichen worden. Die Bestimmung, daß die für die Demontage vorgesehene Abgabe von Maschinen und ganzen Werkseinrichtungen nicht vor Jahreschluß zu erfolgen hat, bedeutet für eine größere Anzahl von Werken ebenfalls eine Erleichterung. Im übrigen hat sich an den Demontageforderungen nichts geändert. Der Austausch gegen andere Objekte wurde von der Kommission in vielen Fällen abgelehnt.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. P. Geller, Baden-Baden; verantwortlich für die Steuerbeilage: Peter Becker, München, Zuständiges Verlagspostamt f. franz. Zone: Konstanz; amerik.-engl. Zone: Ethington/Bad. Sets u. Druck: Oberb. Verlagsanstalt Merk & Co. KG, Konstanz, und Badendruck GmbH, Karlsruhe. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beigabe von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehenen Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 3 gültig.

Europäische Stahlproduktion steigt

Höhere Erzeugung als vor dem Kriege — Fehlbedarf als Folge des deutschen Ausfalls

Nach einem Bericht des Stahlausschusses der Wirtschaftskommission für Europa ist der Stahlmangel einer der schwierigsten Engpässe bei dem europäischen Wiederaufbau. Die für dieses Jahr in Westeuropa einschließlich der Westzonen Deutschlands zu erwartende Stahlproduktion wird von diesem Ausschuss auf 33 Mill. t geschätzt. Wenn diese Erzeugungsmenge erreicht wird, bleibt der Bedarf nur um eine Million hinter dem europäischen Gesamtbedarf zurück. Der tatsächliche Fehlbedarf wird jedoch beträchtlich höher liegen, da die Erzeugungsländer ungefähr drei Mill. t Fertigstahl nach Übersee ausführen müssen, um Devisen oder wichtige Rohstoffe zu erlangen.

Alle wichtigen europäischen Stahlproduzenten haben für das laufende Jahr eine weitere Erhöhung ihrer Erzeugung vorgesehen, nachdem schon im Vorjahr zum Teil der Stand des Jahres 1938 überschritten werden konnte. Der Start in den ersten Monaten des laufenden Jahres war günstig und läßt erwarten, daß die Produktionsziele erreicht werden. Wenn für das laufende Jahr noch ein Fehlbedarf bestehen bleiben wird, so ist dies auf den niedrigen Stand der deutschen Stahlproduktion zurückzuführen.

Jahr	1938	1947	1948 *)
Weit insgesamt	110,3	146,8	—
Großbritannien	10,4	12,3	14,5
Frankreich	8,2	3,7	6,5
Saargebiet	2,3	6,3	8,5
Belgien	2,3	2,8	2,8
Luxemburg	1,4	1,8	2,2
Italien	2,3	1,7	2,3
Schweden	1,8	1,3	1,3
Österreich	0,6	0,4	0,6
Deutschl. (Westz.)	17,3	3,8	3,8

*) Planzahlen oder geschätzt auf Grund der Ergebnisse in den ersten Monaten 1948.

Ohne Berücksichtigung der deutschen Stahlproduktion wird die westeuropäische Erzeugung im Jahre 1948 um etwa 4,4 Mill. t höher liegen als in den Jahren 1947 und 1938. Unter Einbeziehung der westdeutschen Produktion ergibt sich für 1947 eine Steigerung um 6,4 Mill. t, jedoch im Vergleich zum Vorkriegsjahr 1938 ein Rückstand von 8,1 Mill. t.

Die Erreichung der für das laufende Jahr vorgesehenen Produktionsziele hängt von der Eisenerz-, Koks- und Schrottversorgung ab. Die Versorgung mit Eisenerz bereitet keine allzu großen Schwierigkeiten. Bei der Koksversorgung stützen sich die westeuropäischen Stahlproduzenten in starkem Maße auf die Ruhrkohlen-Lieferungen. Im zweiten Quartal 1948 erhalten die westeuropäischen Länder 1,96 Mill. t Koks von der Ruhr gegen 1,37 Mill. t im ersten Quartal, wobei unter anderem für Frankreich 640 000 (310 000) t, für Belgien 210 000 (165 000) t und für Luxemburg 100 000 (71 000) t vorgeesehen sind. Die Erhöhung des Koksports ist erst nach Berücksichtigung des deutschen Koksbedarfs für eine Stahlproduktion von jährlich 6 Mill. t erfolgt. Mangel an Schrott besteht bei fast allen Stahlereignern, da die Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege drei Viertel der gesamten Weltausfuhr an Schrott stellten, als Schrottexporteur ausgefallen sind und heute selbst Schrott einführen müssen. Aus der britisch-amerikanischen Zone sollen in den nächsten Monaten 140 000 t Schrott angeführt werden, wovon ein großer Teil nach Großbritannien geht. Der Stahlausschuß der Wirtschaftskommission für Europa hat neue Methoden für

die Verwendung von Schrottschrott und überschüssigem Kriegsmaterial als Schrott angedeutet, um das Aufkommen in Europa zu steigern.

England

Die britische Stahlindustrie, die 1946 mit einer Produktion von 12,9 Mill. t infolge Kohlenmangels ihr Produktionsziel von 13 bis 13,75 Mill. t nicht erreichte, konnte im letzten Quartal des Jahres 1947 bereits eine volle Ausnutzung ihrer gegenwärtigen Kapazität und damit eine Jahresbasis von 14 Mill. t erzielen. In den bisherigen Monaten des laufenden Jahres hat sich die Koks- und Erzeversorgung günstig entwickelt, während die Schrottschaffung noch nicht ausreicht, obwohl die Anlieferungen zur Zeit 10% über dem Vorjahresstand liegen. Die britische Stahlindustrie hofft jedoch, daß es gelingt, in diesem Jahr die Kapazität voll auszunutzen. Unter Berücksichtigung des Stahlaushandels werden aber für den Inlandmarkt die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage anhalten, so daß die Regierung Rationierungsmaßnahmen ergreifen mußte. Die Stahlausweisungen für verschiedene Industriezweige, so für den Schiffbau, mußten für dieses Jahr gekürzt werden, um den Bedarf vorrangiger Industrieerzeugnisse decken zu können. Das Rationalisierungsprogramm der Stahlindustrie, das möglichst bald zu einer Erweiterung der Kapazität führen soll, erfordert gleichfalls gewisse Stahlmengen. Der Stahlmangel bleibt daher vorläufig für Großbritannien ein schwierig zu lösendes Problem.

Frankreich

In Frankreich stieg die Stahlerzeugung in den ersten Monaten des Jahres 1948 über die monatliche Durchschnittsproduktion des Jahres 1938 von 518 000 t an, so daß für das Jahr 1948 mit einer Gesamtproduktion von mindestens 6,5 Mill. t gerechnet wird. Im Hinblick auf die eigene Förderung besteht an Erz kein Mangel. Die Koksversorgung hat sich gebessert, während auf dem Schrottschrott der Bedarf nicht ganz gedeckt werden kann. Schwierigkeiten bereitet auch die Arbeiterfrage. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll die französische Stahlproduktion auf die Höhe des Jahres 1929 mit 10 Mill. t gebracht werden. Einen Zuwachs an Kapazität hat die französische Stahlindustrie durch die Saarlöcher erfahren, deren Leistungsfähigkeit höher nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt ist. Die saarländische Stahlproduktion soll in diesem Jahr gleichfalls eine Steigerung erfahren, die aber von einer vollen Kapazitätsausnutzung noch weit entfernt bleibt. Die französische Stahlindustrie hat sich neuerdings in das Exportgeschäft eingeschaltet und wird daher in Zukunft wieder als Stahlexporteur hervortreten.

Belgien

Belgien hat für das laufende Jahr eine Steigerung der Stahlproduktion auf 3,8 Mill. t vorgeesehen, nachdem im Jahre 1947 mit 2,9 Mill. t bereits 0,6 Mill. t mehr produziert worden sind als im Jahre 1938. Die Monatsproduktion beträgt gegenwärtig rund 300 000 t gegen 225 000 t im Jahre 1947. In den letzten Wochen wurden weitere Hochöfen angeblasen. Unter Feuer stehen jetzt 40 von 62 Einheiten. Die Erz- und Koksversorgung ist durchaus zufriedenstellend.

und bereitet keine Schwierigkeiten. Zwecks besserer Schrottversorgung hat die belgische Schwerindustrie mit dem Schrotthandel kürzlich eine Vereinbarung getroffen, wonach bis 1951 kein Alteisen nach dem Ausland verkauft werden soll. Ohne besondere Anfuhrbewilligung ist die Schrottausfuhr in Belgien vorläufig nicht mehr gestattet. Durch die stetige Erhöhung der Stahlerzeugung konnten die Lieferfristen in letzter Zeit wesentlich abgebaut und die Stahlexporte gesteigert werden. Die eisenschaffende Industrie in Belgien verzeichnet eine ausgesprochene Konjunktur. Für die Modernisierung der Schwerindustrie wurde ein 10-Jahresplan ausgearbeitet, mit dessen Verwirklichung noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden soll.

Luxemburg

Die luxemburgische Stahlindustrie steht gleichfalls im Zeichen einer Aufwärtsentwicklung, die für das Jahr 1948 eine Stahlproduktion von mindestens 2,2 Mill. t erwarten läßt, nachdem der Start in den ersten Monaten des neuen Jahres durchaus günstig war. Die Rohstahlproduktion nahm auf über 170 000 t monatlich zu. Nachdem in den letzten Monaten weitere Hochöfen angeblasen wurden, wird mit einer Erhöhung gerechnet. Im vergangenen Jahr konnte Luxemburg etwa 1 Mill. t Eisen und Stahl exportieren. Für 1948 wird sich die Ausfuhr weiter steigern lassen.

Andere Länder

Italien hat für seine Stahlindustrie einen mehrjährigen Plan aufgestellt, 1948 soll eine Steigerung der Eigenproduktion auf 2,5 Mill. t eintreten, während der Rohstahlbedarf 3,2 Mill. t beträgt. Italien ist also auf die Einfuhr von Stahl angewiesen. Schrottmangel stellt das Eigenproduktionsziel noch in Frage, deshalb bemüht sich Italien auch um Schrottimporte.

Der von Österreich aufgestellte Plan sieht für das Wirtschaftsjahr 1948 bis 1949 (30.6.) eine Rohstahlproduktion von 550 000 t vor gegenüber einer Erzeugung von 356 000 t im Jahre 1947. Gegenwärtig werden monatlich etwa 40 000 t Rohstahl bei einer Kapazität von 83 500 t erzeugt.

Die schwedische Stahlindustrie, deren Kapazität bereits im vorigen Jahr ausgenutzt war, ist zur Zeit mit einem Ausbau ihrer Anlagen beschäftigt. Für das laufende Jahr ist noch mit keiner nennenswerten Steigerung der Erzeugung zu rechnen. Schweden ist Exporteur für hochwertige Qualitätsstähle, während gewöhnliche Stahlsorten eingeführt werden müssen. Im Jahre 1947 betrug die Einfuhr an gewaltem und geschmiedetem Eisen und Stahl 0,67 Mill. t, womit der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Exportiert wurden 0,12 Mill. t Eisen und Stahl.

In den ersten Monaten des Jahres 1948 konnte in der britisch-amerikanischen Zone eine Jahresquote von rund 4 Mill. t erreicht werden. Ab Mitte dieses Jahres wird mit einer ansehnlichen Steigerung der Erzeugung gerechnet. Für das Jahr 1948/49 (31. März) ist eine Produktion von 6 Mill. t vorgeesehen. Der Bedarf der Westzonen kann damit noch nicht gedeckt werden, so daß im Rahmen des Marshall-Planes Stahlimporte vorgeesehen sind, um die westdeutsche Industrie wieder erfolgreich in Gang

bringen zu können. Ein von der Militärregierung eingesetzter Ausschuß befaßt sich zur Zeit mit den Problemen einer beschleunigten Steigerung der westdeutschen Stahlproduktion. Eine stärkere Ausnutzung der westdeutschen Stahlindustrie kann dazu beitragen, den europäischen Fehlbedarf zu decken. H. G.

Gesetzliche Regelung im Braunkohlenbergbau

Essen. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat den Regierungspräsidenten in Köln beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse im rhein. Braunkohlengrube auszuarbeiten und der Landesregierung vorzulegen. Die gesetzliche Regelung wurde notwendig aus den Erfahrungen heraus, daß der Braunkohlenbergbau sehr erhebliche Veränderungen der Erdoberfläche mit sich gebracht hat und künftig mit sich bringen wird, und auch der in Vorbereitung befindliche Braunkohlentiefbau weitgehende Störungen für die jetzt in diesem Gebiet bestehenden landwirtschaftlichen und sonstigen Betriebe zur Folge haben wird. Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, sagt in seiner Einleitung, daß der Bergbau im öffentlichen Interesse liegt und daß deshalb die Allgemeinheit mithelfen müsse, die Lasten des Bergbaus für solche Beeinträchtigungen zu tragen, deren Verhinderung im Bergbau nicht möglich ist. U. a. wird die Festlegung der Abhauverpflichtung des Bergwerkbesizers verlangt, ferner die Regelung der Frage der Beseitigung von Ortschaften oder einzelnen Gebäuden und damit die An- und Umsiedlung der Bewohner, sowie die Beseitigung, Neuanlage und Verlegung von Verkehrsanlagen aller Art einschließlich der Eisenbahnen. Weitere Bestimmungen sprechen über die Verhinderung einer Verschlechterung der Bodengüte und

Tagesdurchschnitt in 1000 t	
230.000 t	300.000 t
2. Halbjahr 1947	244,3 t
1. Vierteljahr 1948	263,5 t
1. Aprilwoche	263,6 t
2. Aprilwoche	271,6 t
3. Aprilwoche	269,6 t
4. Aprilwoche	266,6 t
26. April	266,9 t
27. April	266,1 t

über die Verpflichtung zur Verwendung hochwertiger Erde für Kultuszwecke. Die Bildung von Öfländchen soll bei der Wiederherstellung der Landschaft nach der Durchführung des Bergbaus verhindert werden.

Finanzausgleich in Württemberg

Hfg. Baden-Baden. Nach Genehmigung durch den Landtag hat die württembergische Staatsregierung das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden für das Rechnungsjahr 1947 verkündet. Es bringt einige bemerkenswerte Änderungen gegenüber der früheren Regelung. Auf dem Gebiet der Schullasten leisten die Gemeinden an das Land Beiträge zu den persönlichen Ausgaben für die Volksschulen, Mittelschulen, Höheren Schulen und Berufsschulen. Leistungsschwache Gemeinden erhalten vom Land für die Aufbringung der Beiträge für die Schullasten Zuschüsse.

Zur teilweisen Deckung des Zuschußbedarfs für den Straßenbau erhebt das Land in den Kreisen eine Umlage in Höhe von 80 v. H. des reinen Aufwands, der nach Abzug des für den Straßenbau bestimmten Teiles der früheren Finanzausweisungen des Reiches an das Land (800 RM für 1 km Landstraße I. Ordnung) verbleibt. Die Kreise erhalten vom Land als Träger der Baulast für die Landstraßen II. Ordnung jährlich Zuschüsse, und zwar für jeden ersten Kilometer je 1000 Einwohner eines Kreises 200 RM, für jeden zweiten km je 1000 Einwohner eines Kreises 400 RM und für jeden weiteren Kilometer 600 RM. Die Kreise müssen aus diesen Mitteln an die Gemeinden mit über 6000 Einwohnern, welche Ortsdurchfahrten im Zug von Landstraßen II. Ordnung zu unterhalten haben 400 RM je Kilometer abführen, Gemeinden mit über 6000 Einwohnern, welche Ortsdurchfahrten im

Zug von Reichsstraßen oder Landstraßen I. Ordnung zu unterhalten haben, erhalten vom Land jährlich je Kilometer einen Zuschuß von 800 RM. Auch die Kosten für das Schneeräumen gelten als Teil der Straßenbaulast. Zu den Kosten der staatlichen Gesundheitsämter zahlen die Kreise einen Beitrag von 25 Pf je Einwohner.

Das Land zahlt zu den Kosten der Kreisnahrungs- und Wirtschaftämter einen Zuschuß von 2,40 RM je Einwohner. An diesen Zuschußbeiträgen müssen die Kreise die Gemeinden beteiligen, und zwar die Gemeinden bis zu 3000 Einwohner mit 0,72 RM, die Gemeinden mit mehr als 3000 bis 10 000 Einwohnern mit 1,08 RM und die Gemeinden mit mehr als 11 000 Einwohnern mit 1,44 RM je Einwohner.

Ein kommunaler Ausgleichs- und Hilfsstock

Für die Unterstützung leistungsschwacher, vor allem kriegsbetroffener Gemeinden und zur Hilfe in Fällen besonderer Belastung ist ein kommunaler Ausgleichs- und Hilfsstock gebildet worden. Dieser Stock übernimmt auch die Sicherung eines Mindestaufkommens an Gewerbesteuer für jede Gemeinde. Dem Stock fließen an Mitteln zur Hälfte der 1944 an die Gemeinden ausgeschütteten Schlüsselzuweisungen (mindestens 2 RM je Einwohner) sowie ein vom Finanzministerium festgesetzter Anteil am Gewerbesteuerertrag der Gemeinden, der nicht über 10% betragen soll. Ohne besonderen Antrag erhalten alle Gemeinden aus dem Stock eine Zuweisung, die das Gewerbesteuerertragsverhältnis in den einzelnen Gemeinden auf mindestens 25% des Aufkommens 1942 ergänzt. Den kriegsbetroffenen Gemeinden kann vom Land der Ausfall an Grundsteuer, der in Folge von Zerstörung oder Beschädigung von Gebäuden ganz oder teilweise erlassen oder gestundet worden ist, ersetzt werden, wenn der Ausfall in der Gemeinde mehr als 5% des gesamten Grundsteuereinkommens beträgt.

Eine Einwohnersteuer

Die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohner sind verpflichtet, eine Einwohnersteuer zu erheben. Ausnahmeweise können kleinere Gemeinden von dieser Pflicht befreit werden, wenn nur ein geringfügiges Aufkommen zu erwarten wäre. Die Festsetzung der Steuerhöhe muß nach der Rechtsordnung vom 11. Oktober 1946 erfolgen.

Das Gesetz regelt sodann noch die Umlagen, welche die Kreise auf die Gemeinden erheben müssen. Ferner bestimmt das Gesetz, daß das Land die Aufwendungen für Requisitionslieferungen, für verschleppte Ausländer und für die als erstattungsfähig bestimmten Nachkriegskosten übernimmt, ferner den Verwaltungsaufwand der Kreise und bestimmter Gemeinden, der bei den genannten Aufwendungen entsteht, soweit er angemessen ist. Das Land übernimmt auch die Aufwendungen für Ausgewiesene und erstattet in voller Höhe die an Stelle von Räumungsfamilienunterhalt gewährte Fürsorgeunterstützung. Auch die Aufwendungen an Stelle von Einsparfamilienunterhalt werden ersetzt, jedoch nur in Höhe von 80%.

Am Ausguck: Die Zukunft Westdeutschlands

Ein Problem, bei dessen Klärung keine Zeit mehr zu verlieren ist, bildet die Zukunft Westdeutschlands. Die Einbeziehung der drei westlichen Zonen in den Marshall-Plan und das Wirksamwerden des europäischen Hilfsprogramms machen es notwendig, daß die politischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen getroffen werden, damit die westdeutschen Zonen, die im deutschen und europäischen Interesse gestellten Aufgaben eines wirtschaftlichen Aufbaus erfüllen können. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der gegenwärtig in London tagenden Konferenz der Vertreter der Westmächte eine zunehmend größere Bedeutung zu.

Schon über eine Woche wird an der Thematik von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Benelux-Staaten und der USA die deutsche Frage besprochen. Die Verhandlungen, die etwa drei Wochen dauern dürften, werden hinter verschlossenen Türen geführt. Was darüber bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist nicht viel. Es sei vermerkt, daß die Kommentare der Londoner Presse einen optimistischen Unterton haben. Auch General Lucius Clay, der vor einigen Tagen von London kommend überraschend in Berlin eingetroffen ist, erklärte, daß die Konferenz über Westdeutschland gute Fortschritte mache. Der amerikanische Militärgouverneur fügte in diesem Zusammenhang hinzu, es existiere im Augenblick noch kein genehmigter Plan für die Währungsreform in Westdeutschland und gab zu verstehen, daß die Tür für eine

Währungsreform auf der Viermächte-Grundlage immer noch offen stehe.

Die Konferenz hat nicht die Vollmacht, endgültige und unumstößliche Beschlüsse zu fassen. Sie findet nur statt, um die „informellen Besprechungen“, die Ende Februar eingeleitet und anfangs März unterbrochen wurden, über die Zukunft Westdeutschlands wieder aufzunehmen. Weiterhin sollen die noch zwischen den Vertretern der Westmächte bestehenden „Differenzen“ beseitigt werden. Das Ergebnis der Konferenz wird den Regierungen der beteiligten Länder hernach zur Stellungnahme unterbreitet. Die Schwierigkeiten, die eine rasche Entscheidung verzögern, sind bekannt. Vor allem sind es die Bedenken wegen der Sicherheit vor einem wirtschaftlich wiedererstarkenden Deutschland, welche immer wieder angemeldet werden. Dahinter verbirgt sich natürlich eine Fülle von heiklen und schmerzenden Fragen. Wohl einigte man sich im März dahin, „eine föderative Regierungsform“ zu empfehlen, aber über die politische Gewichtsverteilung in diesem „föderativen“ Gebilde herrscht einwilligen unter den Westmächten noch keine Einigkeit. Was die Ruhr anbelangt, so ist aus den bisherigen Verhandlungen eine grundsätzliche Verständigung darüber zu erkennen, daß das ganze Ruhrgebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt werden soll.

Gegenüber der Londoner Märztagung der Sechsmächte-Konferenz sind aber zwei Kapitel gestrichen worden. Einmal ist es der Punkt „Deutschlands Auf-

nahme in die europäischen Marshall-Plan-Länder“. Er wurde in Paris durch die Unterzeichnung der „Konvention über die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas“ erledigt. Sodann wird jetzt in London nicht über das deutsche Reparationsproblem verhandelt, wie verläutet, weil bereits „ein gewisses Einvernehmen besteht und weil die Delegationen nicht bereit seien, jetzt weiter darüber zu diskutieren“. Es wäre ja auch heilsam, wenn in einem Augenblick, in dem Deutschland die Marshall-Hilfe erhält, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau unter dem Gesichtswinkel von Reparationsansprüchen behandeln zu wollen. In diesem Zusammenhang schreibt Alain Clement, der Sonderkorrespondent von „Le Monde“ aus Frankfurt a. M., daß sich das Problem der amerikanischen Europahilfe für Deutschland nicht anders meistern lasse, als durch die Einschaltung der deutschen Wirtschaft in einen internationalen Kreislauf, der ihm, unabhängig von der Dollarhilfe des Marshall-Planes, gestärkt würde, die bevorstehende, unausweichliche Übergangszeit durchzustehen. „Die Blutraffusion, welche die deutsche Wirtschaft notwendig hat, wenn sie bis zur Gesundung des Patienten fortgesetzt werden soll, geht“, so meint Clement, „über die Kräfte des amerikanischen Schatzamtes.“ Der Korrespondent des Pariser Hattes stellt dann die Frage, was unter diesem Gesichtspunkt die Deutschlandreise des ehemaligen Reichsministers im Kabinett Brüning, Gottfried Treviranus, zu bedeuten habe. Im Auftrage privater amerikanischer Finanzgruppen sei Treviranus von den USA nach Deutschland geriet, um eine Untersuchung über die Lage der deutschen Industrie durchzuführen und um zu prüfen, ob diese als „kreditwürdig“

gelten könne. Wenn das Ergebnis dieser Untersuchungen günstig ausfalle, würden die amerikanischen Kapitalgeber bereit sein, die Lücke zu stopfen, die der Marshall-Plan für Deutschland bestehen lasse. Treviranus sei zu dem Ergebnis gekommen, die deutsche Industrie sei durchaus „kreditwürdig“. Er sei nunmehr nach Amerika zurückgekehrt und werde im Juni wiederum nach Deutschland reisen. „Wenn die Sache zum klappen kommt, würden die deutschen Industriellen Rohstoffe, Halbfabrikate und insbesondere Maschinen erhalten, deren Einfuhr vom Marshall-Plan nicht vorgesehen ist.“ Allerdings stehe diesem Projekt einwilligen noch das Verbot von General Clay entgegen, der durch das amerikanische Oberkommando private Investitionen in Deutschland untersagt habe.

Zu einem Zeitpunkt, in dem die Kluft der Alliierten in Berlin immer unüberbrückbarer wird, erhält die gegenwärtige Deutschlandkonferenz in London somit eine erhöhte Bedeutung. Leider hat es den Anschein, daß die „Times“ nicht zu weit gegangen ist, wenn sie zu Beginn der Verhandlungen schrieb: „Es besteht keine Hoffnung mehr, Deutschland in absehbarer Zukunft zu einigen.“ Wir können nur hoffen und wünschen, daß nunmehr wenigstens für den Westen Deutschlands keine Experimente verfassungsrechtlicher und wirtschaftlicher Art mehr angestellt werden. Sie würden nicht nur auf Kosten des deutschen Volkes gehen, sondern für ganz Europa nachteilig sein. Die Aufgabe der Londoner Besprechungen ist es daher, möglichst rasch die Wünsche und Vorstellungen der einzelnen Westmächte zu präzisieren und mit den größeren, europäischen Notwendigkeiten zu vereinbaren.

Wir greifen auf:

Gelockerte Bewirtschaftung

Die dauernden Ermahnungen der deutschen Presse, die Bewirtschaftung zu lockern, scheinen langsam auf fruchtbaren Boden zu fallen. Schon vor einiger Zeit erschienen die ersten Meldungen, daß in der britischen Zone einige Artikel von der Bewirtschaftung befreit wurden. Aber diese Nachrichten waren noch nicht ganz richtig, wenn sie auch eine gewisse Tendenz erkennen ließen. Jetzt kommen aus Bayern zwei Meldungen die zeigen, daß das Eis gebrochen ist — weil es eben Frühling wird. Auf einer Arbeitstagung des Regierungswirtschaftsamtes Oberbayern wurde mitgeteilt, daß sämtliche elektrische Haushaltsgeräte, wie Heizkäsen, Bügeleisen usw. von nun an bezugsfrei sind. (Nur elektrische Kochplatten bleiben noch bezugsunfähig.) Das Regierungswirtschaftsamt Regensburg teilt mit, daß alle Wirtschaftsgüter ab sofort nicht mehr der Bewirtschaftung unterliegen (Ausnahmen: Bier, Seidel, Wasserbecher, Glasschüsseln und Gläser). Hier sind uns die Ausnahmen etwas weniger verständlich als bei dem Beschluß in Oberbayern. Aber es ist ein Anfang, und so wollen wir dankbar dafür sein und hoffen, daß nun überall in Deutschland die Wirtschaftsministerien an die Auflockerung der Bewirtschaftung gehen. Man würde dadurch gerade kurz vor der Währungsreform ein Einspielen der Preise ermöglichen, was wesentlich besser als die Bewirtschaftung zeigen würde, wo die Konsumgüterproduktion wieder erweitert werden muß. Der wirkliche Bedarf im Rahmen der Kaufkraft zeigt sich erst, wenn Preise unbewirtschafteter Artikel am freien Markt auftauchen. Bei der Bewirtschaftung ist der Bedarf nie richtig festzustellen. x

Mit oder ohne Whisky?

Der republikanische Abgeordnete Hoffmann hat im Abgeordnetentag der USA verlangt, daß Whisky aus der Liste der Waren ausgeschlossen werde, die im Rahmen der Marshall-Hilfe nach Europa geschickt werden. Er sagte wörtlich: „Es hat keinen Sinn, die Europäer betrunken zu machen, um sie davon abzuhalten, sich dem Kommunismus in die Arme zu werfen.“ Hätte der Abgeordnete eine andere Begründung für seinen Antrag gefunden, so würde es sich nicht lohnen, darauf einzugehen, denn selbstverständlich gehört der Whisky nicht zu den Gütern, die wir unbedingt zur Erhaltung der physischen Leistungsfähigkeit oder zum Aufbau unserer Wirtschaft brauchen. Wir verhalten uns aber gegen die Unterstellung, daß wir betrunken gemacht werden müßten, um uns vom Kommunismus zu distanzieren. Bei den meisten Deutschen sind es ganz nüchterne Erwägungen und nüchtern erlebte Erfahrungen, die uns zu einer anderen Wirtschaft- und Staatsform drängen wie die in Rußland durchgeführte. Würde man nämlich an unsere Nüchternheit nicht glauben, dann könnte man genau so gut umgekehrt argumentieren, und ein Amerikaner könnte raten, uns Whisky zu schicken, damit wir uns den Geboten fügen, die mit diesen Gaben verbunden sind. Es ist also schon gut, wenn man uns keinen Whisky schickt. Dann wird weder die eine noch die andere Seite sagen können, daß wir betrunken unsere politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen treffen. Schließlich brauchen wir auch heute keinen Whisky mehr, um unsere Not zu betäuben; denn nun ist es soweit, daß sowohl diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhangs sich die Meinung durchgesetzt hat, es müsse uns geholfen werden, und die Not wird langsam aufhören. x

Amerikaner sollen reisen!

Nach einer INS-Meldung hat Finanzminister Snyder die Amerikaner aufgefordert, mehr Ausländerreisen zu unternehmen, um den Dollarmangel des Auslandes etwas zu beheben. Um diese Reisen den Amerikanern schmackhafter zu machen, liegt dem Kongress sogar ein Gesetzentwurf vor, der eine Erhöhung der zollfreien Einfuhr der von den Touristen im Ausland gekauften Waren von 100 auf 500 \$ vorsieht. Dieser Vorschlag ist nicht zu verachten, denn der Devisenverbrauch der amerikanischen Touristen im Ausland beträgt etwa ein Zehntel des Wertes der amerikanischen Einfuhr.

„Business Week“ macht den Engländern gleich einen Vorschlag, wir die mehr Touristen-Dollar verdienen könnten: Sie sollen besseren Kaffee kochen! Bessere Kaffee würde mehr amerikanische Touristen ins Land bringen. Der Ernährungsminister wurde im Unterhaus dringend ersucht, den englischen Hausfrauen beimbringen, „erträglichen“ Kaffee zuzubereiten. Die amerikanische „National Coffee Assn“ stellte sogar einen Lehrfilm zur Verfügung. Man hatte nämlich herausgefunden, daß die englischen Hausfrauen im Durchschnitt zu wenig Kaffee verwenden und ihn zu lange kochen. Er sei zu schwach.

Der Ernährungsminister hofft, daß der englische Kaffee nach dieser Kaffeezubereitungskampagne besser schmecken werde. Auf diese Weise werden dann

Französische Zone

Der Kreis Kuchem veranstaltete anlässlich einer Werbewache eine Ausstellung, die einen beachtenswerten Querschnitt durch die moselländische Wirtschaft vermittelte. Die bedeutendsten Industrieunternehmen sind das Dachziegelwerk „Mariaschacht“, Tuch- und Webereien, eine Papier- und Möbelfabrik, Werke zur Herstellung von Maschinen und Pressen, Landmaschinen und Elektro-Apparaten. Ein Teil dieser Betriebe steht maßgeblich im Dienste des Exportes.

Im Hafen von Ludwigshafen wurden im März 128 616 t Güter, im Eingang 115 836 t, im Ausgang 12 780 t, umgeschlagen. Es ist der höchste Güterumschlag innerhalb eines Monats seit Kriegsende.

In Herdorf an der Sieg wurde der zweite Hochofen in der nordfranzösischen Zone angeblasen. Die Vorkriegsproduktion betrug 60 000 Tonnen sog. kalterblasesen Siegerländer Spezialroheisen. Die jetzt veranschlagte Jahresproduktion wird sich auf 12—

14 000 t belaufen und namentlich auch Exportzwecken dienen. Die Inbetriebnahme erfolgte innerhalb einer eindrucksvollen Feierstunde, an der Vertreter der deutschen und französischen Regierung teilnahmen.

In einer der größten Eisenbahnwaggon-Reparaturwerkstätten Westdeutschlands, Fa. Haas & Sohn in Sinn, wurden seit Kriegsende insgesamt über 5 000 Eisenbahnwaggons wieder verwendungsfähig gemacht. Durchschnittlich setzt der Betrieb im Monat 200 Waggons instand.

In Neuwied wurde die „Neuwieder Textilwaren-Erzeugung GmbH.“ gegründet, deren Ziel die Herstellung von Leinen-, Damast- und Frottierwaren ist. Mangels Materialien werden gegenwärtig aus Alt- und Abfallstoffen Läufer, Bettumrandungen und Dekorationsstoffe auf Handwebstühlen gefertigt. Der neue Betrieb leidet erheblich unter Facharbeitermangel.

Die Möbelfabrik Baptist Münster in Moselkern (Mosel) hat sich auf die seriennäßige Herstellung von Schlafzimmereinrichtungen spezialisiert.

fung der Rohstoffe ist einigermaßen befriedigend. Aufträge liegen für die nächsten Monate in genügendem Umfang vor.

In dem 1945 gegründeten Verband „Moderation der Hansestadt Hamburg e. V.“ sind zur Zeit sämtliche führenden Hamburger Modehäuser zusammengefaßt. Das Hamburger Modehandwerk, dem rund 5 000 Betriebe zuzählen sind, beschäftigt gegenwärtig mehr Arbeitskräfte als die Modeindustrie, die in rund 200 Firmen etwa 6 000 Beschäftigte aufweist. Unter den Handwerksbetrieben befinden sich 1 700 des Damen- und 1 400 des Herren-

sneiderhandwerks, sowie 220 Betriebe des Kürschner- und Hutmachergewerbes. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in Modehandwerksbetrieben wurde mit 3 bis 4 errechnet. Eine bedeutsame qualitative Besserung hat das Hamburger Modehandwerk nach dem Kriege durch den Zuzug zahlreicher Fachkräfte aus Berlin und vielen Städten der ehemaligen deutschen Ostgebiete erhalten. Im Herrschneiderhandwerk entfallen 55,9% aller Arbeit auf Neuanfertigung und 44,1% auf Reparaturen, während die entsprechende Verteilung im Damenschneiderhandwerk bei 63,2 und 36,8% liegt.

Ostzone

Maßgebliche Stellen für die ostromale Wirtschaftslenkung haben bekanntgegeben lassen, daß der Preistop in der Ostzone unbedingt beibehalten werde. Eine wichtige Grundlage für das feste Preisgefüge, das Lohnniveau, ist vereinzelt aufgegeben worden, indem bei Neufassung von Arbeitsvereinbarungen der Grundlohn in Anpassung an die veränderten Verhältnisse heraufgesetzt worden ist.

In den Forsten des Harzes und Thüringer Waldes sind Zapfkolonnen eingesetzt, die Naturhars gewinnen. Der Rohstoff wird hauptsächlich in Blankenburg weiterverarbeitet. Er soll im vergangenen Jahr einen Produktionswert von 5,5 Mill. RM erreicht haben.

In der sowjetischen Besatzungszone werden in Heidenau und Riesa neue Gummiwerke aufgebaut, die noch in diesem Jahre die Erzeugung von Autoreifen aufnehmen sollen. Jede der Fabriken soll eine Kapazität erhalten, die die Produktion mehrerer tausend Reifen pro Quartal ermöglicht.

In Neumark bei Jüterborg wird die Spezialfabrik Gauasche wieder aufgebaut, die vornehmlich Güllenteile für Getreidemöhlen fertigt.

Die Stadt Aken an der Elbe will mit Unterstützung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt und der Stadt Dessau zur Behebung der Fensterglasnot der vom Bombenkrieg schwer betroffenen Industriezentren des Landes Anhalt eine von der „Dessauer Glas-

hütte GmbH“ zu leitende Glashütte erbauen. An Mitteln sind bereits 1,3 Mill. RM verfügbar, weitere Kapitalien sollen hierfür flüssig gemacht werden. Das neue Unternehmen soll bereits im Frühjahr 1949 mit der Produktion beginnen. Eine Monatserzeugung von 70 t Fensterglas ist für den Anfang vorgesehen. Infolge Mangels an Soda will man für die Glasfertigung Sulphate verwenden.

Die als volkseigener Betrieb arbeitenden Haller Werke, Torgelow (Mecklenburg), produzieren Zahnräder und Rollen für die mecklenburgischen Schiffswerften und stellen Motorengehäuse für die Kraftfahrzeugindustrie der Ostzone her.

In den ehemaligen „Siebel-Flugzeugwerken“ in Halle (Saale) hat sich als „J. W. Werkzeugbau“ ein landeseigener Betrieb eingerichtet, der hauptsächlich Schmitt- und Stanzwerkzeuge herstellt. Sein Warenausstoß hat sich im letzten Vierteljahr beinahe verdreifacht.

Die nach Kriegsende vollkommen demontierten Siemens-Kabelwerke A.-G., Berlin-Siemensstadt, haben soweit wieder aufgebaut, daß von der früher 5 000 Mann starken Belegschaft 1 500 Leute beschäftigt werden. Der Maschinenpark hat 10% des Vorkriegsstandes erreicht.

Die als landeseigener Betrieb arbeitende Mende & Co., Dresden, stellt Radioröhren und Apparate her. Ein Großteil der Produktion wird auf Reparationskonto geliefert.

Die im Kriege beschädigten Anlagen der Farbenfabrik Kalichemie AG., Berlin-Charlottenburg, sind soweit instandgesetzt worden, daß 40% der Fabrikanlagen zu Produktionszwecken benutzt werden können. Der Betrieb stellt wieder chemische Bonfarben aller Art her und hat Auslandsverbindungen zwecks Wiederaufnahme des Exportgeschäftes angeknüpft.

Die Deka Reifenwerke, Ketschendorf bei Fürstenwalde, die ehemals zum Konzern der Deutschen Kabelwerke gehörten, arbeiten als volkseigener Betrieb des Landes Brandenburg. Vor dem Kriege wurden im Werk 1 400 Leute beschäftigt. Das Unternehmen, das demontiert wurde, hat neu aufgebaut und zählt eine Belegschaft von 400 Mann. Zur Zeit werden täglich 200 Auto- und Motorradreifen sowie 400 Schlände produziert. Die Fabrikation soll gesteigert und bis Ende des Jahres verdoppelt werden. Auch die Belegschaftszahl wird sich erhöhen. Der Betrieb verarbeitet neben Buna Natarkautschuk, Talkum und Vulkanisiermittel. Die augenblicklich größte Reifenfabrik der Ostzone hat ein verbessertes Herstellungsverfahren in der Materialmischung entwickelt. In Rohstoffen herrscht lediglich Mangel an Gummis.

Englische Zone

Nach einer Mitteilung des Leiters der Hauptlastverteilung Gas betragen die Ferngas-Lieferungen an die Niederlande, die Ende 1946 aufgenommen wurden, gegenwärtig täglich etwa 240 000 cbm.

Ein umfangreiches Papier-Lohnveredelungs-Geschäft konnte ein Hamburger Unternehmen mit einer tschechoslowakischen Firma abschließen. Das tschechische Unternehmen liefert Zellulose nach Hamburg, die über die Hamburger Firma zu Papier verarbeitet und dann nach der Tschechoslowakei wieder ausgeführt werden wird. Die Kosten werden zum Teil in Rohstoffen und zum Teil in Währung beglichen.

Die Zentralsaukuntzstelle der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung in Düsseldorf, Elisabethstraße 11, gibt bekannt, daß folgende Abwicklungsstellen von Provinzial-Lebensversicherungsanstalten errichtet wurden: Für die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Westpreußen in Pommern, Ostpreußen, Brandenburg, Posen usw.) werden weiterhin von der erwähnten Zentral-Aukuntzstelle in Düsseldorf wahrgenommen. Eine Fortsetzung der Vertragsverhältnisse ist bis auf weiteres nur für Versicherte der beiden erstgenannten Anstalten möglich.

Die Übernahme der Betriebsstelle der am 2. 3. 1948 gegründeten „Hüttenwerk Union, Dortmund“, das aus dem Konzern der Vereinigten Stahlwerke ausgegliedert wurde und das Werk Dortmund des Dortmund-Hörder-Hüttenvereins umfaßt, ist noch nicht erfolgt. Das Werk hat inzwischen die Produktionserlaubnis für SM-Stahl, Walzwerkserzeugnisse und Sintermaterial erhalten. Die Übernahme der Betriebsstelle durch das neue Hüttenwerk soll erst nach Inbetriebnahme erfolgen, was sich voraussichtlich noch bis Anfang Juli hinziehen wird. Schwierigkeiten bereitet besonders die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte.

Die Firma Heinrich Lopa, Augustfehn i. O., beabsichtigt, in der früheren Eisenhütte Augustfehn einen Eisenschmelzofen aufzustellen. Es handelt sich hier um einen Kuppelofen, in dem in der Gießerei das Roheisen für den Guß umgeschmolzen wird.

Die „Bismarck-Fahrrad-Werke AG. in Bergerhof bei Radevormwald (Rhdld.), die im vorigen Jahre ihr 50-jähriges Bestehen feierten, haben in diesen Tagen das 1. Millionste Fahrrad fertiggestellt. Es liegen auch weiterhin bedeutende Auf-

träge vor, indessen ist aus den bekannten Gründen die Ausnutzung der Kapazität noch nicht möglich.

Bei den Vereinigten Glanzstofffabriken AG. in Wuppertal-Elberfeld haben sich besonders im zweiten Halbjahr 1947 die Produktionsverhältnisse unter dem Einfluß von lebhafterer Rohstoffbelieferung günstiger als im vorausgehenden Jahre entwickelt. Die Produktionsmöglichkeit ist aber auch im neuen Jahre von einer normalen Zahl noch erheblich entfernt. Die in der Tschechoslowakei gelegenen großen Betriebe von Glanzstoff sind zugunsten des Staates enteignet worden, arbeiten aber. Was mit den bei Stettin und in Breslau gelegenen Werken geschehen ist, bleibt zunächst noch unbekannt.

Die Tuchfabrik Aachen AG. in Aachen ist im laufenden Jahre relativ unter Berücksichtigung der ganzen Verhältnisse in der Textilindustrie gut beschäftigt. Die Belegschaft konnte weiter aufgefüllt werden, auch die Beschaf-

Amerikanische Zone

Das hayerische Innenministerium hat der Bayernwerk AG., München, den Ausbau der unteren Isar zur Planung übertragen. Einweilen wurden zwei Stufen, die eine etwa 6 km unterhalb Landshut, sowohl von der Militärregierung als auch vom Wirtschaftsrat in die erste Dringlichkeitsstufe eingereiht und Bevorzugung bei der Beschaffung des nötigen Materials zugesagt.

Nach Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Schleusenanlagen wurde jetzt die Strecke des Donau-Main-Kanals zwischen Nürnberg und Kehlheim wieder in Betrieb genommen. Der erste Schleppzug seit Kriegsende ist bereits im Nürnberger Hafen eingetroffen. Voraussichtlich Mitte des Jahres kann die Main und Donau verbindende Wasserstraße wieder ganz befahren werden.

Das bayer. Wirtschaftsministerium hat Kredite zum Wiederaufbau demontierter Betriebe gefordert und beantragt, daß im bayer. Haushalt hiesig ein Anlaufkredit von 22 Mill. RM bereitgestellt werde. Zur Vermeidung von Härten sollen diese Kredite im Rahmen eines allgemeinen Kriegsschuldenausgleichs zinslos oder zu einem möglichst geringen Zinssatz gewährt werden, wobei der Staat die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen soll.

Die Stadt Augsburg hat Verhandlungen eingeleitet über Ausbeutung und

Verwertung der städtischen Abwasser des Lechs und der Wertach durch Errichtung und Betrieb einer Teilanlage zur Gewinnung von Schlammdünger und Methangas nach den Grundrissen für neuzeitliche Klärwerke.

Die Firma Leonh. Schmid, KG., Augsburg, Ulmer Straße 249, hat eine Gießerei neuerbaut.

Die Ziegelwerke Heilbronn-Böckingen AG., die ebenso wie ihr Großaktionär, das Württ. Portland-Zementwerk zu Lauffen a. N. AG., unter Vermögenskontrolle steht, berichtet, daß die Leistungsmöglichkeit der Werke nur mit 40% ausgenutzt werden kann. Die vorhandenen Anlagen sind voll in Ordnung und betriebsfähig. Die Gesellschaft arbeitet zur Zeit auf Grund behördlicher Anordnung nur mit einem Brennofen.

MAN, Werk Nürnberg, ging eine erste Bestellung auf 350 Güterwagen für die Doppelzone zu, die vorläufig insgesamt 3000 Güterwagen und, wenn mehr Rohmaterial durch den Marshall-Plan zur Verfügung steht, noch mehr Wagen zum Bau erhalten soll.

die amerikanischen Touristen zufrieden gestellt und die amerikanischen Kaffee-Exporteure wahrscheinlich auch.

In Deutschland könnten diese Touristen viel sehen und viel lernen. Vor allem aus den Folgen einer entsetzlichen Niederlage. Sie würden Ruinen sehen und dahinter irgendwo einen Schwarzen Markt, auf dem ihre Camel oder Chesterfield 5 RM kostet, d. h. nach dem neuesten Umrechnungskurs mit etwa 1.50 \$ bewertet sind. Sie würden weiterhin feststellen, daß man — nach einem kleinen Rechenbeispiel, das wir nicht verraten wollen — in Deutschland mit Dollars sehr angenehm leben kann. ha

Zuviel eingekauft

Die Schweizer Importeure haben in einem vermeintlich günstigen Augenblick außergewöhnlich viel Ware eingekauft und eingeführt, mehr als abgesetzt werden konnte. Das „Volksrecht“, Zürich, rechnet nun mit einem Preisturz in verschiedenen Waren in

der Schweiz. So seien heute die sogenannten kuppelfreien Zuckersorten nicht anzubringen, obwohl der Preis stark herabgesetzt wurde. Mit ausländischer Schokolade stehe es nicht besser. Eine ausgesprochene Katastrophe zeichne sich bei Kondensmilch ab. Als die Milchproduktion in der Schweiz zurückgegangen sei, habe man 250 000 Kisten Kondensmilch eingeführt, die heute unverkäuflich ist, wobei einige Sorten wenig haltbar seien. Jetzt versuche man, diese Kondensmilchmengen in Form von Liebesgabenpaketen loszuwerden.

So werden wir bald etwa lesen können: „Einwandfreie vitaminreiche Kondensmilch, Geschmacksrichtungen zu 10, 20 und 50 Dosen... eruchen Sie ihre Schweizer Freunde und Verwandten um ein Liebesgabenpaket Vita-Milch 36“. Womit eben diese wohlmeinenden Schweizer die spekulierenden vor Verlusten schützen sollen. Manchmal ist es gar nicht gut, eine gewill nicht ewig anhaltende Konjunktur mit einem solchen Eifer ansüßigen zu wollen; man übernimmt sich leicht. ha

Im Winter Arctic ...



Jetzt:



Mobilöel



... das Autoöl in Friedensqualität

DEUTSCHE VACUUM OIL AKTIENGESELLSCHAFT HAMBURG

Knappe Baubeschläge

Vorbedingungen für Beseitigung dieses Engpasses

Die Baubeschlagindustrie kann seit längerem nicht mehr auch nur einigermaßen ausreichend produzieren. Ihr Fehlen ist an den erforderlichen Rohstoffen in erster Linie an Leichtmetallen.

Es ist nun nicht so, daß die Baubeschlagindustrie in diesem Engpaß hineingeschlittert wäre. Vielmehr hat die Fachabteilung „Gegossene Baubeschläge aus NE-Metall“ im Fachverband Schloß- und Beschlagindustrie schon vom Jahre 1945 an auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Sie hat mit steigender Sorge auf die stetige Verringerung der Leichtmetallvorräte verwiesen und die damit verbundene Schrumpfung ihrer Produktion vorausgesagt. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer straffen Kontrolle der aufgewendeten Kleinbetriebe sowie die dort unkontrollierbare Produktion nicht lebenswichtiger Güter und die damit verbundene Vergewandung von Leichtmetall hat sie dargelegt, daß große Leichtmetallmengen für eine Jahre lange Sicherung der Rohstoffgrundlage der Beschlagindustrie hätten gewonnen werden können, wenn rechtzeitig zeitlich begrenzte Verwendungsverbote erlassen worden wären. Auch heute noch setzt sich für ein derartiges Herstellungsverbot nicht lebensnotwendiger Güter und eine straffe Kontrolle ein. Bei einer weiteren unzureichenden Metallerteilung wird sich die Produktionsbasis der Beschlagindustrie in kürzester Zeit auflösen, schwere Schäden in sozialer, steuerlicher und kommerzieller Hinsicht für die Branche und noch vermehrte Hemmnisse im Wohnungsbau würden die Folge sein.

Vom Schwermetall zum Leichtmetall

So weit, kurz gekennzeichnet, die augenblickliche Lage in der Versorgung der Branche mit Leichtmetall. Aber muß es Leichtmetall sein? Vorläufer war die Bronze, doch seit drei Jahrzehnten hat sich die Verwendung von Leichtmetall zu Beschlägen bewährt; sie stützt sich auf wertvolle wirtschaftliche, technische, hygienische und ästhetische Vorteile. Auch der Gedanke der Inkaufnahme einer Herabsetzung unseres Lebensstandards schlägt fehl, da die technische Entwicklung in der ganzen Welt von Schwermetall zum Leichtmetall fortschreitet. Mit dieser steigt in allen Kulturstaaten die Verwendung von Leichtmetall für Baubeschlag und zwar aus den besten Legierungen aus Reinaluminium. Mit dem Herstellungsverbot von Reinaluminium im Jahre 1945 fiel zwangsläufig die Produktion von Beschlägen aus Hüttenaluminium-Legierungen (Hydronalium, KS-Seewasserlegierungen auf Chrombasis u. a.), die zu den bevorzugtesten Rohmaterialien der Beschlagindustrie gehören, aus, so daß sich die Firmen auf die Verarbeitung von Umschmelzlegierungen zurückziehen mußten. Und diese Reserven sind nun erschöpft.

Eine Umstellung der NE-Beschlagindustrie auf die Herstellung von Eisen-

beschlägen erscheint aus mehrfachen Gründen unmöglich. Arbeitsgemeinschaft ist festzustellen, daß die Eisenindustrie nicht zusätzlich über Kernschmelzöfen und Forme verfügen, und sie im übrigen mit anderen Fabrikaten ausgelastet sind. Materialmäßig ist daran zu erinnern, daß den Herstellern von gußeisernen Beschlägen vor dem Kriege höchstens ein Kontingent an Eisen von jährlich 4000 t zugebilligt war; im Jahre 1947 betrug es 1600 t. Die 1,2 Millionen Türbeschläge, die die Firmen der NE-Metallbranche im Jahre herstellen, würden bei einer Umstellung allein schon weitere 5000 t Eisen jährlich erfordern. Auch fehlen Modell- und Formeinrichtungen, und sie können wegen der Überlastung des Formhauses nicht beschafft werden. Weitere Schwierigkeiten bestehen in Kernbindern, Kerndrähten und Lacken. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Schloßfedern schlechter geworden und außerdem in ihrer Belastung liegt auf die Leichtmetalltürdrücker zugeschnitten sind.

Der andere Ersatz.

für den Holz, Porzellan und Kunststoff in Frage kämen, muß ebenfalls ausscheiden. Ganz abgesehen davon, daß es an Holz für Türdrücker fehlt, sind die Erfahrungen mit ihnen höchst unbefriedigend. Außerdem bestehen sie zu 3/4 dennoch aus Metall. Für die übrigen Erzeugnisse der Beschlagindustrie fällt Holz ohnehin aus. Was Porzellan und Glas anbetrifft, so sind von einzelnen Firmen dieser Industrien ungeschickte Austauschversuche angestellt worden, und diese Firmen wenden sich mit Recht gegen die Verwendung ihrer knappen Rohstoffe für diese konjunkturbelasteten und ihnen fremden Artikel. Die Kunststoffindustrie vollends ist für lebenswichtige Güter auf ihrer schmalen Rohstoffbasis nicht minder stark in Anspruch genommen wie die Beschlagindustrie selbst. Die Kunststoff-Beschlagindustrie hat sich in Vorkriegsjahren gegen die vollbeschäftigte Metall-Beschlagindustrie nur wenig behaupten können; ihr Kapazitätvolumen schlägt kaum zu Buche.

Ein Ausweg

aus den Schwierigkeiten ist aber keinesfalls unmöglich, er muß nur endlich einmal beschritten werden. Die Deckung des Metallbedarfs von 85 Tausend im Monat müßte auch heute noch zu erreichen sein, um den Inlandsbedarf zu befriedigen. Notwendige Voraussetzungen wären: Die Erhöhung des Beschlaganteils im Globalkontingent des Bergbaues, der Reichsbahn, der Post usw. Die Errichtung eines Herstellerkontingents zur Deckung des allgemeinen Bedarfs, abgestimmt auf Permitt, Kapazität und Beschäftigtenzahl des Betriebes. Ausstellung von Bezugsrechten, die im Gegensatz zu den bisherigen nicht auf den Zeitraum, sondern auf das Projekt lauten, für bestimmte Wohnungsbauprogramme. Verbot der Herstellung von Beschlaggull für alle Gießereien, die

nach 1945 auf Beschlaggull umgestellt haben, um Fehlleitungen zu vermeiden. Wesentlich ist auch eine stärkere Schrotterfassung. Da die greifbaren Reserven am Ende sind, müssen die „stillen“ Reserven cheestens mobilisiert werden. Hierher gehört die Verpflichtung zur schnelleren Einschmelzung, die Lager einschränkung auf höchstens drei Monate, die Kontrolle der Metallgießereien durch Prüfer der VFW vor verbotene Schrottlagerung, eigene Einschmelze oder Herstellung verbotener Guß-Artikel. Nicht zuletzt ist die Bereitstellung einer angemessenen Menge Reinaluminium aus den Importen oder der nun wieder angelaufenen Eigenherzeugung zur Gewinnung von kupferfreien Al-Mg-Legierungen für den Export erforderlich. In Kreisen der Beschlag-Industrie vertritt man die Ansicht, daß es möglich sein müsse, diese Vorbedingungen sicherzustellen, und man erblickt darin die einzige Möglichkeit, die Lücke in der Versorgung mit Baubeschlägen in der gesamten Doppelsonne zu schließen.

Belgische Kalksteine für die deutsche Eisenindustrie

Düsseldorf. Für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie sollen Kalksteine aus Belgien eingeführt werden. Für die Erzeugung von 6 Mill. t Rohstahl sind 2,8 Mill. t Kalksteine erforderlich; der Doppelsonne stehen aus eigener Erzeugung nur 1,8 Mill. t zur Verfügung.

Sorgenvolle Lederindustrie

Eine hübsche, stabile Leder-Akten-tasche für den Herrn, eine aparte Damenhandtasche, gutes Schuhwerk aus Leder (einschließlich des „Unterbaues“), alles das sind heutzutage un-erfüllbare Wünsche. Warum das so ist, darüber ergab eine Befragung erfahrener deutscher Lederfachleute folgende Einzelheiten:

Vor dem Kriege besaß Deutschland eine hochentwickelte Leder- und Leder-verarbeitende Industrie. Die Statistik zählte rund 1100 Betriebe mit 46 000 Beschäftigten. Ihre Produktion erreichte etwa 130 000 Tonne Fein- und Sohlenleder im Werte von 540 Millionen RM. Damit wurde nicht nur der deutsche Markt ausreichend versorgt, sondern bis zu 35% ihrer Erzeugnisse wurden exportiert. Die deutsche Lederindustrie hatte Weltlauf. Die Rohhäute wurden allerdings zu 50% aus dem Ausland bezogen. Diese Einfuhr fehlt seit Ende der Kampfhandlungen ganz. Die größten Fabriken sind entweder zerstört oder, wie in der Ostzone, ganz oder größtenteils demontiert. Für die verbliebenen Werke bildet die Ausführung von Lohnaufträgen oder Veredelungsgeschäften zwar Arbeit für ihre Belegschaften, für den deutschen Verbraucher schlagen die Nachkriegsproduktionen der Lederfabriken so gut wie gar nicht zu Buche. Rohhäute aus eigenen Schlachtungen sind nur unzulänglich verfügbar. Und aus dem Wenigen werden noch Reparationsaufträge abgewickelt. Die Häute selbst sind häufig minderwertig, beispielsweise von den Larven der Dassel-fliege durchlöchert. Dennoch hofft man, durch sorgfältige Erhaltung der Rohhäute und Verwendung von Schweins-häuten etwa 9000 t Leder jährlich

Ein Pfund Formulare

Vor einigen Monaten hat die Internationale Handelskammer dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen eine Denkschrift überreicht, die die katastrophale Wirkung des Bürokratismus auf die Entwicklung des internationalen Warenverkehrs aufzeichnet. Seither ist geraume Zeit verfloßen, doch die wenig segensreiche Bürokratie ist tätiger denn je. Und nicht nur in Deutschland. Hier ist es allerdings kein Wunder, denn heute beamten z. B. in Rheinland-Westfalen 980 Beamte die dortige Wirtschaft (bei etwa 40% der Gütererzeugung von 1938), während für die Wirtschaft des 70 Millionen-Volkes früher nur 260 Beamten benötigt wurden.

Heute braucht ein Exporteur oder Importeur für die Abfertigung oder den Empfang einer Ware einen Spezialisten. Denn u. a. muß er sich in folgenden Dokumenten zurechtfinden: Eine pro-forma-Rechnung, Einfuhrbilanz, Inhaltsangabe, Exportlizenz, Zollamtliche Versandmeldung, Verschiffungsgenehmigung, Empfangs-Bescheinigung der Hafenbehörde, ein Verschiffungsdokument, eine zollamtliche Wertabrechnung, ein Versicherungszertifikat, einen Kreditbrief, ein Landungsmanifest usw., das alles nicht nur in einfacher Ausfertigung.

Ein schweizerisches Blatt wundert sich, daß Deutschland überhaupt noch einen Export tätigen kann. Ein Gelehrter in der Schweiz, so schreibt das Blatt, wollte sich aus Deutschland fünf Kisten Bücher schicken lassen und hatte dafür ein Pfund — genau 202 Stück Formulare — auszufüllen.

Die Bürokratie ist stärker — trotz Havannakonferenz.



MEXOL
Schutz-Anstriche
in schwarz und fertig für
DACHPAPPE
MAUERWERK
METALL
HOLZ
SILOS
HARRIES, KÜLKENS KG.
OBERNKIRCHEN

Wir liefern ab Lager!
Herren- und Damenkleiderstoffe, Kleiderstoffe, Fertigbekleidung aller Art, Woll- und Strickwaren sowie Sonderanfertigungen
gegen
Textilrohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Zellwolle, Kunststoffe, Reißwolle u. Linsen
TEXTA
G. m. b. H.
IMPORT - EXPORT
INTERZONENHANDEL
BERLIN N 4
Chausseestr. 35
TEL. SAMMEL-N. 42 54 31
Telegr. TEXTAHANDEL 30309

Forster Tuche
(Herren- und Damenkleiderstoffe) gegen
Industrie-Erzeugnisse
(Kohle, Holz, Maschinen-Ersatzteile, Chemikalien usw.) liefern wir im Interzonenhandel sofort ab Lager mit behördlicher Zustimmung.
Mindestabdruck RM 10 000.—
TEXTA G. m. b. H.
Berlin N 4, Chausseestraße 35



Milbera
große Gefahr für den Menschen und für Leib u. Leben der Mähmaschine
Sendelinus PULVER
Müllner an den Beinen fest — gründlich mit steuben — auch die Aufgaben der Statistiker
CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein

Achtung!  **Achtung!**
Schmuckwaren geschäfte
Durch meine Abfertigung
Bijouterie - Groß-Versand
bietet ich:
Kragenbänder „Epi“ Marken-Artikel, Krawattenhalter, verm., vergold. u. vers. Uhrentaschen, vernickelt, Uhrzöpfe, Herren- und Damenringe in allen Ausführungen, verfilbert und vergoldet, Armbränder mit und ohne Steine, Colliers mit und ohne Steine usw.
zu günstigsten Preisen.
Daher wenden Sie sich bei Ihrem Schmuckkauf vertrauensvoll an die
Großhandlung Willi Baumann
Abteil. Bijouterie - Groß-Versand
Königsplatz, Schulstraße 3
Musterkollektionen per Nachnahme von RM. 200.— aufwärts.

Briefmarken **KOHL**
vom Paul Kohl geg. 1892
Das bekannte und überaus
„Raritäten - Haus“
An- und Verkauf von Spitz- und Spitzen- Waren
Alföldenland - Kalorien
Europa - Gläser
Auswahlversand nach Feilsche
Beliebiges Lager an
Nachkriegs-Ausgaben
Hohenstein-Ernstthal / Sa.
Hohenstein-Weg 11

Das Schiffsamt für den Mittelrhein

hfg. Baden-Baden. Durch Verordnung der Militärregierung Nr. 143 vom 1. Jan. 1948 war ein Deutsches Schiffsamt für den Mittelrhein errichtet worden (Nr. 4 vom 24. Januar 1948). Namentlich hat der Oberkommandierende der französischen Zone durch Anordnung Nr. 36 vom 12. April 1948 eine Vorläufige Satzung für dieses Amt verkündet.

Aus der Satzung geht hervor, daß das Amt über das deutsche Flussschiff-fahrtmaterial verfügt, das einer Beschlagnahme unterliegt und das ihm durch Anordnung des Directeur des Travaux Publics et des Transports zur Verfügung gestellt wird, ferner über das französische oder deutschen Personen gehörende Material, das dem Amt auf Grund freier Vereinbarung mit den Eigentümern zur Verfügung gestellt wird und schließlich über das deutsche Flussschiffahrtmaterial, das ihm im Zug der Entflechtung der Wirtschaft zugeweiht werden sollte.

Das Amt wird von einem Aufsichtsrat überwacht. Der Aufsichtsrat ist befugt, anzuordnen, daß das vorhandene Flussschiffahrtmaterial auszubessern ist, soweit es in Folge von Havarien oder aus irgendwelchen anderen Gründen unbrauchbar ist, monatlich das Transport-Programm zu bestimmen, welches jeder Betriebsgesellschaft zuzuteilen ist, über die gute Ausführung dieses Programms in der Reihenfolge des Vorrangs zu wachen, der von der Direction des Travaux Publics angeordnet worden ist und den Eigentümern der beschlag-nahmten Schiffe die Entschädigungen zu zahlen. Der Direktor kann nach Stellungnahme des Aufsichtsrats vom Oberkommandierenden der Zone ermächtigt werden, mit den deutschen Schiffsorganisations geschäftliche Abmachungen zu treffen, Frachttarife zur Bestätigung durch die Preiskontrollen vorzuschlagen. Dienste von allgemeinem Interesse für die Schifffahrt einzurichten, wie z. B. eine Kasse für Frachtenausgleich, für Währungsverluste usw., Abgaben vorzuschlagen zur Deckung seiner Verwaltungskosten sowie Unterstützungen zu erteilen, welche der Schifffahrt etwa zugebilligt werden.

Der Beirat des Schiffsamts besteht aus 6 Mitgliedern aus der deutschen Wirtschaft, die vom Directeur Général de l'Economie et des Finances ernannt werden. Der Beirat tritt mindestens einmal vierteljährlich zusammen. Auch der Aufsichtsrat besteht aus 6 Mitgliedern, und zwar je einem Vertreter des französischen Oberkommandierenden, des Directeur Général de l'Economie et des Finances der Direction des Travaux Publics, der Direction de la Production Industrielle und aus dem Direktor des

Außenhandels-Zentralamts. Der Aufsichtsrat tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Der Haushaltsplan des Amtes umfaßt eine Abteilung für den Verwaltungsbetrieb und eine Abteilung für den Betrieb des Flussschiffahrtmaterials.

Industrietransporte

hfg. Baden-Baden. Nach der Verfügung Nr. 37 des Oberkommandierenden der französischen Zone vom 14. April 1948 muß jeder Transportunternehmer oder jeder, der industrielle Erzeugnisse auf einem Transport begleitet, bei jeder Nachschau seitens der Polizeibehörden und der wirtschaftlichen Kontrollbehörden einen Liefererschein oder einen Transportbefehl vorlegen. Aus diesen Papieren müssen hervorgehen: Name, Firma, Anschrift des Inhabers der Waren am Abgangsort, Menge, Art der Erzeugnisse und die in Rechnung gestellten Preise, Name, Firma, Anschrift des Empfängers und genaue Anschrift des Bestimmungsorts für die Erzeugnisse, falls dieser verschieden ist, Bezugnahme auf den Zuteilungsschein, Art des Zuteilungsscheins, ausstellende Behörde, Datum und Ordnungsnummer sowie Datum, Unterschrift und Angabe des Namens der für den Besitzer der Erzeugnisse am Abgangsort verantwortlichen Person. Die Bezugnahme auf den Zuteilungsschein ist nur erforderlich für die für die Militärregierung zwangsbewirtschafteten Erzeugnisse, sowie für die durch die deutschen Behörden zwangsbewirtschafteten oder bestimmten Verteilungsanordnungen unterworfenen Erzeugnisse. Stammen die Erzeugnisse nicht aus der französischen Zone, so werden die Scheinfaktura (Liefererschein, Transportbefehl) ersetzt durch den Empfangsschein über die bei einer Kontrollstelle oder einem Zollamt abgegebenen Erklärung, oder aber durch die Schiffsfaktura, die durch die Regelung im Interzonen- und Außenhandel vorgesehen sind.

Auf Transporte von Erzeugnissen, die Eigentum der Franzosen oder einer alliierten Verwaltung sind und die mit Hilfe von Franzosen oder alliierten Heerstransportwagen durchgeführt werden, gelten diese Vorschriften nicht. Bedingung ist aber, daß sich ein französischer oder alliiertes Angestellter der Behörde, welcher das Fahrzeug führt, auf dem Fahrzeug befindet. Die Vorschriften gelten auch nicht für Transporte von Benzin, Diesel, Schmiermitteln und Erdölerzeugnissen, die für Rechnung der Militärregierung oder des Außenhandelsvertrats durch das Zentralbüro für Mineralöl durchgeführt werden. Sie gelten auch nicht für Transporte von industriellen Erzeugnissen, die für den eigenen Bedarf des einseitigen Transportunternehmers bestimmt sind.

Bayerns Glasindustrie im Jahre 1947

Die bayerische Glasindustrie hat einen gegenwärtigen Beschäftigtenstand von rund 6 500 Personen, wobei die Gabelnzer Glas- und Schmuckwarenindustrie nicht einbezogen ist. Letztere führt eine so gesonderte und selbständige Existenz innerhalb der bayerischen Industrie, daß diese Fluchtlingindustrie in den nachfolgenden Angaben nicht miteinbezogen ist. Die Kapazität und Leistungsfähigkeit der Betriebe betrug bei der Fluchtlingindustrie nach den letzten Schätzungen 72% Auslastung, Flaschenhütten 55%, Medialinglas-hütten 26%, Kristallglashütten 60%, Preßglashütten 42%, Elektro-Rohglas-hütten 75%, Rohglashütten für Glas-kerzen 87%, Glasfaserfabriken 57%, sonstige technische Hütten 75%. Von der Militärregierung wurden 1947 für Glaswaren Ausfuhrprogramme in Höhe von 1,2 Mill. \$ bestätigt, wobei auf England 393 400 \$, auf die Vereinigten Staaten 301 700 \$ und auf Holland 216 000 \$ entfallen. Der Rest teilt sich in zwölf weitere Ausfuhr-länder. Die Hauptabschlüsse wurden über Kristallglas mit 478 700 \$, über Flach-, Farben- und Spiegelglas mit 338 400 Dollar und über Bierflaschen mit 189 000 \$ erzielt.

Für Flachglas bestehen in Bayern insgesamt 5 Fabrikationsbetriebe, die über eine Jahresproduktion von 28 594 Tonne oder rund 5 Mill. qm im Werte von etwas über 10 Mill. RM verfügen, weiterhin 2 Betriebe für die Herstellung von Getränkeflaschen mit einer Jahresproduktion von 4 717 t oder fast 70 Mill. Stück im Werte von gut 4 Mill. RM, 10 Betriebe für Kristallglasfertigung mit jährlicher Produktion von 2 305 t = 8,5 Mill. Stück im Werte von 7,3 Mill. RM, 2 Betriebe für Preßglas mit einer Jahresproduktion von 795 t = 2,6 Mill. Stück im Werte von 922 000 RM, 3 Betriebe für Elektro-Rohglas mit einer jährlichen Produktion von 490 t oder 11,6 Mill. Stück im Werte von 1,7 Mill. RM, 4 Betriebe für Rohglas für Glaskerzen mit einer Jahresproduktion von 762 t im Werte von etwas über 1 Mill. RM, 4 Glasfaserbetriebe mit jährlicher Produktion von 572 t im Werte von 1,2 Mill. RM. Die Gesamtjahresproduktion der Jahre 1947 belief sich innerhalb Bayerns auf 390 t, US-Zone außerhalb Bayerns 50 t, britische Zone 81 t, französische Zone 4 t, russische Zone 10 t, insgesamt auf 535 t im Wert von rund 1 Mill. RM. Für Ampullen, Tablettengläser, Spritzen-zylinder usw. arbeiten gegenwärtig 3 Fertigungsbetriebe mit jährlicher Produktion von 29,85 Mill. Stück, 27 Spiegel-fabriken verbrauchen jährlich 259 600 qm Flachglas für ihre Produktion. Der Gesamtumsatz in der Spiegelglasfabrikation beläuft sich jährlich auf 3,3 Mill. RM. Von den 27 in Bayern tätigen Hohlglas-veredelungsbetrieben sind 5 im vergangenen Jahr angelassen. Insgesamt beläuft sich die Jahresproduktion auf 125 t im Werte von 1,9 Mill. RM. Der Gesamtumsatz der hayerischen Glasindustrie belief sich 1947 auf rund 34 Mill. RM (ausgenommen Gabelnzer Industrie). Der Umsatz verteilt sich wie folgt: Flachglas 9,7 Mill. RM, Kristall-glas 7,1 Mill. RM, Spiegelrohglas usw. 4,4 Mill. RM, sonstiges Rohglas und Glasfaser 3,8 Mill. RM, Medialinglas 3,3 Mill. RM, Hohlglasveredelung 1,9 Mill. RM, Flaschen 1,7 Mill. RM, Sonstiges 1,5 Mill. RM.

Die Uran-Lagerstätten der Welt

Wandel in der Verwendung des »strahlenden Metalls«

Seit der glückhaften Entdeckung des weitglänzenden strahlenden Wundermetalls Radium vor 30 Jahren hat sich manches in seiner Bewirtschaftung so wie seiner Verwertung vollzogen. Bei den Experimenten stellte sich heraus, daß in einem einzigen Uran-Atom die betriebl. Energie des Hundertfachen der radioaktiven Umwandlungsenergie und das Hundertmillionenfache der chemischen Umwandlungsenergie entsteht, sobald das an sich schon radioaktive Uran mit Atomen bombardiert wird.

An Uran-Radium-Mineralien sind bislang ungefähr 150 bekannt geworden und an radioaktiven Elementen etwas mehr als 40. 20 Jahre nach der Entdeckung des Radiums durch das Ehepaar Curie gab es auf der ganzen Welt 1 g Radium und vor 25 Jahren erst ganze 2,3 g. Vor 15 Jahren waren daraus bereits 766 g und in der Jetztzeit etwa 800 g geworden. Der Preis pro g, der während des ersten Weltkrieges bis auf rd. 1 Million Mark emporgeschwollen war, ist heute auf etwa 70000 abgesunken. In den Jahren 1913 bis 1927 wurde der Radiummarkt fast vollkommen von den Vereinigten Staaten beherrscht, die in dieser Zeit fast 100 g aus den sogenannten Carnotitvorkommen von Colorado und Utah gewannen. Ihre Kalium-Uran-Vanadiumoxyd-Lager brachten zeitweilig die Gruben von St. Joachimsthal, dem Geburtsort des Radiumberghaus, fast bis zum Erliegen. Andererseits wurden die nordamerikanischen Lieferanten durch die anfangs der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts entdeckten reichen Uran-Lagerstätten Chingolobwe des belgischen Kongo bis zur Einstellung ihrer Förderung überflutet. Der Abbau der Hydroxide, Silikate, Phosphate, Magnesiumsilikate, Bleisilikate, Kupferphosphate des Urans sowie Blei-Uranate begann 1921 und lieferte von 1924 ab jährlich 20 bis 60 g Radium. Bis 1931 wurden mehr als 500 g gewonnen, womit der gesamte Weltmarkt beherrscht wurde. Ob diese reiche Lagerstätte reiflos erschöpft ist, kann mangels neuerer Verlautbarungen seitens der Belgier nicht gesagt werden.

Amerika

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die reichen Uran-Silberlagerstätten vom Großen Bärensee im Nordwest-Territorium Kanadas, die 1930/31 bei La Bine Point an fünf Fundstellen entdeckt wurden, ihren Niedergang verursacht haben. Die größte dort im Betrieb befindliche Eldorado-Mine baut unter ähnlichen geologisch-petrographischen Verhältnissen wie Joachimsthal ein etwa 650 Millionen Jahre altes Uranerz, das handgeschieden bis zu 44% U₃O₈ enthält. Der aus mehreren No-SW streichenden Gangzonen mit Linsen von Uranerz bestehende Hauptgang ist 3 m breit und über 1500 m lang. In vier verschiedenen Phasen der Entstehung dieser mineralogisch hochinteressanten Vorkommen kam es außer zur Bildung von Uranerz noch zum Absatz von Silber, Kobalt und Kupfererz sowie zu Eisenglanz, Molybdän, ged. Wismut, Zinkblende, Bleiglanz, Fahlerz, Manganapat

und gediegen Silber. Aus den überwiegend auftretenden Uranerzarten stieg die Radiumgewinnung von 15 g im Jahre 1936 auf 71 g im Jahre 1938, obgleich die Grubenbetriebe infolge ihrer geographischen Lage unter einem ungewöhnlichen harten Winter, der nur durch einen 2-3 Monate währenden kühlen Sommer unterbrochen wird, arg zu leiden haben.

Ein zweites Erzgebiet radiumliefernder Mineralien befindet sich 15 km südöstlich von La Bine Point am Kontakt - See, und führt ähnlich wie das vorhergenannte Gebiet fast die gleichen Erzmineralelemente in unterschiedlichen Phasen und verschiedenen Gangzonen, Parallellagen, Brekzien und Ruchelzonen von selbstem Streichen ausgedehnt, entsprechend den imponierenden Quarzadern bei La Bine Point. Über die Vorräte der beiden polaren Vorkommen können bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Vermutlich dürften sie so lange mit ihren Vorräten reichen wie die Joachimsthaler Lagerstätten, deren Vorräte von Fachleuten auf rund 400 bis 500 g dieses wertvollsten Stoffes geschätzt werden. Bei einer durchschnittlichen Förderung von 2 g jährlich dürften sie demnach noch etwa 200 bis 250 Jahre vorhalten.

Joachimsthal

Die Joachimsthaler Uran-Pechblende enthält nur etwa 1% Uranerz. Ihre Konzentrate aus der Aufbereitung enthalten rund 50% U₃O₈. Für ihre Verarbeitung auf 1 g Radium werden 50 000 t Roherz und ebensoviel verschiedene Chemikalien, 1000 t Kohle, 10 000 t destilliertes Wasser und 150 Arbeitskräfte für den 8-10 Monate dauernden Arbeitsprozeß benötigt. Der Verlust bei der Verarbeitung beläuft sich auf 20%. Für die Herstellung von 0,119 g Radium ist 1 Tonne Konzentrat erforderlich. In den letzten 25 Jahren sind aus rund 250 t Konzentrat rund 50 g Radium gewonnen worden. Joachimsthal dürfte im Ganzen 60 g Radium bis heute geliefert haben.

In der Umgebung von Joachimsthal gibt es in dieser sogenannten »Erzgebirgischen Uran-Radium-Provinz« außer den stark radioaktiven Gruben- und heilbringenden Quellwässern, die der leidenden Menschheit Heilung durch ihre »gestrahlte Energie« bringen, wie das Radiumbad Joachimsthal, Oberschlema, Brambach u. a. noch eine ganze Anzahl Erzlagerstätten mit Uranerz. Vor fast 160 Jahren fand der Chemiker M. H. Klaproth erstmals Uran, als er die Pechblende von der Grube Georg Wachsförth bei Johann-Georgenstadt untersuchte. Früher diente Uranerz ausschließlich zur Herstellung der wertvollen Uranfarben, die als metallisches Farbmittel für Glas und Porzellan sehr geschätzt waren. Lange Jahrzehnte hindurch wurde das Radium mit dem Abschleim der Uranfarbwerke schließlos beiseite geworfen. Als

seine Bedeutung vor 50 Jahren erkannt wurde, suchte man ähnlich wie heute überall danach. Nicht weniger als 1400 wissenschaftliche Arbeiten wurden allein im ersten Dezennium dieses Jahrhunderts über die Erforschung des Radiums und der Radioaktivität veröffentlicht, ein schlagender Beweis für das lebhafteste Interesse, das diesem seltenen Metall entgegengebracht wurde. In der Umgebung von Johann-Georgenstadt kommt das Uranerz in einem Gangstockwerk zusammen mit Wismut und Braunsparat vor. Seit etwa 10 Jahren ist uns bekannt, daß die Uranerz führenden Gänge von gleicher mineralogisch-petrographischer Beschaffenheit wie die von St. Joachimsthal sind, mit dem Unterschied, daß sie in unserer erzgebirgischen Radiumprovinz bedeutend zahlreicher auftreten als in der Tschechoslowakei. Durch neuere Schürfungen und Untersuchungen ist ferner bekannt geworden, daß alle ehemals weltberühmten Lagerstätten des westlichen Erzgebirges nicht nur mehr oder weniger Silber-, Kobalt-, Zinn-, Wismut-, Blei- und Kupfererzarten aus einer Ganggruppe von genetischer Einheit fast überall gleichen Mineralbestand, Alter und Entwicklung der Paragenese darstellen, sondern auch alle Uranerz- und damit radiumhaltigen Gänge sind. Das Uranerz tritt meist örtlich auf, wie überhaupt auf den einzelnen Gangteilen oder Gängen die eine oder andere Generation die Vorherrschaft hat und andere Mineralbestände überwiegt. Es ist anzutreffen in einem Raum zwischen Johann-Georgenstadt, Platten, Joachimsthal, Oberwiesenthal, Weipert, Marienberg, Ehrenfriedersdorf und Schneeberg. In Schneeberg wurden erstmalig Uranerze zur Farbfabrikation verwandt. Alle Uran-Pechblende haltigen Gänge befinden sich innerhalb einer bestimmten Zone südlich des mächtigen Granitstockes von Elbenstock-Karlbad sowie in der Nähe der kleineren Granitvorkommen bei Ehrenfriedersdorf-Ceyer. Sobald sie auf Granit stoßen, verschwindet die Erzführung. Seit langem bekannt sind die Uranerzvorkommen auf den Gruben Himmelfahrt und Himmelfürst bei Freiberg und Ver. Feld bei Johann-Georgenstadt. Nach Angaben von Prof. Dr. Kraus wurde in der bei Annaberg betriebenen Himmelsch-Heergrube vor etwa acht Jahrzehnten (genauer 1869) Pechblende im Werte von 4200 Goldmark gefördert. Welche Bedeutung der sächsische Staat den radiumhaltigen Erzen zugemessen hat, geht daraus hervor, daß durch Gesetz vom 12. Februar 1909 insofern eine besondere Regelung vorgesehen war, als die Freierklärung auf diese Mineralien ganz aufgehoben wurde. Ihre Ausbeutung wurde somit einzig und allein dem Staate vorbehalten. Dieser Vorbehalt erstreckte sich auch auf die Aufsuchung und Gewinnung von Wässern zur geweremäßigen und gemeinnützigen Verwertung ihrer radioaktiven Stoffe und Eigenschaften, ganz gleich, ob diese auf dem Gehalt an Emanation oder gelösten Radiumsalzen beruhen. Dieser Regelung war zunächst eine Notverordnung vom 12. November 1908 vorausgegangen und zwar mit Rücksicht darauf, daß das seltsame und schwierig zu gewinnende Radium große Bedeutung für die Allgemeinheit besaß, und ihre Interessen schützende Ausnutzung der in Frage kommenden Werte für die Wissenschaft und für die Heilkunde verhindert werden sollte. Weder der Staat noch das Privatkapital wagte es, an die hohen Investierungskosten verbundene Ausbeutung heranzugehen. Hierzu bedurfte es zunächst der Erfindung der Ausnutzung der Atomenergie für die Atombombe und als dessen Folge das zur Zeit über die ganze Welt herein gebrochene Uranfieber.

Anderer Länder

Die hieran interessierten Kreise wissen, daß es ebenso wie in Deutschland auch in anderen Erdteilen radiumhaltige Mineralien gibt. Frankreich hat im Jahre 1931 rund 200 kg Uranerz in Madagaskar gewonnen. England besitzt in den Zinn-Kupferlagerstätten von Cornwall Uranerz. Die norwegischen Vorkommen bei Christiansand und Stavanger sind deshalb interessant, weil trotz des hohen Urangehaltes die Radioaktivität verhältnismäßig schwach ist. Wahrscheinlich liegt hier bereits eine weit fortgeschrittene Verfallserscheinung vor. Portugal, das seit 1913 Uranerz fördert und in einer Fabrik bei Baracao verarbeitet, verfügt über viele hundert Fundstellen dieses strahlenden Metalls. Spanien besitzt Radiumerz ebenso wie die Schweiz bei Bergell, und

neun Tonnen Roherz gewonnen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den jetzigen Untersuchungsarbeiten im sächsischen Erzgebirge noch lohnenswerte Anbrüche getätigt werden können, an denen man früher achtlos vorüberging oder die man nicht weiter beachtete, weil man keine Verwendung für dieses unscheinbare Mineral hatte; schon die bergmännische Bezeichnung Pechblende deutet darauf hin, daß man von ihm nicht sonderlich erbannt war und lieber reiche Anbrüche von Edelmetall in dieser einstigen »Silberkammer Europas« sehen wollte. Nach den bisherigen Erfolgen hat es den Anschein, als wenn mit den fortschrittlichen Aufgaben der »Atomzeit« für den erzgebirgischen Bergbau als Lieferant von Atomrohstoffen eine neue Ära und zwar dieses Mal die vierte Blütezeit hereinbrechen würde.

Anderer Länder

Die hieran interessierten Kreise wissen, daß es ebenso wie in Deutschland auch in anderen Erdteilen radiumhaltige Mineralien gibt. Frankreich hat im Jahre 1931 rund 200 kg Uranerz in Madagaskar gewonnen. England besitzt in den Zinn-Kupferlagerstätten von Cornwall Uranerz. Die norwegischen Vorkommen bei Christiansand und Stavanger sind deshalb interessant, weil trotz des hohen Urangehaltes die Radioaktivität verhältnismäßig schwach ist. Wahrscheinlich liegt hier bereits eine weit fortgeschrittene Verfallserscheinung vor. Portugal, das seit 1913 Uranerz fördert und in einer Fabrik bei Baracao verarbeitet, verfügt über viele hundert Fundstellen dieses strahlenden Metalls. Spanien besitzt Radiumerz ebenso wie die Schweiz bei Bergell, und

Italien bei Roccaforte da Manovi. Weiterer zum Teil länger bekannter wie neu erschürfte Vorkommen dieses Wundermetalls sind von führenden amerikanischen Geologen in Äthiopien bestätigt worden, andere wiederum wurden im Range-Gebirge in Südafrika entdeckt, ebenso im polnischen besetzten Teil Schlesiens. Rußland soll Uranlager bei Fergana (Turkistan), im Kaukasus, im Altgebirge und in Nordkarelien besitzen. Auch aus China werden Uranfunde in den Provinzen Kwangsi, Südhonan, Jangsi und der Mandschurei gemeldet. Mit dem weiteren Fündigwerden dieses gesuchten Bergbauproduktes dürften alsdann auch die jetzt noch von den wenigen Herstellungsbetrieben künstlich hochgehaltenen Preise in angemessene Bahnen gelenkt werden, vor allem zum Wohle der ihrer bedürftigen leidenden Menschheit.

Uranfunde in Ungarn

In den Berggebieten des westlichen Ungarn wurden von ungarischen Geologen Vorkommen von Uranerz und von Thorium in größeren Mengen festgestellt. Es ist aber zweifelhaft, ob diese Vorkommen wirtschaftlich ausbeutet werden können, weil der Uran- bzw. Thoriumgehalt im Gestein sehr niedrig ist.

Uranerzkontrolle in China

Alle Gebiete in China, die Uranerz und Thoriumvorkommen enthalten, werden in Zukunft beim Wirtschaftsministerium registriert werden. Die Kontrolle dieser Vorkommen wird gemeinsam mit der National Resources Commission erfolgen, der das alleinige Recht zur Auswertung solcher Vorkommen erteilt wurde.

Verstärkte Zusammenarbeit Lateinamerikas Panamerikanische Bank — Weitere Kreditfähigkeit der USA

Die panamerikanische Konferenz in Bogota, die durch einen Putsch in der Hauptstadt unterbrochen wurde, hat nach relativ rascher Wiederherstellung der Ruhe, ihre Arbeiten fortgesetzt. Die auf der Konferenz anwesenden Vertreter von 21 Staaten planen eine weitere Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wobei Argentinien auf dem besten Wege ist, sich dank seiner wirtschaftlich gefestigteren Lage zu dem führenden lateinamerikanischen Land zu entwickeln. Der Präsident der Argentinischen Nationalbank, Orlando Maroglio, unterbreitete einen Plan zur intensiveren Entwicklung der Wirtschaft Südamerikas. Er schlägt darin die Gründung einer Interamerikanischen Bank vor, wobei Argentinien am Kapital dieser Bank ohne Rücksicht auf die Höhe der Einlagen anderer Länder sich beteiligen wolle. Es ist sogar bereit, seinen Nachbarländern Kredite zu gewähren, um ihre Beteiligung zu ermöglichen. Ferner wird ein genaues Studium der Erweiterung der Hilfsquellen und der Produktion gefordert, um u. a. eine Teilnahme am Wiederaufbau Europas zu gewährleisten.

Zweifellos haben die lateinamerikanischen Länder aus dem Krieg in Europa mit seinem enormen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln Nutzen gezogen. Auch heute, wo die Marshall-Hilfe angefallen ist, spielen diese z. T. rohstoffreichen Länder eine nicht unbedeutende Rolle.

Die USA ihrerseits sind an einer Entwicklung der Wirtschaft dieser Staaten ebenfalls interessiert. So betonte Finanzminister Snyder gerade jetzt vor Bankfachleuten, daß die in Bogota tagende Konferenz zu Abkommen führen könne, die ein Ansteigen der Produktion, des Beschäftigungsstandes und der technischen Entwicklung in Lateinamerika ermöglichen würden. Weiter unterstrich Snyder, daß die Export- und Importbank zur Finanzierung der lateinamerikanischen Wirtschaftsentwicklung wesentlich beigetragen habe. Seit der Gründung der Bank seien Lateinamerika über eine Milliarde Dollar an Krediten gewährt worden. Nun soll eine Erhöhung des Anleihekapitals der Bank erfolgen, um ihr weiterhin die Kreditfähigkeit in Mittel- und Südamerika zu ermöglichen. Auch das amerikanische Privatkapital soll größere Kapitalinvestitionen, vor allem zur Entwicklung der strategischen Hilfsquellen Lateinamerikas vornehmen. Darin ist, wie Reuter berichtet, vor allem das Außenministerium interessiert. Da sich dieses Kapital stark zurückhält, und auf die ungerechten Besteuerungsvorschriften, ungeredete Behandlung und eine unbefriedigende Währungsregulierung hin-

weist, wird die US-amerikanische Delegation danach trachten, auf dieser Konferenz zufriedenstellende Vorbedingungen zu schaffen.

„Foreign Commerce Weekly“, das die Handelsbeziehungen der USA zu Südamerika untersucht, schreibt, daß Lateinamerika in den Kriegsjahren 1936 bis 1938 33% seiner Einfuhren aus den USA bezog und 32% seiner Ausfuhren nach den USA durchführte. Im Jahre 1947 erreichte die Einfuhr der lateinamerikanischen Staaten eine Rekordhöhe. Damals kamen 65% der Einfuhren aus den USA, während nur 40% der lateinamerikanischen Ausfuhr nach den USA gingen.

Im Jahr 1946 betrug die Einfuhr bzw. Ausfuhr der folgenden lateinamerikanischen Länder in bezug auf die USA prozentuell: Mexiko 84 bzw. 72%, Kuba 77 bzw. 67%, Brasilien 58 bzw. 42%, Chile 41 bzw. 37%, Argentinien 29 bzw. 15%.

Aus dem mangelnden Ausgleich des Außenhandels gegenüber den USA haben sich allerdings Schwierigkeiten ergeben, so daß die meisten südamerikanischen Staaten zu einer Beschränkung ihrer Einfuhr und einer Verschärfung der Devisenkontrolle schritten, dies um so mehr, als die Exporterlöse im Handelsverkehr mit Europa nicht alle konvertiert werden können, so daß sie nur von beschränktem Wert sind und dringend benötigte, aus Europa nicht erhältlich Waren nach wie vor gegen Dollar in den USA gekauft werden müssen.

Auf Beschluß der panamerikanischen Konferenz soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Guatemalas, Uruguays, Mexikos, Colombiens und Ecuadors die Frage der europäischen Besichtigungen in der westlichen Hemisphäre prüfen, da in dieser Frage bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

Nach einer Erklärung des Staatssekretärs Marshall sind die USA gegen die Aufhebung des Kolonialbesitzes in der westlichen Hemisphäre. Die USA lehnten zwar jede Ausdehnung der europäischen Besichtigungen in Amerika ab, wollten aber auch keine Schritte gegen die berechtigten Ansprüche befreundeter europäischer Nationen unternehmen. Sie verteidigten den Grundsatz, abhängigen Territorien jede Hilfe zur raschen Erlangung der Selbständigkeit zu gewähren, die Beilegung von Streitigkeiten über Kolonien mit friedlichen Mitteln und im Einvernehmen mit den Vereinigten Nationen zu befürworten und schließlich die Ausdehnung europäischen Kolonialbesitzes und des politischen Einflusses von Europa in Amerika abzulehnen.

Gute Ernteaussichten in England

London. Der letzte Saatensstandsbericht für England und Wales lautet für alle Winterfrüchte äußerst günstig. Nur bei Weizen war das Wachstum infolge der März-Nachfröste etwas verzögert, doch hat sich auch hier die Lage infolge reichlicher Regenfälle gebessert, so daß auch bei den Weizenkulturen gute Fortschritte gemeldet werden. Auch die Frühjahrssaat für Getreide und Kartoffeln war Ende März über dem normalen Stand. Die einzige Schwierigkeit besteht in der Düngemittelversorgung, die man aber in den nächsten Wochen zu überwinden hofft. Die Haupternte ist jetzt, daß im Frühjahr und Frühsommer reichliche Regenfälle eintreten, damit sich eine etwaige Trockenheit in den Sommermonaten nicht so katastrophal auswirken kann wie im abgelaufenen Jahr.

... und in Italien

Mailand. Im laufenden Erntejahr hat sich die Weizenanbaufläche um 174 ha auf insgesamt 4 673 000 ha vergrößert, während die Anbaufläche für Roggen, Gerste und Hafer mit 99 300 ha, 252 000 und 474 000 ha keine nennenswerte Änderung erfahren hat. Während in den USA die italienische Weizen- und Roggenernte auf 59,2 Mill. Zentner geschätzt

wurde, erwartet man in Italien selbst einen Ernteertrag von 64 Mill. Zentner. Die durchschnittliche Vorkriegsernte betrug 75-80 Mill. Zentner. Da für den Inlandsbedarf Italiens ungefähr 85 Mill. Zentner Weizen erforderlich sind, werden rund 20 Mill. Zentner Weizen aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

Argentinische Weizenernte

Buenos Aires. Die Weizenernte des Jahres 1947/48, die jetzt eingehend wurde, wird auf 6,455 Mill. t geschätzt. Der Ernteüberschuß des Vorjahres beträgt 334 000 t. Für die Ausfuhr ins Ausland sind 3,515 Mill. t bestimmt.

Die USA haben 200 000 t Mais in Argentinien aufgekauft, der nach Europa verschifft werden soll.

Hoher Weizenüberschuß in USA

Washington. Die Weizenvorräte der USA betragen am 1. April 1948 insges. 478 Mill. Bushels, wovon im letzten Vierteljahr 1948 für die Ausfuhr und den Inlandsverbrauch zwischen 280 und 300 Mill. Bushels erforderlich sein dürften, so daß am Ende des ersten Halbjahres ein Überschuß von 178 bis 198 Mill. Bushels sich ergibt, gegenüber 84 Mill. im gleichen Zeitpunkt 1947.

Erzgebirge

Wie weit die anderen Radium-Funde im Riesengebirge, Fichtelgebirge, Bayerischen Wald und im Mansfelder Kupfererzgebiet, wo es als Uranoxid auftritt, praktische Bedeutung erlangen werden, müßte durch weitere Untersuchungen festgestellt werden. Bisher hatten es lediglich mineralogisches Interesse, ähnlich wie die Vorkommen der St. Vitus- und bei Sürzmann südlich Marienberg, sowie diejenigen von Schönlicht und Schlaggenwald. Bei Schmiedeberg im Riesengebirge sind vor dem Krie-

58. Briefmarken-Grossauktion Anfang Juni 1948

Umsätze in den letzten 5 Gross-Auktionen 22 Millionen Mark



Einlieferungen von Sammlungen, Seltenheiten, Nachlässen usw. werden jetzt angenommen. Durch unsere Auktionen erfassen Sie die Spitzenklasse der Deutschen Briefmarkensammler. Auktionsabzug 10%, keinerlei Nebenspesen.

Auktionseinlieferungsbedingungen kostenlos. Erste Interessenten erhalten unsere Auktionskataloge kostenlos gegen Berufsangabe.

EDGAR MOHRMANN & Co., M. B. H.

Verpödigter Briefmarken-Auktionator
HAMBURG 1, Speersort 6, Tel. 32 64 28

Führendes Briefmarken-Auktions-Haus Deutschlands!

Hindernisse einer Industrialisierung Chinas

Soziologische Probleme — Industrie-Nachwuchs sind seine Politik

Im Zusammenhang mit einem Artikel über „Die sozialen Verflechtungen der Züngleinchen in der Provinz Yunnan“ behandelt Shih Kuo-heng, Cambridge, Massachusetts in der vierteljährlich erscheinenden Schrift „Pacific Affairs“ gleichzeitig das Problem einer Industrialisierung Chinas.

Die Frage, warum China bisher nicht industrialisiert worden ist, ist im Verlauf von zwei Jahrzehnten von chinesischen Industriemachern, Wirtschaftlern und Soziologen erörtert worden. Die einen machen hierfür die gleichberechtigte Erbfolge verantwortlich, welche eine Bildung von Kapital beeinträchtigt, während die anderen meinen, daß Überbleibsel feudalistischer oder semi-feudalistischer Einstellungen einer industriellen Entwicklung entgegenstehen. Wieder andere benennen hierfür das strenge chinesische Familiensystem. In Wirklichkeit aber, so sieht es der Verfasser, gibt es keine so einfache Ursache und Wirkung, die diesem so schwierigen Problem gerecht werden kann.

Feudale Auffassungen

Zweifellos ist das Erstgeburtensrecht für die Bildung von Kapital förderlicher als die gleichberechtigte Erbfolge. Wenn man im letzteren Fall die Frage offen lassen muß, ob man geneigt ist, sein Kapital für industrielle Zwecke zu verwenden, so besagt dies noch nicht, daß ein durch Erstgeburtensrecht angehäuftes Kapital seinen Weg in industrielle Unternehmen findet. In England beispielsweise hat das Erstgeburtensrecht dazu geführt, daß jüngere Söhne des Adels sich der Industrie, dem beruflichen Erwerb, der Marine u. a. m. verschrieben haben. Wären derartige Wege in der chinesischen Gesellschaft eingeschlagen worden, so würde dies zu einer Vermehrung des Banditentums und zu sozialen Unruhen geführt haben. Auch ein Semi-Feudalismus kann für einen Mangel an Willen zur Industrialisierung nicht verantwortlich gemacht werden. Vor der Entwicklung des modernen Kapitalismus

in Europa zum Beispiel hat es eine Monoton-Gesetzgebung gegeben. Ungeachtet ihrer Entstehungsgeschichte ist dieses Gesetz sowohl von den feudalen Grundbesitzern als auch von den Minenarbeitern beachtet worden, welche in der Lage gewesen sein mögen, es nach und nach durch Gesetzeränderungen und Unterhandlungen abzuändern.

In China hat man dem Gesetz niemals die Macht eines vorher bestimmten unumstößlichen Gebotes eingeräumt. Im Gegenteil: es ist stets von oder für den Herrschenden gemacht worden. Politische Macht liegt bei einer kleinen regierenden Gruppe. Sie mit jener Gruppe zu vereinen, bedeutet Machtbildung, durch die man sich gewisse Vorteile sichern, Reichtum anhäufen und beschützen kann. Dies erklärt teilweise, weshalb sich die chinesische Herrenklasse nicht der altherkömmlichen Bergwerksindustrie verschrieben hat und weshalb die an die Spitze derartiger Unternehmen aufgestiegenen Männer bestrebt sind, ihre Söhne lieber als Herren heranzuziehen, als sie vielmehr dem Kaufmannstand zuzuführen. Denn die traditionsgebundene chinesische Gesellschaft lehnt den Kaufmann ab. Demzufolge müssen erwerbsfähige Chinesen Generation für Generation geopfert werden, da die Gesellschaft für sie keinen Platz hat. Die natürliche Folge ist, daß sich der gebildete Mann von der Teilnahme am Geschäftsleben abschließt und geneigt ist, auf jenen Beruf herabzuschauen.

Die große Kluft

Jene Kluft zwischen dem Intellektuellen und dem Fabrikanten ist auch in Chinas Außenhandel fühlbar. Einerseits

verachtet der Gelehrte das Gewerbe und begibt sich so der Möglichkeit, sich mit Geschäftsleuten zu verbinden. Andererseits sind die alleingewonnenen leitenden Unternehmer nicht in der Lage, mit ausländischen Firmen Handel zu treiben. So ist eine Klasse herangewachsen, welche sich unter der Bezeichnung der „Compradore“ einen Namen geschaffen und die Vermittlerrolle zwischen einheimischen und ausländischen Häusern übernommen hat. Trotz ihrer geschichtlichen Funktion ist sie von den Intellektuellen wenig geachtet, da man sie als von ihrem gesellschaftlichen Niveau abgewichen betrachtet. Und in den Augen der Erzeuger gelten die Compradore als Gewinner. Gegenüber einer traditionsgebundenen chinesischen Kaufmannschaft lassen die Compradore ihre Söhne im In- und Ausland studieren und schaffen so das Sprungbrett für die Errichtung selbständiger Unternehmen daheim.

Würde eine jede Generation auf jenem Wege fortgeschritten sein, so würde der Grundstock für eine unabhängige chinesische Gruppe von Industriellen gelegt worden sein. Aber unglücklicherweise hat es die Eigenart der

Ägypten modernisiert seine Industrie

Starke Erhöhung des Außenhandelsvolumens

Die Wirtschaftslage Ägyptens wird in dem Bericht der Generalversammlung der National Bank of Egypt jetzt vorgelegt wurde, als im allgemeinen günstig bezeichnet. Eine gewisse Konsolidierung ist zweifellos zu erkennen, und Ägypten bemüht sich sehr, seine Wirtschaft auszubauen.

Kairo. Betrachten wir Ägypten nach den neuesten Wirtschaftsmeldungen, die von dort vorliegen, so fällt zunächst auf, daß sich Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten im Sommer 1947 zum ersten Male senkten. Das war ein gewisser Lichtblick, aber er hielt nicht lange an. Gegen Ende des Jahres stiegen sie wieder an. Darum hat sich auch der Notenumlauf erhöhen müssen: von 130 auf 145 Mill. ägyptische Pfund von 1946 auf 1947.

Die ägyptische Regierung hat jetzt vor, die Nationalbank von Ägypten zu verstaatlichen, und sie wird diesen Plan auch durchführen können, aber sie hat nicht die Absicht, eine Zentralbank zu gründen. Diese grundsätzliche Auffassung entnehmen wir der kürzlich gehaltenen Rede des ägyptischen Premierministers. In diesem Zusammenhang geht es um die Erhöhung des ägyptischen Anteils am Weltwährungsfonds, den das Parlament jetzt beschließen hat: von 45 auf 60 Mill. \$. Gleichzeitig wurde auch die ägyptische Einlage bei der Internationalen Bank von 40 auf 53 Mill. \$ erhöht.

Die ägyptische Industrie soll weiter ausgebaut werden, und zwar sowohl in ihrer Produktionskapazität als auch in ihrer Wirtschaftlichkeit. Die hohen Lebenshaltungskosten, von denen wir oben sprachen, sind nämlich mit auf die zu hohen Gestehungskosten der Industrie zurückzuführen, außerdem erschweren sie den Export. Es gilt also zunächst die Industrie zu modernisieren, den Maschinenpark zu erneuern usw., um rationell zu produzieren und gleichzeitig die Kapazität zu erweitern. Besonderes Interesse wird dabei auf die Verbesserung der Versorgung mit Energie gelegt. So hat jetzt eine französische Firma einen ägyptischen Auftrag auf Lieferung von zwei Turbo-Generatoren-Gruppen von je 10 000 und 20 000 kW erhalten, zusätzlich der Lieferung von fünf Kesseln und der elektrischen Ausrüstung. Diese Maschinen sind für ein neues Kraftwerk in Nord-Kairo bestimmt. Auch andere Industriezweige zeigen eine Belebung. So läßt die kürzlich genehmigte Einfuhr von leeren Mineralwasserflaschen mit Verschluß in der beschriebenen Höhe von 200 000 \$ im Laufe dieses Jahres auf eine größere Ausweitung dieser Industrie schließen. Schließlich sei noch erwähnt, daß das ägyptische Finanzministerium die Einfuhr von Beton-Eisen in Höhe von 50 000 \$ für Handel und Industrie bewilligt hat.

Wenn man aber von Ägypten spricht, so denkt man in erster Linie an Baumwolle. Die Lage dieses Wirtschaftszweiges ist in Ägypten befriedigend. Die noch aus der Kriegszeit her aufgehäuften Vorräte sind seit dem Vorjahr um 2,3 Mill. Kantar, also 103 500 t, zurückgegangen. Die ägyptische Baumwolle gehört zu den besten Sorten, und die Preise haben sich gerade in den letzten Wochen erheblich erhöht. Nur in den allerletzten Tagen lagen die Notierungen in Alexandria um 5% niedriger, weil England die Einfuhr ägyptischer Baumwolle auf 91 000 Ballen im Jahr restringiert hat. Allerdings gibt es praktisch für die ägyptische Baumwolle nur die Konkurrenz der USA-Baumwolle, und, da die Dollars in der Welt knapp sind, besteht vorläufig keine große Gefahr für die hohen Preise der Ägypter. Wir sind im übrigen in unserer Nummer 16 so ausführlich auf dieses Thema eingegangen, daß wir uns mit diesem Hinweis begnügen können.

chinesischen politischen Entwicklung jeweils verstanden, die heranwachsende Generation politischen Zwecken zuzuführen. Heutzutage müssen sich industrielle Machtgruppen mit der Regierungsgewalt vereinen, wenn sie ihre Gewinne geschützt wissen wollen. Ehemalig haben ihre Väter aus ihrer Vermittlerrolle zwischen einheimischen und ausländischen Unternehmen Gewinne gezogen, heute aber versucht die neue Generation, sich mit steigender finanzieller und politischer Macht unabhängig zu machen, ihre eigenen Handlungsmuster im Wettbewerb mit ausländischen Firmen zu leiten und eine wirtschaftliche Kontrolle über den einheimischen Erzeuger auszuüben. Und unter dem Schlüsselwort „im öffentlichen Dienst zu stehen“ finden heute chinesische Intellektuelle mehr und mehr Eingang in staatlich kontrollierte Unternehmen.

Wirtschaftliche Faktoren, soziale Sicherheit und politische Fähigkeiten werden dafür ausschlaggebend sein, wie weit eine Politik staatlich kontrollierter Industrien zu geben vermag. Unfähigkeit und Mangel an sozialem Verantwortungsgefühl bei der Ausübung der staatlichen Kontrolle wird jede persönliche Initiative und vorwärtsstrebende Kraft hemmen und einen sicheren industriellen Aufbau verhindern. Politische Unfähigkeit und Korruption werden alsdann aber das Wirtschaftsleben durchdringen und bestimmen. hm

Im übrigen hat sich der Außenhandel Ägyptens weiter sehr günstig entwickelt. Die Einfuhr ist zwar 1947 gegenüber dem Vorjahr um 25% auf 104 Mill. ägyptische Pfund gestiegen, aber die Ausfuhr hat sich stärker, nämlich um 33%, auf 91 Mill. ägyptische Pfund erhöht. Selbstverständlich ist Ägypten bemüht, diesen Passiv-Saldo noch weiter heruntersudrücken. Deshalb ist z. B. die Schulausfuhrquote, die 1947 noch 100 t betrug, für 1948 auf 150 t (mehr als 185 000 Paar) erhöht worden. Außerdem soll die Ausfuhr einer gewissen Menge von gegerbtem und bearbeitetem Leder im Austausch gegen die Einfuhr von Rohleder erlaubt werden. Die Schweiz hat neuerdings landwirtschaftliche Erzeugnisse in Ägypten bestellt. Es sind bereits 70 t Tomaten dorthin veredelt worden. Aber dieser Betrag soll noch weiter gesteigert und auf Gemüse und Erdnüsse ausgedehnt werden. Zur Deckung des Außenhandelsdefizits wird jetzt auch erwogen, Platin auszuführen. Es sind 100 kg Platin in Ägypten vorhanden, davon will man nun 50 kg ausführen, weil der Platinverbrauch in Ägypten 20 kg im Jahr nicht überschreitet. Ägypten verbraucht nämlich mehr Gold als Platin, und Platin ist reichlicher vorhanden.

In den letzten Tagen wurde bekannt, daß sofort nach den italienischen Wahlen Ägypten kommen wird, um über einen neuen ägyptisch-italienischen Handelsvertrag zu verhandeln.

Wenden wir uns noch kurz der Landwirtschaft und den für sie notwendigen Importen zu. Die landwirtschaftliche Produktion reicht zur Deckung des Inlandsbedarfs nicht aus, zumal da der Bodenertrag pro Hektar verhältnismäßig niedrig ist. Es fehlt an Düngemitteln. Darum hat Anfang dieses Monats die landwirtschaftliche Kreditanstalt Ägyptens mit kanadischen Firmen ein Abkommen getroffen, um chemische Düngemittel von dort zu beziehen, und zwar sollen in den beiden nächsten Jahren je 50 000 t Stickstoff-Düngemittel eingeführt werden. Die ersten 25 000 t werden in der Zeit von Juli bis Oktober d. J. geliefert.

So ergibt sich also ein zwar günstiges, aber doch nicht in allem befriedigendes Bild der ägyptischen Wirtschaftslage. Y.

Anglo-ägyptische Erdöl-konzessionen

Kairo. Der ägyptische Handels- und Industrie-Minister gab kürzlich folgende nähere Einzelheiten über die der Anglo-Ägyptischen Erdölgesellschaft eingeräumten drei Konzessionen bekannt: Die erste dieser drei Konzessionen befindet sich im Gebiete von Ras Gharis und umfaßt 126 Ölquellen mit einer Jahresproduktion von 100 000 t. Die zweite in Ras El Sudr betrifft 5 Ölquellen mit einer Jahresproduktion von 30 000 t, während die dritte bei El Assal lediglich eine einzige Ölquelle betrifft, deren Erschließung jedoch noch nicht in Angriff genommen werden konnte, da die entsprechenden Förderanlagen noch nicht vollständig installiert wurden. Die Konzessionen erstrecken sich über einen Zeitraum von 30 Jahren und können sodann für weitere 15 Jahre erweitert werden.

Die ägypt. Regierung besitzt 100 000 Aktien der Anglo-Amerikanischen Erdölgesellschaft und einen Anspruch auf 5% des Nettogewinnes und überdies auf 10% aller Übergewinne. Weiter ist die ägyptische Regierung berechtigt, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Abschließend wies der Minister auf die Tatsache hin, daß es sich hierbei um eine britische Gesellschaft in Ägypten mit dem Sitz in London handelt, die infolgedessen nur den britischen Gesetzen unterworfen ist.



ZEISS IKON

Cameras
med. Hologramm
Sicherheitsschlösser
Spiegelreflektoren

Zeiss-Ikon-Erzeugnisse, Spitzenleistungen der deutschen optisch-feinmechanischen Industrie, haben Weltruf!

ZEISS IKON AG
BERLIN-STUTTGART



Goldemann
verleiht Katalogmodelle

HAMBURG
COLONNADEN 13
RUF 3133 22 / 3133 25
ANKAUF — VERMITTLUNG
SCHATZUNGEN — GUTACHTEN

Große Kunst-Versteigerung in Bonn/Rhein

Dienstag, den 11. Mai 1948, 11 Uhr, im Hansa-Eck, Bonn, Sehnstraße 70, im freiwilligen Auftrag für die Ordre, meistbietend gegen Barzahlung:

Orient-Teppiche, über 70 Teppiche, Verbinder und Gelerien (bis 4,00 x 5,25).
Gemälde alter und neuerer Meister.
Kleinplastik: Marian-Portallene, Kristalle, Zinn, Bronzen, Silber- u. Messingsachen.
Antike Möbel. (Katalog nur an ernstliche Interessenten!)

Beidigung am 11. Mai 1948, ab 9 Uhr, im Versteigerungsbüro.

C. Klippert, Auktions- und Taxations-Büro, Hirschstraße 38, Fernsprecher 6803
Entsprech. Versteigerungsobjekte werden laufend angenommen.
Hotelunterkunft nur bei rechtzeitiger Anmeldung gewährleistet!

1863  1948

GERRESHEIMER GLAS
seit 85 Jahren ein Qualitätsbegriff

GERRESHEIMER GLAS
DUSSELDORF-GERRESHEIM

IMPORT EXPORT

Werkstatteinrichtungen
MASCHINEN
WERKZEUGE
Kraftfahrzeugzubehör
Kraftfahrzeugteile

ENGLER & CO.
OFFENBURG (Baden)
GROSSHANDLUNG
WASSERSTRASSE 4



CHINOSOL

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 30 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „3 Eulen-Mark“ verbürgt Ölle und Entschlammung.

CHINOSOL-FABRIK A. G., HAMBURG

Weltmeinung

Guter Wille und Dollars

Current History

Über den guten Willen, den die USA zusammen mit ihren Dollars in Europa investieren müßten, heißt es:

„Die Kritik der Westeuropäer zu den USA entspringt in vielen Fällen einem Mangel an Informationen. Viele Menschen haben keine andere Verbindung zu diesem Land als durch die Bekanntheit mit amerikanischen Soldaten. Aber fremde Besatzungstruppen sind nie die besten Gesandten ihrer Länder. Dann kommen die vielen Geschichten unglücklicher Kriegsbräute, die über den Ozean führen, um einen Kaugummi-König zu heiraten und die enttäuscht zurückzukehren.“

Mit dem europäischen Hilfsprogramm unternommen nun die USA ihren ersten entscheidenden Schritt, den Boden, den sie innerhalb der letzten drei Jahre in Europa verloren haben, zurückzugewinnen. Viele Europäer ziehen Sicherheit der Freiheit vor und folgen jenen, die unter einer strengen Führung materielle Genugtuung verschaffen. Die Demokratie à la Sowjet wendet sich an diejenigen, die im Elend leben. Das Vertrauen zur westeuropäischen und amerikanischen Idee der Demokratie stützt sich auf einen gleichen Lebensstandard. Um weder des Imperialismus noch der Heuchelei beschuldigt zu werden, dürfen wir unsere Hilfe weder von politischen Bedingungen abhängig machen, noch uns in der Rolle eines Almosenpenders gefallen.

Um unseren guten Willen gegenüber diesen Ländern zu unterstreichen, dürfen wir jenen ihre Arbeit nicht erleichtern, die nur daran interessiert sind, die USA in Mißkredit zu bringen. Der wirksamste Weg, die Achtung der Europäer zurückzugewinnen, ist, zu versuchen, die Kluft zwischen demokratischen Idealen und demokratischer Wirklichkeit zu überbrücken.“

The Readers Digest

Die Bürger der USA beginnen zu rechnen und weisen darauf hin, daß die hohen Lebenskosten auf die übersteigerten Regierungskosten zurückzuführen sind:

„Unsere gesamte Steuerberechnung beläuft sich heute auf jährlich 50 Mrd. Dollar. Wenn wir uns daran erinnern, daß die Ernährungskosten für die ganze Nation 1946 auf 39 Mrd. Dollar geschätzt worden sind, so sind dieser Summe gegenüber die Regierungskosten erschreckend hoch. Buchstäblich bezahlen wir also mehr dafür, daß wir regiert werden, als wir für unsere Ernährung bezahlen. Etwas ein Drittel oder ein Viertel des gesamten Nationaleinkommens verschluckt die Steuer. Mr. Truman's Budget für das laufende Rechnungsjahr ist etwa viermal so hoch als der umfassendste Haushaltsplan der Friedenszeit je gewesen ist. Es mag sein, daß sich die Hausfrauen nicht immer klar darüber sind, wieviel sie und ihre Familien an Steuern be-

zahlen. Die Steuerlast ist nicht durch die Höhe des Einkommens begrenzt. Mit jedem Laib Brot wird zugleich ein Teil des Steuerbetrages mit bezahlt, den der Farmer, der den Weizen anbaut, der Kaufmann, der den Weizen kauft, der Müller, der den Weizen mahlt, der Bäcker, der das Brot backt und der Händler, der das Brot verkauft, bezahlen muß.“

Politiken

Die Sperrung der Ruhrkohlenzufuhren nach Dänemark, die unter Hinweis auf die noch unbeglichene Dollarschuld Dänemarks in Höhe von 13 Mill. Dollar durch die englische Militärverwaltung der englischen Zone Deutschlands erfolgt ist (wie wir bereits kurz in Nr. 17 vom 24. 4. gemeldet haben), hat die dänischen Behörden überrascht, da sie auf einen positiven Ausgang der in Berlin eingeleiteten Verhandlungen gehofft hatten. Das dänische Blatt schreibt hierzu:

„Man hatte in Berlin das Angebot gemacht, den Kohlenimport, der übrigens in den letzten Monaten beträchtlich reduziert worden ist, bis zur Regelung der Bezahlungsfrage auf ein Minimum zu beschränken. Soweit wir verstanden haben, war es denn auch der Eindruck der dänischen Unterhändler, daß die englische Militärverwaltung eine abwartende Haltung einnahm. Die Sperrung berührt die Versorgung Dänemarks nicht nennenswert. Das Land hat gute Bestände von ausländischem Heizungsmaterial, und es bestehen bekanntlich Vereinbarungen über Zufuhren von anderer Seite. Das Bezahlungsproblem wegen der Ruhrkohlen entstand im vergangenen Frühjahr, als der Import in Gang kam. Damals lag eine Zusage über die Entgegennahme von Sterling als Bezahlung vor. Erst später wurde die Forderung der Dollardeckung gestellt. Seit Neujahr hat Dänemark wiederholt versucht, ein Handelsabkommen zu erzielen, das Deckung durch Warenexport ermöglichte. Gleichzeitig hat Dänemark aus freien Stücken den Import begrenzt. Im Januar-Vierteljahr wurden so nur für etwa 25 Mill. dKr. Ruhrkohlen eingeführt. Die gesamte verfallene Schuld beträgt etwa 70 Mill. Kr. Das letzte Ersuchen zur Lösung der Frage durch Handelsvereinbarungen ist neuen Datums. Es wurde mit dem Ersuchen beantwortet, die Frage noch einen Monat zu vertagen. Auch bei den Verhandlungen wegen eines Handelsabkommens mit England zu Anfang des Jahres lehnte die englische Regierung den dänischen Wunsch nach Deckung der Dollarschuld durch Waren nicht grundsätzlich ab. Wenn die Militärverwaltung anscheinend nicht so interessiert ist an einem Austausch von Lebensmitteln gegen Kohle, so ist das darauf zurückzuführen, daß man meint, die Zone könne es sich nicht leisten, teure Waren zu kaufen. Was man haben will, ist Getreide oder Dollar. Und Dänemark hat keine von beiden abzugeben, voraus es übrigens niemals ein Hehl gemacht hat.“

KUTZ Cavalier



DIE KLINGE FÜR KÖNIG ANSPRÜCHE

BEWAHRT VON DER FAHRT

Schneider & Schweda
Import — Export
liefert

**Fischsilber
Perl — Transparent — Lack**

(13b) Kempten / Allgäu
Römerweg 13



SANDERBAND

Das gute Bänderband
das schöne Ziierband

Wichtigste Hersteller:
Dr. Bender, Hoff, Haverkamp

**Haben Sie sich schon
belehren lassen!**

über die wirtschaftliche Textilzeugung
der Hauptstädte

Sie werden fachmännisch beraten über
die größte deutsche Spitzenstrickerei
sowie über Ostlinen, Stross und Tisch-
decken in feinsten Filzauflagen, feinsten
Damenstrickerei für Westen, Pul-
lover, Kleider und Kostüme, ferner von
neuartigsten Strickwaren von Techni-
kern aus verschiedenen Materialien.
Darüber berät Sie gerne der West-
deutsche — Kaufhof in allen Großstädten
des Westens.

Vertreter der Deutschen Spitzenkonti
Edgar Steidl
Keddenhausen 4, Mannheim, Hauptstr. 28

Rasier dich ohne Qual



PUNKTAL
SOLINGEN

AUSKUNFT KASENZER KG.

Internationale Handels-Auskunft
Informationsbüro in- u. ausländ. Auskünfte

(KASENZER'S WORLD SERVICE)
Handels-, Spec., Priv./Auskünfte
Inkasso, Vertretung-Vermittlung
Jahreshefte umfassende Archive

STUTTGART-W., Robertplatz 64, Ruf 689 38

ATELIER RETUSCHEN ENTWÜRFE

REISEPLAN-HEFT
KLEIDUNG-HEFT
PROJEKT-HEFT
KOLLEGE-HEFT

STUTTGART-BOHNANG
FROBERGERSTRASSE 4
707 5421

In allen brennenden
Raumoffragen
hilft der
PINNOW
Großraum-Wagen

Diese moderne, fahrbare Überkante für
nicht ortsfestbindende Zwecke ist gegen
Rauchabströmungen beständig lieferbar.
Anfragen und Zweckangaben an

Helmut Hannemann
Kommanditgesellschaft
Frankfurt a. M., Niederrod
Adolfstraße 15

USA-Kapital wieder in Mexiko

Vor Erschließung neuer Erdölfelder

Aus New York wird berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und die Mexikos Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Abkommens führen, das den amerikanischen Erdölfirmen das Recht einräumt, in verschiedenen Gebieten Mexikos Bohrungen nach Erdölvorkommen vorzunehmen. Die amerikanischen Firmen sollen nach Äußerungen der „New York Post“ Steuerfreiheit genießen, ihre Betriebskosten sollen ihnen vergütet werden, und am Reinertrag der Förderung sollen sie mit 10 bis 20% beteiligt werden. Das amerikanische Kapital übernimmt somit das Risiko der Erschließung, das gerade im Erdölgeschäft nicht gering ist, und wird später seine Investitionen aus der laufenden Förderung mit einem bestimmten Prozentsatz amortisieren, während der Löwenanteil des Gewinns der mexikanischen Regierung zugute kommt.

Erschließung der Bodenschätze

Diese Meldung ist äußerst interessant, zeigt sie doch, daß die Geschichte des mexikanischen Erdöls ansetzend in eine neue Phase getreten ist. Man erinnert sich noch des Aufsehens, das das Enteignungsdekret der mexikanischen Regierung vom 18. März 1938 in aller Welt hervorrief, von dem u. a. 17 große amerikanische Erdölfirmen betroffen wurden. Es handelte sich um die Compania Mexicana de Petrolero „El Aguila“ S.A., die Compania Naviera de San Cristobal S.A., die Compania Naviera San Biardo, S.A., die Huasteca Petroleum Company, die Sinclair Petroleum Company, die Mexican Sinclair Petroleum Corporation, die Stanford y Compania Sucesores S. en C., die Pem Mex Fuel Company, die Richmond Petroleum Company de Mexico, die California Standard Oil Company of Mexico, die Compania Petrolera El Agui, S.A., die Compania de Gas y Combustible Imperio, die Consolidated Oil Company of Mexico, die Compania Mexicana de Vapores San Antonio, S.A., die Sabelo Transportation Company, die California S.A., und die Clarita, S.A. Das Aufsehen, das diese Enteignungen erregten, war verständlich, schließlich hatten die genannten Gesellschaften den Erdölreichtum Mexikos erst erschlossen, wie überhaupt die Erschließung der mexikanischen Bodenschätze, auch der mineralischen, in der Hauptsache amerikanischen Kapital zu verdanken war. Beträchtliche Kapitalien waren im Lauf von Jahrzehnten investiert worden. Die ersten Forschungen nach Erdöl begannen um 1900 herum in einer absoluten Wildnis. In weniger als zehn Jahren jedoch war Mexiko in die Reihe der führenden Erdölproduzenten der Welt aufgerückt. Tampico war aus einem schäblichen Fischerdorf zu einer modernen und bedeutenden Hafenstadt geworden, 50 000 Arbeiter fanden auf den Erdölfeldern Verdienst und die Wirtschaft Mexikos hatte allgemein einen Aufschwung genommen. Im Jahre 1926 wurden mehr als 500 Mill. \$ für die Erschließung von den Erdölgesellschaften ausgegeben, die Löhne erreichten jährlich etwa 37,5 Mill. \$ und die staatlichen Abgaben 25 Mill. \$ im Jahr. Von 1926 bis 1937 waren von dem amerikanischen Erdölkapital weitere rund 340 Mill. \$ in Mexiko investiert worden.

Expropriationen

Es dürfte einleuchten, daß Mexiko, auf sich selbst gestellt, diese Aufgabe nicht hätte bewältigen können. Dazu fehlte es an Kapital und an technischer Erfahrung, und die Mentalität der eingeborenen Bevölkerung war kaum geeignet, eine Industrialisierung des Landes voranzutreiben. Es kann auf der anderen Seite keinem Zweifel unterliegen, daß das Regime des Präsidenten Porfirio Diaz (1876 bis 1910) korrupt war, und daß die ausländischen Gesellschaften in diesen Jahren außerordentliche Profite erzielten, aber man darf nicht vergessen, daß unter diesem Regime Mexiko industriell erschlossen wurde. Als der Diktator Diaz gestürzt wurde, glaubte der einfache Mann in Mexiko, daß das auch das Ende des ausländischen Einflusses sein würde. Der Sturz des Diktators führte jedoch nur zu unendlichen Wirren und einem Bürgerkrieg, der von 1910 bis 1919 dauerte. Die Radikalisierung der Massen sah zu, ohne daß die radikalen Forderungen durchgesetzt werden konnten. In dem von inneren Wirren zerrissenen Land folgte ein Präsident dem anderen. Eine ruhigere Periode begann, als Calles im Jahre 1924 wiedergewählt wurde und als Dwight Morrow als amerikanischer Botschafter nach Mexiko ging. Es bahnte sich eine neue Zusammenarbeit zwischen der mexikanischen Regierung und dem Auslandskapital, besonders mit den amerikanischen Firmen an. Die radikalen Ansichten erhielten jedoch für die Folge wieder die Oberhand, und führend auf der unter Carranza verkündeten Konstitution aus dem Jahre 1917, die die Nationalisierung der Bodenschätze des Landes vorsah, kam es schließlich 1938 zu den erwähnten aufsehenerregenden Expropriationen.

Für die Folge setzte nun ein Kampf ein, der zwischen der mexikanischen und nordamerikanischen Regierung mit den Mitteln der hohen Diplomatie ge-

führt wurde. Von Seiten der USA wurden wirtschaftliche Druckmittel in Anwendung gebracht, bei denen nicht zuletzt die Einstellung der Silberkäufe des amerikanischen Schatzamtes eine wesentliche Rolle spielte. Schließlich hatte das amerikanische Schatzamt monatlich nicht weniger als 5 Mill. Feinunzen Silber zu dem sehr günstigen Preis von 45 ct für die Unze gekauft und der mexikanische Staatshaushalt basierte nicht zuletzt auf diesen Silberverkäufen. 1937 hatten die USA für 38,5 Mill. \$ Gold und für 30,2 Mill. \$ Silber in Mexiko gekauft. Auf Ersuchen der mexikanischen Regierung fanden sich dann die Vereinigten Staaten, als die Finanzlage Mexikos katastrophal zu werden drohte, bereit, trotz des Oelstreiks die Silberkäufe wieder aufzunehmen.

Der Krieg löste die Probleme

Die Dinge blieben dann in der Schwebe, und schließlich hat der Krieg, der 1939 ausbrach, ganz neue Voraussetzungen geschaffen, die die mexikanische Regierung der Notwendigkeit überhoben, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, welche Folgerungen sich für die verstaatlichte mexikanische Erdölindustrie bei einem Wettbewerb mit den mächtigen Erdölkonzernen in privater Hand ergeben hätten. Die Trümper waren zweifellos auf der anderen Seite. Mexikos Oel stellte nur 12,5% der an sich geringen amerikanischen Einfuhr, 5% der zwar bedeutenderen englischen Einfuhr und weniger als 1% der französischen und italienischen Einfuhr vor dem Krieg. Über

30% der deutschen Einfuhr stammten 1939 jedoch aus Mexiko. Durch den Krieg hatte Mexiko den deutschen Kunden verloren und war damit weitaus stärker in die amerikanische Abhängigkeit geraten, als dies vor dem Krieg der Fall war. Immerhin, auch ohne die Kriegseinwirkungen hätte sich das verstaatlichte mexikanische Erdöl mit den in Amerika, Venezuela, Iran, Rumänien und Irak tätigen Konzernen auseinandersetzen müssen, ganz zu schweigen vom sowjetischen Erdöl. Im Fernen Osten hatten die Verbraucher zudem das Erdöl Niederländisch-Ostindiens gewissermaßen vor der Tür liegen. Der Ausgang eines solchen Konkurrenzkampfes wäre unsehbar vorauszuversagen gewesen.

Der Krieg scheint die Gemüter in Mexiko besänftigt zu haben. Man ist sich offenbar der Schwierigkeiten bewußt, die sich aus einer allzu radikalen Haltung in der Erdölfrage ergeben würden. Deshalb versucht man ausweichend einen Mittelweg zu gehen, der sowohl den mexikanischen als auch den amerikanischen Interessen gerecht wird. Ob 10—20% vom Reingewinn jedoch ein genügender Anreiz sind, daß sich amerikanisches Kapital in größerem Umfang erneut in der Erschließung mexikanischer Bodenschätze nach den bisherigen Erfahrungen betätigt, ist eine andere Frage. Für die Vereinigten Staaten kann es nur darum gehen, für die enteigneten Unternehmen eine ausreichende Entschädigung zu erhalten, bzw. eine ausreichende Verzinsung des im mexikanischen Bergbau tätigen und in der Erdölindustrie neu zu investierenden Kapitals für die Dauer sicher zu stellen.

Südamerika als Eisenerzeuger

Basis der Schwerindustrie in Argentinien und Chile

Der Krieg hat begrifflicherweise die Tendenzen zum Aufbau einer Schwerindustrie in den überseeischen Ländern, besonders in Südamerika, weiter voranzgetrieben. Während in Europa nach „Erbe des Mines“ der Eisenverbrauch je Kopf der Bevölkerung sich auf 150 bis 400 kg im Jahr beläuft, stellte sich der Verbrauch in Argentinien bis vor kurzem erst auf 50 kg und in Chile auf 30 kg. Dieser geringe Verbrauch verhinderte bisher das Entstehen einer ausgebildeten Schwerindustrie, und nur einige wenige Martinofen, Halbbrennwerke und verarbeitende Betriebe bestanden in Argentinien, Brasilien und Chile.

Vor 1939 belief sich der jährliche Durchschnittsverbrauch an Eisen in den wichtigsten südamerikanischen Ländern auf folgende Mengen:

Argentinien	640 000 mt
Chile	140 000 mt
Kolumbien	95 000 mt
Peru	38 000 mt
Bolivien	12 000 mt
Ecuador	8 000 mt

Im ganzen konnte man mit einem jährlichen Verbrauch von etwa 1 Mill. Tonnen in Südamerika rechnen. Seit dem Krieg hat aber die industrielle Entwicklung und der Eisenverbrauch in Südamerika bedeutend zugenommen.

Die Vorkriegsrohisenherzeugung in holzgefeuerten Hochofen in Corral in Chile belief sich auf etwa 17 000 t im Jahr und in Brasilien auf etwa 100 000 Tonnen. Seitdem ist die chilenische Erzeugung auf 24 000 t gestiegen, und Argentinien ist mit etwa 20 000 t im Jahr hinzugekommen.

Brasilien verfügt über rund 20 Mrd. t Eisenerz, und die Hälfte der Vorkommen befinden sich im Staate Minas Geraes. 1941 begann man auf Grund dieses Erzreichtums mit dem Aufbau einer bedeutenden Eisen- und Stahlindustrie. Bis dahin waren, mit Ausnahme von 25 kleinen holzgefeuerten Hochofen mit einer Kapazität zwischen 15 und 100 t täglich, die folgenden drei Unternehmen tätig: Cia Siderurgica Belgo-Mineira (ARBED-Tochtergesellschaft) in Monlevade und Sabra, die 1941 79 000 t Roheisen erzeugte, die Cia Brasileira de Usinas Metalurgicas in Moço Grande mit drei Hochofen und 33 300 t Erzeugung in 1941 und die Cia Ferro Brasileira Cast-Iron and Pipe Manufacturers mit einer Erzeugung von 38 000 t in 1941.

Die Pläne des großen staatseigenen Werkes von Volta Redonda, die 1941 fertiggestellt wurden, sehen eine Roheisenkapazität von vorerst 280 000 t vor, die aber schließlich auf 1 Mill. t gebracht werden soll.

1942 wurde der Ausbau der Itabira-Eisenerzminen durch die Cia Vale do Rio Doce vorgenommen mit dem Ziel, den Eisenerzexport auf etwa 1,5 Mill. t jährlich zu bringen. Die United States Steel Corporation hat aber noch ein drittes Interesse an der Errichtung der Werke von Volta Redonda. Das schwierige Problem der brasilianischen Eisen- und Stahlindustrie ist die Kohlenfrage, da das Land sehr kohlearm ist, Kohlen müßten also aus den USA oder aus England importiert werden.

Chile hat gleichfalls die Voraussetzungen für die Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie, und es bestehen schon Pläne hierfür. Das günstigste Gebiet ist das von Mendoza-

Provinz Coquimbo verfügt noch über einige Manganzuvorkommen, Vorkommen von Kalk und Kohlen, die sich zusammen mit eingeführter Kohle für die Koksgewinnung eignen. Außerdem ist ein Wasserkraftwerk mit einer Leistungsfähigkeit von 70 000 KVA am Lajafluß bei El Albanico errichtet worden.

Die Produktion von 170 000 t Roheisen würde die Bereitstellung von 300 000 t Tofoerz, 18 000 t Manganerz, 75 000 t Kalk, 315 000 t Kohle, 15 000 t Delomit und 180 Mill. kWh erfordern.

Die Durchführung der brasilianischen und chilenischen Pläne würde bedeuten, daß diese beiden Länder etwa 40% des südamerikanischen Roheisenbedarfs aus eigenen Kräften decken könnten. Dieser Anteil würde sich noch bedeutend erhöhen, wenn die bereits gefaßten Expansionspläne zur Durchführung kommen.

USA heben Kohlenausfuhrverbot auf

Washington. Das Handelsministerium hat das am 21. März verfügte Kohlenausfuhrverbot wieder aufgehoben, mit Rücksicht auf die infolge des jüngsten Grubenarbeiterstreiks eingetretene Schrumpfung der Kohlenvorräte jedoch gewisse Einschränkungen festgesetzt. So wird Europa statt der für April vorgesehenen Menge von 4 Mill. t nur 1 Mill. t erhalten, wovon mehr als 300 000 t für Frankreich und Italien in Aussicht genommen sind. Die jetzt bestehenden Einschränkungen dürften nach einer offiziellen Erklärung auch für Mai beibehalten werden.

Saison 1947/48: 350 000 t Walöl

Am diesjährigen Walfang beteiligten sich 20 Expeditionen mit 175 Fangbooten gegen 18 Expeditionen mit 147 Fangbooten in der Saison 1946/47. Für den Fang waren 16 000 Blauwale freigegeben, was etwa 1,8 Mill. Faß oder 300 000 Tonnen Öl entspricht. Eine quentmäßige Aufteilung auf die einzelnen Expeditionen war nicht vorgenommen worden. Einschließlich des Fanges der Landstationen, der keiner Beschränkung unterliegt, rechnete man mit einem Gesamttertrag von 350 000 t Öl. Nach den letzten Meldungen wurden jedoch nur 14 000 Blauwale bis zum Abschluß der Fangsaison erlegt, von denen auf die sowjetische Expedition 740 und auf die japanische 1321 Blauwale entfielen. Die norwegischen Fänge lagen um 34% niedriger als im Vorjahr. Die Ölausbeute wird also geringer sein, als man ursprünglich annahm.

Spaniens Einfuhrplan

Madrid. Nach dem endgültigen Plan des spanischen Ministeriums für Handel und Industrie sollen im ersten Halbjahr 1948 lebenswichtige Güter im Werte von 1500 Mill. Peseten eingeführt werden, vor allem Nahrungsmittel (besonders Getreide), Rohstoffe, Brennstoffe, Textilien, verschiedene Maschinen, Metallschrott und Düngemittel.



ESSON
vielbegehrt

aber noch nicht unbegrenzt lieferbar

WESTLAND-CHEMIE
MÜNSTER/WESTE

Tel. 41870 Postfach 350

Zement-Oxyd-Farben
gelb, braun, rot, schwarz

Quarz-Stein-Schiefer-Mehle

Erdweiß-Westland (gemahlen u. in Stücken)
(gleichwertig wie Kneide, Kaolin, Kieselsäure)

Suche...



H. J. HOLLER
Fachgeschäft f. Briefmarken
WIESBADEN, Michelsberg 4

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Das Zonenamt in Hamburg hat sich bei der Verwaltung für Finanzen (Bad Homburg) dafür eingesetzt, daß Versorgungsmaßnahmen der Arbeitnehmer für die Geflüchtetenmitglieder ohne Rücksicht darauf steuerlich gleich behandelt werden, als ob sie in der Heimat geblieben wären...

In Berlin durch Magistralverordnung vom 23. 12. 1945 den Opfern des Faschismus gewandte Einkommensteuerliche Erleichterung ist durch eine Verordnung der Alliierten Kommandatura Berlin vom 24. 12. 1947 mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden...

Die Erklärungen für die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer des Jahres 1947 sind in Bayern spätestens am 30. 4. 1948 bei den Finanzämtern abzugeben.

Die Verwaltung der Finanzen hat dem Finanzsausschuß des Wirtschaftsausschusses einen Vorschlag zur Änderung des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 zur Beratung vorgelegt...

Der Kdf-Erlaß vom 14. 1. 1944 - S 4216 - 117 III, wonach Weingruben ihre gesamten Grundbesitzverhältnisse in der Weingrubenzonendurchschnittssätze zu veräußern brauchten, wenn die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung der Grundbesitzveräußerungsgünstigkeit nach § 7 Absatz 3 UStG bei einem Teil der Grundbesitzstücke gegeben waren...

In der britischen Zone werden die von Schriftstellern geltend gemachten Betriebsausgaben anerkannt, wenn sie 20 % der Rezhinnehmungen aus freiberuflicher Tätigkeit nicht übersteigen...

In Berlin richtet sich die steuerliche Behandlung von Schäden, die durch Sonderleistungsmaßnahmen entstanden sind, nach dem Zusammenbruch durchgeführt wurden, nicht nach Artikel VIII KRO Nr. 12, sondern nach den allgemeinen steuerlichen Vorschriften...

In dieser Rubrik möchten wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen geben...

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen in einem Beiblatt, das nur an Feuilletonisten der 'Wirtschaftsrevue' abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt...

Bestehende Rücklagen für Ersatzbeschaffung brauchen in der sowjetischen Zone nicht aufgelöst zu werden. Es wird jedoch angefragt, ob spätere in der Zone der Sowjetunion die Neubildung von Rücklagen für Ersatzbeschaffung wird zugelassen, auch insoweit als die Rücklage weiter bestehen bleibt...

Die Deutsche Zentralbankverwaltung für die sowjetische Zone hat am 10. 3. 1948 Bewerfungsbildungen für die Veräußerung der Vermögensgegenstände 1946 gemäß § 67 und § 8 Absatz 2 der Richtlinien zur Durchführung des KRO Nr. 13 in der sowjetischen Besatzungszone (Bewf 1946) erlassen...

Die FfSt hat durch einen Erlaß vom 26. 3. 1948 über die Umsatzsteuer bei Lieferung von Stabholz in den Walden einen Betrag, der in fremden Wäldern Stabholz und das erworbene Holz an Dritte liefert, kann den ermäßigten Steuersatz von 15 % nach § 7 Absatz 2 Ziffer 1 UStG nicht in Anspruch nehmen...

Alle zum Grundbesitz der ehemaligen Wehrmacht und ähnlicher Organisationen gehörenden Liegenschaften sind nach einer Landesverteilung in Rheinland-Pfalz grundbesitzfähig, soweit sie nicht von der Besatzungsarmee, sondern von Zivilpersonen genutzt werden.

In Rheinland-Pfalz ist jetzt die Erstellung und Verrechnung überhöhter Steuerbeiträge aus der Zeit vor dem 3. 5. 1945 zu zwei Dritteln (bislang nur die Hälfte) möglich...

Die Kassenbestände betragen (in Mill. RM) am 1. März 802,3, die Bareinzugänge 657,7, die Barausgänge 388,5, mithin Bestände am 31. Dez. 1071,5

Die Wirtschaftsverbände in Baden

- Verband der Nahrungsmittel-Industrie, Singen am Hochrhein, Kaiserstraße 19, Tel. 24 31. Fv Obst- und Gemüse-Verarbeitungsindustrie, Freiburg/B., Hildstraße 53. Fv der gewerblichen Obstkulturen, Freiburg, Maximilianstraße 2. Fv der Mineralwasserfabriken, Freiburg/B., Maximilianstraße 2. Fv Badischer Essigsäurefabriken, Kork bei Kehl, Tel. 12. Fv Brauwirtschaft, Freiburg/B., Brunnstraße 34, Tel. 2813. Verband Badischer Brauereien und Mälzereien, Freiburg/B., Klarstraße 71, Tel. 2834. Fv Spielwaren, Sport- u. Reisebedarf, St. Georgen/Schwarzwald. Verb. südwestdeutscher Kunsthandwerker, Sektion Baden, Kandel, Postfach 33, Of: Rth: Baur, Kandel, Tel. 325. Fachgruppe Graphisches Gewerbe, Freiburg/B., Hildstraße 14. Verbindung aller Druck für das graphische Gewerbe, Baden-Baden, Langestraße 75. Verband Badischer Kleider- und Hütefabriken e.V. (französische Zone), Oppau, Dreilingerstraße 33, Tel. 217. Die Zahnarztgewerkschaft von Südbaden, Freiburg/B., Günterstalstraße 14. Landesverband Südbaden (französische Besatzungszone) der Großhandel e.V., Freiburg/B., Zollhausstraße 16/18. Fv des Fahrrad-, Fahrradteile- und Zubehörhandels des badisch-württembergischen Gebiets der französischen Besatzungszone, Freiburg/B., Haslachstraße 10. Verband der Baustoffhändler in Südbaden, Freiburg/B., Hildstraße 58. Arbeitsgemeinschaft des pharm. Großhandels der französischen Zone, Baden-Baden, Metzgerstraße 30, Tel. 13 81. Landesverband Samenhandel, Freiburg/B., Keller-Josel-Straße 237. Vereinigung der Baustoffhändler von Freiburg und Umgebung, Freiburg, Eisenbahnstraße 43, Tel. 227. Badischer Postzeitungshändler-Verband, Freiburg/B., Joststraße 7. Fv All- und Abfallstoffe, Freiburg, Hildstr. 58. Verband der Spedition- und Transportgewerbe Baden, Freiburg/B., Beilstraße 7. Verband der Handelshändler in Baden (französische Zone), Freiburg/B., Hildstraße 58. Verband reisender Kaufleute, Lauenburg, Hauptstraße 17. Verband ambulanter Gewerbetreibender e. V. für Baden, Freiburg/B., Kaiser-Josel-Str. 270. Badischer Friseur- und Friseurhelfer-Verband, Freiburg/B., Eisenbahnstraße 48. Verein der Deutschen Zeitungsverleger, Freiburg/B., Johannisstraße 4. Werbe-Fachverband Baden, Freiburg, Goethestraße 6/70. Fv Bergbau (französische Zone), Kappel bei Freiburg, Postfach 111 Freiburg-Littenweiler, Tel. Freiburg 2833. Fv Baustoffindustrie, Freiburg, Waltherstr. 1. Fv Kfz- und Kfz-Zubehöriindustrie, Littenweiler bei Freiburg, Oberlingen am See. Fv Kunststoffe, Well- u. El. Fv Fachvereine Badischer Metallarbeiter, Freiburg, Oulfeustraße 6/70. Fv Möbelindustrie, Freiburg/B., Hansjakobstraße 12. Arbeitsgemeinschaft des Düngerehandels, Freiburg/B., Gartenstraße 30. Arbeitsgemeinschaft der Seil- und Polstermaterialienhändler, Freiburg-Zähringen, Bärenplatz 23. Arbeitsgemeinschaft des Bauteil- und Holz-Großhandels, Freiburg/B., Goethestr. 72, Tel. 2923. Verband der Badischen Weingrubenhändler, Freiburg/B., Maximilianstraße 2.

- Verband der Mehl-Großhandels von Südbaden, Hornberg/Schwarzwald, in Firma Jakob Wähler, Tel. 241242. Arbeitsgemeinschaft der Tabakwaren-Großhändler, Freiburg/B., Maximilianstraße 2. Arbeitsgemeinschaft der Sortiments-Großhändler, Freiburg/B., Prinz-Eugen-Straße 13, Tel. 2593. Einzelhandelsverband Südbaden e. V., Freiburg, Tel. 25 29 Freiburg, Zeltstraße 24 (Dr. Fritz), Schellstraße 43 (Dr. Ilwanz). Einzelhandelsverband e. V., Bezirksgr. Baden-Baden, Soltaustraße 25. Börsenverein der Buchhändler, Freiburg/B., Tenenbacherstraße 4, Tel. 24 11 (über Hardt). Fv des Kraftfahrzeuggewerbes, Freiburg/B., Uhlandstraße 13, Tel. 2264. Oberwundenswälder Kraftfahrzeug-Instandsetzungsbetriebe, Freiburg/B., Uhlandstr. 13, Tel. 2264. Südwestdeutsche Eisenhändler-Vereinigung, Lehr, Marktstraße 32. Verband der Metz- und Speerhändler, Freiburg/B., Annaplatz 4, Tel. 2132. Badischer Verband der Kohlenhändler, Freiburg/B., Eisenbahnstraße 43, Tel. 2295. Radio-Fachverband Südbaden, Freiburg, Schwanenstraße 8. Technischer Überwachungsverein, Freiburg/B., Holzmarkt 8, Tel. 2566. Verband der Gaststätten und verwandter Betriebe, Freiburg/B., Eisenbahnstr. 43, Tel. 2872. Verband der Metz- und verwandter Betriebe für das Land Baden (französ. Zone), Baden-Baden, Langestraße 47, Tel. 6 14 45. Vereinigung der Grundstücks- und Hypothekendarsteller, Freiburg/B., Eisenbahnstraße 43, Tel. 2295. Verband badischer Wabungsunternehmen, Freiburg/B., Zähringerstraße 13a. Badischer Speakeasy- und Orchesterband, Engen (Hagen), Postfach 43, Tel. 254. Landesverband Südbadischer Handel der gewerblichen Berufsstände, Baden-Baden, Eisenbahnstraße 19, Tel. 25 44. Sektoren der Vertriebswirtschaft der Länder in der französischen Zone, Baden-Lichtenfels, Seelstraße 1, Tel. 6 17 16. STAOMA, Baden-Baden, Kurhaus-Kolonaden.

- Bayern München. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat jetzt die Gründung folgender weiterer Verbände und Vereine der gewerblichen Wirtschaft zugelassen: Export-Verband, Sitz Nürnberg. Verband Nordbayrischer Bergbauunternehmungen zur Gewinnung und Verwertung mineralischer Bodenschätze - Sitz Schwarzenbach (Saale). Fachverband Dachziegelindustrie Bayern - Sitz München, Rosenstraße 129. Verband der Technischen Händler Bayerns - Sitz München, Schützenstraße 7. Arbeitsgemeinschaft der Versicherungs-gewerbe - Sitz München, Ludwigstraße 12. Arbeitsverband Bayerischer Sägewerke, Holzhandlungen und verwandte Betriebe - Sitz München, Pellenkstraße 22. Landesverband der Lichtpausereien in Bayern - Sitz München, Nibelungenstraße 5. Fachverband Bayerische Körperpflegemittel-industrie - Sitz München, Rosenstraße 54. Vereinigung der CER-Bauleistungen in Bayern - Sitz München, Karlplatz 7. Verein Bayerischer Reibereien - Sitz München, Oeschelstraße München-Pasing, Erlener 19. Nachfolgende neugegründete wirtschaftliche Verbände in Bayern: Arbeitsgemeinschaft der Mündener Bauunternehmungen für Schulbau und Wiederaufbau e. V., Sitz München; Verband Bayerischer Elektriker e. V., Sitz München; Vereinigung des Bewohnungsgewerbes in Bayern e. V., Sitz München; Berufsverband der Bayerischen Milchbäuer e. V., Sitz München.

Landeszentralbank von Baden

Umsätze um 78% gestiegen - Erhöhte Einlagen

Die Landeszentralbank von Baden, Freiburg i. Br., legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1947 (vom 1. 3. bis 31. 12. 47) vor. Vom 1. März 1947 an traten die alten Reichsbankstellen in der französischen Zone in Liquidation und wurden durch Landeszentralbanken ersetzt. Demgemäß wurde für das Land Baden die Landeszentralbank von Baden errichtet, deren Grundkapital 10 Mill. RM beträgt, das vom Land Baden aufgebracht wurde. Es ist vorgesehen, daß die Zentralverwaltung der Geldinstitute überlassen werden. Die Gesamtsätze (Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Kassenbuchtitel) dieses Instituts betragen 25.673,3 Mill. RM, das sind 11.947,1 Mill. RM mehr als die der entsprechenden Reichsbankstellen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon beruht allerdings ein Teil auf den Eröffnungsbuchungen und stellt insofern keine wirkliche Zunahme dar. Im übrigen waren an der starken Umsatzsteigerung in erster Linie die Konten der Besatzungsarmee und das Konto der Patrice Générale beteiligt, auf das u. a. die Besatzungskosten, die die Militärregierung für das Land Baden ab 1. 4. 1947 von 216 auf 103 Mill. RM jährlich ermäßigt hat, überwiesen wurden. Ferner nahmen die Umsätze auf verschiedenen öffentlichen Konten erheblich zu. So hatte die Zentralverwaltung infolge der hohen Steuersätze laufend große Steuererlöse zu verzeichnen. Weitere Mittel hat sich das Land Baden im Laufe des Geschäftsjahres durch Ausgabe von 99 Mill. RM Schulwechsel zu einem Satz von 15 % erschlossen. Außerdem hat die Staatsbankrottliquidation eine Kasse 100 Mill. RM Schulwechsel, die im Dezember fällig geworden waren, endgültig eingelöst. Außer auf den vorstehend genannten Konten haben sich die Umsätze auf den Konten der Geldinstitute wesentlich erhöht. Diese Steigerung hängt damit zusammen, daß die früheren Filialen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die ab 1. Oktober ihre Firmenbezeichnung in Obergrenze Bank und Süddeutsche Kreditanstalt ändern mußten, den Überweisungsverkehr mit anderen deutschen Ländern und Zonen auf Grund einer Anordnung der Militärregierung ab Mai 1947 vorwiegend über die Landeszentralbank abwickeln. Die Überweisungsaufträge der Geldinstitute haben sich deshalb zugehört, weil auf Grund von Vereinbarungen mit dem Berliner Stadtkontor nunmehr wieder Überweisungen für Warengeschäfte mit der russischen Besatzungszone möglich sind. Schließlich sind die Umsatzsteigerungen auf den Konten der Banken auf beträchtliche Bareinzahlungen zurückzuführen, die durch einen zunehmenden Geldrückfluß aus der Bevölkerung verursacht wurden.

Die Umsätze im Groverkehr erreichten 2494 Mill. RM bei einer Stückzahl von 621 448. Davon entfielen auf die Fernübertragungen 573 188 Stück mit 648,3 Mill. RM, d. h. 43 % der Giroumsätze. Ebenso wie die Fernüberweisungen haben auch die Umsätze im Abrechnungverkehr bei der Hauptbank und den Zweigstellen mit 423 693 Stück und 523,7 Mill. Reichsmark einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Die Bilanz zum 31. Dezember 1947 zeigt auf der Aktivseite die oben erwähnten Kassenbestände mit 699,3 Mill. RM. Dazu kommen auf der linken Seite Postausgleichsbestände mit 16,3, Guthaben bei anderen Landeszentralbanken mit 93,3, Betriebskredite mit 2,34 und Sonderkredite mit 79,95 Mill. RM. Der zusammengefaßte Posten besteht zum größten Teil aus Kreditgewährungen an das Öconomec. In dessen Händen die Abwicklung des restanten Außenhandels der französischen Besatzungszone liegt. Dann folgt der Posten 'sonstige Forderungen' mit 237,4 Mill. RM, worin die oben näher erklärte Forderung an die Treuhänderverwaltung der Reichsbank Speyer mit 231,3 Mill. RM enthalten ist. Auf der Passivseite steht das Kapital mit 10 Mill. und Rücklagen mit 6,2 Mill. RM. Unter den Einlagen, die insgesamt mit 232 Mill. ausgewiesen sind, erschließen die oben erwähnten 698,3 Mill., nämlich die Einlagen der Kreditinstitute, dann die Einlagen öffentlicher Verwaltungen mit 68,74, sonstige inländische Einleger mit 24,58 und ausländische Einleger mit 90,15 Mill. RM. Dann folgen unterwegs befindliche Giroüberweisungen mit 14,3 und Guthaben von anderen Landeszentralbanken mit 213,7 Mill. RM. Im Jahresende zählten wir 1314 Konten gegenüber 1240 Konten zu Beginn des Geschäftsjahres. Die Guthaben darauf einschließlich der Guthaben von Kreditinstituten sind überhalb des Landes Baden beliefen sich (in Mill. RM) am 1. März auf 692,6, die Guthaben auf 692,0, 709,6, die Belastungen auf 704,5, mithin die Bestände am 31. Dezember auf 841,3. Im einzelnen haben die Einlagen der Kreditinstitute um 144 Mill. auf 698,8 Mill. RM zugenommen, so daß sie zuletzt 78 % der Gesamteinlagen ausmachten. Die Steigerung hat sich im neuen Jahre verstärkt fortgesetzt. In dieser Entwicklung spiegelt sich einerseits der bereits erwähnte Geldrückfluß, andererseits auch das Bestreben der Banken wider, sich für den Fall einer Währungsumschichtung u. U. selbst auf Kosten der Rentabilität möglichst flüssig zu halten. Die Guthaben der deutschen öffentlichen Verwaltungen sind vom 1. März bis Ende September um 8,3 Millionen auf 237,7 Mill. RM gestiegen. Hauptsächlich durch die Verringerung der Einlagen der

Ober-Postkasse sind sie alsdann auf 68,8 Mill. RM zurückgegangen. Die Guthaben der sonstigen inländischen Einleger haben um 14,6 Mill. auf 24,5 Mill. Reichsmark zugenommen, wobei jedoch etwa 19 Mill. RM durch die Übernahme der Konten der ehemaligen Wehrmacht und NSDAP, von der Treuhänderverwaltung der Reichsbank in Speyer begründet sind. Die Umsätze im Groverkehr erreichten 2494 Mill. RM bei einer Stückzahl von 621 448. Davon entfielen auf die Fernübertragungen 573 188 Stück mit 648,3 Mill. RM, d. h. 43 % der Giroumsätze. Ebenso wie die Fernüberweisungen haben auch die Umsätze im Abrechnungverkehr bei der Hauptbank und den Zweigstellen mit 423 693 Stück und 523,7 Mill. Reichsmark einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Die Bilanz zum 31. Dezember 1947 zeigt auf der Aktivseite die oben erwähnten Kassenbestände mit 699,3 Mill. RM. Dazu kommen auf der linken Seite Postausgleichsbestände mit 16,3, Guthaben bei anderen Landeszentralbanken mit 93,3, Betriebskredite mit 2,34 und Sonderkredite mit 79,95 Mill. RM. Der zusammengefaßte Posten besteht zum größten Teil aus Kreditgewährungen an das Öconomec. In dessen Händen die Abwicklung des restanten Außenhandels der französischen Besatzungszone liegt. Dann folgt der Posten 'sonstige Forderungen' mit 237,4 Mill. RM, worin die oben näher erklärte Forderung an die Treuhänderverwaltung der Reichsbank Speyer mit 231,3 Mill. RM enthalten ist. Auf der Passivseite steht das Kapital mit 10 Mill. und Rücklagen mit 6,2 Mill. RM. Unter den Einlagen, die insgesamt mit 232 Mill. ausgewiesen sind, erschließen die oben erwähnten 698,3 Mill., nämlich die Einlagen der Kreditinstitute, dann die Einlagen öffentlicher Verwaltungen mit 68,74, sonstige inländische Einleger mit 24,58 und ausländische Einleger mit 90,15 Mill. RM. Dann folgen unterwegs befindliche Giroüberweisungen mit 14,3 und Guthaben von anderen Landeszentralbanken mit 213,7 Mill. RM. Im Jahresende zählten wir 1314 Konten gegenüber 1240 Konten zu Beginn des Geschäftsjahres. Die Guthaben darauf einschließlich der Guthaben von Kreditinstituten sind überhalb des Landes Baden beliefen sich (in Mill. RM) am 1. März auf 692,6, die Guthaben auf 692,0, 709,6, die Belastungen auf 704,5, mithin die Bestände am 31. Dezember auf 841,3. Im einzelnen haben die Einlagen der Kreditinstitute um 144 Mill. auf 698,8 Mill. RM zugenommen, so daß sie zuletzt 78 % der Gesamteinlagen ausmachten. Die Steigerung hat sich im neuen Jahre verstärkt fortgesetzt. In dieser Entwicklung spiegelt sich einerseits der bereits erwähnte Geldrückfluß, andererseits auch das Bestreben der Banken wider, sich für den Fall einer Währungsumschichtung u. U. selbst auf Kosten der Rentabilität möglichst flüssig zu halten. Die Guthaben der deutschen öffentlichen Verwaltungen sind vom 1. März bis Ende September um 8,3 Millionen auf 237,7 Mill. RM gestiegen. Hauptsächlich durch die Verringerung der Einlagen der

Personallen

Der Aufsichtsrat der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft setzt sich zusammen aus: Dr. Oscar Rabbehtge, Einbeck (Hannover), Dr. Theodor Martin, Magdeburg, Dr. Leopold Kaatz, Dessau, Alfred Hilger, Hemsbach, Dr. Wilhelm Herold, Wernigerode-Rasseode und Dr. Ernst Goormann, Berlin-Wilmersdorf.

Der Aufsichtsrat der Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft besteht aus: Dr. Wilhelm Berndt, Dr. Theodor Martin, Dr. Oscar Rabbehtge, Gustav Humbert, Gerbestedt, und Richard Franz Reckleben, Rotenkirchen bei Einbeck.

Dem Aufsichtsrat der Magdeburger Rückversicherungs-AG. gehören an: Dr. Oscar Rabbehtge, Dr. Theodor Martin, Dr. Wilhelm Berndt, Dipl.-Ing. Josef Eckardt, Düsseldorf, Dr. Ernst Morell, Salzgitter, Dr. Paul Schmidt, Salzgitter, und Hans Camillo Raabe, Wien.

Der Aufsichtsrat der Magdeburger Allgemeinen Lebens- und Rentenversicherungs-AG. besteht aus: Dr. Oscar Rabbehtge, Dr. Wilhelm Berndt, Dr. Ernst Goormann, Dr. Martin und Dr. Paul Schmidt.

In den Aufsichtsrat der Weidener Kaufhof AG. in Köln, sind bei Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Abraham Freiherr von Wuppertal-Eberfeld neu eingetreten: Dr. Paul Marx (Düsseldorf), Bruno Potthast und Joh. H. Rath, beide in Köln.

Generaldirektor Dr. Hans Streit in Singen (Hohentwiel) von Geschäftsführer der Stadt Gmbh. in Singen stellt worden. Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer Josef Rödy in Oberwinterthur und Karl A. Honiger in Zürich ist erloschen.

Der Senfchef der Kleinschwefel-Werke in Krefeld (Maschinen und Apparate für die Textil- und Papierindustrie), Dr. Ing. e. h. Johs. Kleinschwefel, wurde am 13. April 85 Jahre alt.

Deutsche Gesellschaften

Brüning Lüneburg Bei der J. Brüning & Sohn AG., Lüneburg, konnte im Geschäftsjahr 1946 die Leistungsfähigkeit der Betriebsanlagen nur annähernd ausgenutzt werden, weil vor allem die erforderlichen Arbeitskräfte fehlten. Das Geschäftsjahr 1946 schließt mit einem Gewinn von 73 887 RM. Nach Abzug vom Verlustvortrag des Vorjahres in Höhe von 1,42 Mill. RM verbleibt ein Verlustrest von 1,29 Mill. RM, der vorgetragen werden soll. Der Ragnit in Ostpreußen ging verloren. Die Betriebskosten der Lüneburger Holzwerke GmbH., Lüneburg, stieg um 90 081 RM unverändert zu Buch. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Rohüberschuß (einschließlich Erläuterung von Besatzungs-schäden) mit 1,26 Mill. RM (0,6) ausgewiesen. (Grundkapital: 2,4 Mill. RM.)

G. Graessner Wwe. & Sohn AG. Die unter Sequier stehende Buntweiberei G. Graessner Wwe. & Sohn AG., Langensalza, arbeitet in ihrer mechanischen Buntweiberei in Langensalza in zwei Schichten und beschäftigt 600 Leute. Das 426 vorhandenen Webstühlen sind aber nur 208 in Gang. Infolge Ersatzteilmangels können die restlichen Stühle nicht eingesetzt werden. Vornehmlich wird russische Baumwolle zur Fabrication von Arbeitsanzügen und Berufsbekleidung verwendet. Trotz Steigerung des Umsatzes konnte für das Geschäftsjahr 1946/47 kein Gewinn erzielt werden, da die gesetzlich festgesetzten Preise für Fertigtwaren zu niedrig angesetzt sind. Der Verlust belief sich auf 47 900 RM, die Abschreibungen betragen 4 600 RM bei einem unzureichenden Überschuß von 666 RM. Das Unternehmen hat obligatorische Aufträge zu erledigen und muß auf Reparationskonten liefern.

Ways & Freytag Der Hauptversammlung der Ways & Freytag AG., Frankfurt a. M., wurden die Abschlüsse für die Jahre 1946 und 1947 zur Kenntnisnahme und die gleichen Unterlagen für die Jahre 1945 und 1946 zur Beschlußfassung vorgelegt. Von dem Gewinn des Jahres 1946 von 0,24 Millionen 0,4 Mill. RM der Unterstützungskasse für die Belegschaft zugeführt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen. Im Jahre 1946 wurde ein Gewinn von 0,09 Mill. RM ausgewiesen. Er wurde zusammen mit dem Vortrag aus 1945 auf neue Rechnung vorgetragen. Das Jahr 1946 ergibt einen Verlust von 2,3 Mill. RM, um den sich der Gewinn-Vortrag aus 1945 ermäßigte. Vorgezogen werden 2,448 Mill. RM. Die Gesellschaft verlor seinen wesentlichen Teil ihrer Betriebsmittel. Die durch Kriegsergebnisse und erhöhten Verwehrlauf gestauten Wiederaufbau- und Instandsetzungsarbeiten an Büroläumen und Werkstätten und Reparaturarbeiten an Maschinen und Geräten konnten infolge Mangels an Arbeitskräften erst im Spätsommer 1946 begonnen und fortgesetzt werden. Über die Aussichten über die Verwaltung die Erklärung ab, daß für das Jahr 1947 ein Ergebnis ähnlich dem des Jahres erwartet werden kann. (Grundkapital: 4 Mill. RM.) Von den bisherigen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden von der H. V. bestätigt die Herren Dr. jur. Carl Jahr, Heidelberg; Professor Dr.-Ing. ehr. Emil Mörsch, Stuttgart-Weil im Dorf; Dr.-Ing. Alfred Petersen, Frankfurt/Main. Außerdem wurde beschlossen, die Herren Dr. jur. Karl Freytag, Pulsch bei München; Direktor Alexander Petersen, Frankfurt/Main; Direktor Dr. jur. Walter Schmidt, Wiesbaden, in den Aufsichtsrat zu berufen.

Die vorliegenden Bilanzen über die Geschäftsjahre 1945 bis 1946 vermitteln ein nur ungenügendes Bild über die finanzielle Lage des Unternehmens. Das Anlagevermögen ist aus Ertragsausfällen abgeschrieben. Das Umlaufvermögen beträgt 23 Mill., hiervon sind 23 Mill. Bankguthaben. Die risikobehafteten Vermögensgegenstände belaufen sich auf 20 Mill. RM. Ihnen steht eine Wertberichtigung auf der Passivseite in gleicher Höhe gegenüber. Verbindlichkeiten belaufen sich auf 10 Mill.

Agrippina Lebensversicherung Auf der o. HV. der Agrippina Lebensversicherung AG., Berlin, wurde der Jahresbeschluß für 1946, der einen Reingewinn von 18 400 RM ergab, der vorgetragen wird, genehmigt. Die Neuzugänge des Jahres 1947 übersteigen die Ziffern des Jahres 1946, die insgesamt 7,3 Mill. RM betragen, um 30 - 100 %. An Prämien wurden 1946 10,8 Mill. RM versinnahmt. Der Umlaufbestand der Bilanz von 1946 bezifferte sich auf 224 Mill. RM. Die Gesamtschulden des Unternehmens konnten bisher noch nicht voll abgeschätzt werden.

Weltluftverkehrs-Abschlüsse

Einige nunmehr vorliegende Leistungsdaten gestatten einen Überblick über die Luftverkehrsentwicklung in den USA, im Britischen Empire und in der Union Française im Betriebsjahr 1947.

Die USA-Verkehrsluftfahrt

Könnte auch 1947, wie es die nachstehende Übersicht erweist, ihren Leistungsaufstieg der letzten Jahre fortsetzen:

	1946	1947	Einheit
Streckenlänge	257,85	289,48	Tausend Meilen *)
Verkehrsflugzeuge	824	965	Maschinen
Treibstoffverbrauch	291,15	384,39	Millionen Gall. *)
Beförderte Fluggäste	13,51	14,21	Millionen
Luftfrachtleistung	38,57	105,05	Millionen (Mill. *)

*) 1 Meile = 1,609 km; 1 Gallone = 4,54 l.

Diese Werte beziehen sich auf In- und Auslandsverkehr zusammen. Die Gewichtverteilung zwischen Binnen- und internationalen Verkehr erhellt daraus, daß die Erhöhung der Streckenlänge und besonders der für das wirtschaftliche Ergebnis wichtigen Luftfrachtleistung fast ausschließlich (bis zu 80%) auf das Konto der Auslandsstrecken geht. Da die Steigerung der geleisteten Fluggast-Meilen diejenige der Zahl der beförderten Fluggäste weit übertrifft, entfällt auf den einzelnen Fluggast eine durchschnittlich größere zurückgelegte Luftreise als 1946. An den Betriebsmaßnahmen — also ohne Subventionen — war die Passagierbeförderung mit 84,8% im Binnen- und mit 65,9% im Auslandsverkehr beteiligt; doch ist der Anteil des Luftfrachtgeschäftes seit 1945 im Steigen. Von den Betriebsausgaben entfielen 49,4% allein auf Löhne und Gehälter, weitere 6,6% auf Materialerzeugung und Reparaturen, 8,9% auf Treibstoffe und 15,1% auf Versicherungen, Abschreibungen und Steuern. An der relativ hohen Zahl von 84 102 (1946: 88 454) Beschäftigten war das eigentliche „fliegende Personal“ nur mit einem relativ geringen Prozentsatz beteiligt. Das finanzielle Ergebnis war, privatwirtschaftlich betrachtet, überaus schlecht. Das Ende 1946 bei 7 Mill. \$ liegende Defizit aller Luftverkehrsgesellschaften zusammen wurde im Sommer 1947 mit 11 Mill. \$ errechnet; für das Jahresende 1947 wird es auf rund 20 Mill. \$ geschätzt. Von den „großen Flöt“ des inneramerikanischen Verkehrs vermochte allein die „Eastern Air Lines“ einen Gewinnabschluß vorzulegen; dementsprechend war sie auch der Bourse der Kursabschlag für sie noch am geringsten, während er bei den Luftverkehrs-Aktien im allgemeinen bis zu 85% betrug. Für das schlechte wirtschaftliche Ergebnis werden u. a. die Flugpreissenkungen seit 1945, die Herabsetzung der staatlichen Luftpostvergütungen und die Einführung neuer Maschinentypen verantwortlich gemacht. Der Ausnutzungskoeffizient im Fluggastgeschäft („verkaufte Plätze“ zu „verfügbare Plätze“) lag im Durchschnitt zwischen 40 und 60%, während er bei Eigenwirtschaftlichkeit rund 80% betragen müßte.

Von den drei großen, für die britische Luftverkehrsregulierung maßgebenden Gesellschaften „British Overseas Airways Corporation“ (BOAC),

„British European Airways“ (BEA) und „British South American Airways“ (BSAA) legten die beiden ersten schon einen detaillierten Bericht vor. Auf einem sich über alle Erdteile und Weltmeere erstreckenden Liniennetz von 54 000 (1946: 49 000) Meilen Länge beförderte die BOAC im Berichtsjahr rund 130 000 Fluggäste. Im wirtschaftlichen Gesamtvergleich beherrschte ein Verlust in der enormen Höhe von 8,08 Mill. £ das Bild. Der Aufsichtsrats-Vorsitzende, Sir Harold Hartley, betont in einer Verlautbarung hierzu, daß eine der Hauptursachen für den Verlustabschluß in der Tatsache zu suchen sei, daß „die BOAC in erster Linie die Aufgabe habe, die Luftverbindungen innerhalb des weltweiten Commonwealth unter Voraussetzungen aufrechtzuerhalten, bei denen der kommerzielle Charakter der Flugdienste häufig dem nationalen Interesse untergeordnet werden muß“. Auch die BEA, welche bei 18,6 Mill. geflogenen km rund 463 000 Fluggäste und 3 868 t Luftfracht und Luftpost beförderte, können nur einen Verlust anweisen: Er beträgt 2,10 Mill. £ und fällt zum größeren Teil den Europa- und zum kleineren Teil den Innerengland-Flugdiensten zur Last. Für BOAC und BEA zusammen verzeichnet

die Eigeneinnahmen, also ohne Subventionen, nur 57,3% der entstandenen Unkosten zu decken. Um diese Verlustabschlüsse gab es am 26. Februar 1948 eine große Debatte im englischen Unterhaus, in deren Verlauf vor allem die „Nationalisierung“ des Luftverkehrs und der gewaltige bürokratische Verwaltungsapparat angegriffen wurden; der Regierung wurde vorgerechnet, daß die Steuerzahler je Fluggast etwa 50 £ aufzubringen hätten, wenn man die Unkosten des Zivilluftfahrt-Ministeriums einbeziehe. Die Unterhaus-Drucksache Nr. 15 stellte prominent fest, daß die Regierung nunmehr endlich eine „spezifizierte Regelung“ für die Zukunft des britischen Weltluftverkehrs finden müsse. Obgleich ein Großteil der BOAC- und BEA-Verluste aus dem günstigen Ergebnis der BSAA gedeckt werden konnte, lehnte die Regierung eine Fusion der drei Luftverkehrsgesellschaften nach wie vor ab.

Frankreichs Luftverkehrsleistungen finden die richtige Wertung erst bei Berücksichtigung des beträchtlichen Handicaps durch die Jahre der Okkupation und die Zerstörungen während des letzten Kriegsjahres. Nichtsdestoweniger war der Leistungsaufstieg bedeutend:

Welt-Warenmärkte

Textile Rohstoffe wieder fest

Erholung nach der Baisse im Februar und März

Die seit März zu beobachtende Durchführung des europäischen Wiederaufbauprogramms ist auch auf die textilen Rohstoffmärkte von weitreichendem Einfluß. In den USA sind trotz der Lohn- und Preiswelle und ungeachtet des Booms in strategischen Materialien die Aussichten für eine Mengenkonjunktur gegeben, wobei unter den Verbrauchsgütern Textilien eine große Rolle spielen. Die europäische Textilwirtschaft, die Wert darauf legen muß, sich auf dem Weltmarkt als konkurrenzfähig zu erweisen, wird ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie ihr gestiegene, aber vorübergehende Einkaufspolitik zu betreiben, die Klüfte zu allzu hohen Preisen möglichst vermeidet.

Die schnelle Erholung der USA-Baumwollmärkte seit dem Februar-Rückschlag, die fast ohne Reaktion vor sich ging, kam insofern nicht überraschend, als die starke statistische Lage der amerikanischen Baumwolle bekannt ist und auch durch die diesjährige Ernte kaum beeinträchtigt werden wird. Der Inlandverbrauch ist recht reger und es wird in USA in Kürze schon mit neuen Armeeverträgen gerechnet. Die Ausführ-Entwickelungen im Rahmen des European Recovery Programms, wesentlich günstiger beurteilt werden, ist nur im Hinblick auf die relativ hohen Baumwollpreise angebracht, da sich diese für die nahen Termine seit Mitte Februar um rund 20% verteuert haben. Die auf der Baumwollkonferenz in Alexandria aufgestellten Schätzungen haben ergeben, daß etwa im Jahr 1950 das Gleichgewicht zwischen Baumwollproduktion und Baumwollverbrauch wieder hergestellt sein kann. Für die laufende Saison liegen die Schätzungen des Weltverbrauchs etwa bei 8,5 Mill. Ballen und der Weltzeugung ca. bei 9,3 Mill. Ballen. Der scharfe Preisrückgang in bedruckten Baumwollstoffen, der im ersten Quartal in USA zu verzeichnen war, hat trotz ermutigender Momente bisher erst zu einer mäßigen Erholung geführt. Die internationale Knappheit an langfristiger Baumwolle war einer der Hauptgründe für die Jause-Bewegung in ägyptischer Baumwolle, durch die sich die Preise in Ägypten binnen sechs Monaten fast verdoppelt haben. Zu den besten Kunden Ägyptens zählt in dieser Saison wieder Großbritannien.

taunien, dicht gefolgt von Frankreich, das seine Einkäufe stark erhöht hat, und Italien. Die Zeitung Indiens in zwei Staaten stellt dieses Verhalten unerwartet vor Versorgungsschwierigkeiten; besonders groß ist der Mangel an langstapeligen Qualitäten. Nach nunmehriger Stilllegung soll die Baumwollereise in Le Havre demnächst wieder eröffnet werden. Nach der Ende Februar eingetragenen Flaute an den Rohwollmärkten tendiert auf eine Bedarfssteigerung der verarbeitenden Industrie und des Handels zurückzuführen war, haben sich die Preise wieder leicht erholt. In erster Linie trifft dies für die knappen Merino-Wollens und feinen Kreuzungen zu. Zu beachten ist, daß das Wollpreinsniveau nach wie vor recht hoch liegt. Obwohl die weiteren Aussichten sehr unübersichtlich sind, so ist immerhin von einem Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte, mit dem im Laufe dieses Jahres gerechnet wird, eine Rückwirkung auf die Wollmärkte zu erwarten. Während die Entwicklung der südamerikanischen Wollzeugung nach der Dürre des Vorjahres eine Besserung aufweist, ist die nordamerikanische Wollproduktion nach der 1948-Saison von 48 Mill. lbs auf 208 Mill. lbs in der 1947-48-Saison gesunken. Auf Grund des Gesetzes zur Stilllegung der Wollpreise hat das USA-Landwirtschaftsministerium jetzt eine Preisobergrenze um 1 bis 4 cts pro lb je nach Qualität für die laufende Saison bekanntgegeben.

Die Erzeugung Japans an Natursidee belief sich im letzten Jahr auf 110 000 Ballen. Hiervon wurden 11 300 Ballen exportiert gegen 60 700 Ballen im 1946. Die Hauptabnehmer waren Großbritannien, die USA, Indien und Australien. Die Erholung der japanischen Seidenindustrie, die erst mit 20% der Kapazität beschäftigt ist, macht nur langsame Fortschritte. Die Seiden-Ausfuhr Italiens, die 1947 um 20% im Vergleich zu 1946 zurückgegangen war, läßt in jüngster Zeit wieder eine Besserung erkennen. Größere Lieferungen erfolgten, wie im letzten Jahr an die USA und Indien, gefolgt von Ägypten und Frankreich. Indiens letztjährige Rohjute-Ernte in Höhe von rund 14 Mill. Ballen entsprach dem Stande einer durchschnittlichen Friedensernte. Die zwischen Pakistan und Indien bestehenden Schwierigkeiten haben trotz der großen Ernte ein wesentliches Nachgeben der Jute-Notierungen verhindert, die nur von 185 auf 177 Rup. absieckelten. Rund 20% des indischen Jute-Exports soll nach den USA gehen. In den europäischen Verbraucherländern, besonders in England, bleibt die Versorgung knapp. Die 1947er Sisal-Ernte Britisch-Ostafrikas wurde auf 124 000 t beziffert. Für das laufende Jahr erwartet man ein Ernteergebnis von 130 000 t. Dieses würde für eine bessere Versorgung des amerikanischen und europäischen Absatzgebietes ausreichen.

Belgien hat seine Rolle als bedeutendster europäischer Flachsexporteur aufrecht erhalten können. Trotz geringerer Ernte überstieg im Jahre 1947 die Ausfuhr mit 816 000 Ballen sogar diejenige des Jahres 1946 mit 808 000 Ballen. Zu den Hauptimportländern gehören Frankreich, England, die USA, Schweden und die Tschechoslowakei. Zum ersten Mal nach dem Kriege ist es Belgien jetzt gelungen, einen Geschäftsabschluß in russischen Flachs zustandezubringen.

Die hohen Preise der textilen Rohstoffe auf dem Weltmarkt werden sich langsam in zunehmenden Produktionsziffern auswirken. Die Folge wird eine Diminution des Preisauftriebes und eine Zunahme der Textilwaren-Produktion, in erster Linie in den USA und in Großbritannien, sein. Korrekturen auf der Unkostenseite sowie Preisermäßigungen zunächst auf Teilschritten werden daher zur Sicherung der Konjunktur unvermeidlich sein.

Metalle

Im ganzen hat sich die Lage der Metallmärkte wenig gegen die Vorwoche verändert. Einzelne Meldungen lassen aber immer wieder erkennen, daß sich die Versorgung der Welt mit Metallen all-

Streckennetze	1938	1946	1947	Einheit
Länge	47,44	152,96	212,60	Tausend km
Verkehrsflugzeuge	98	104	122	Maschinen
Beförderte Fluggäste	0,18	6,30	6,43	Millionen
Luftfracht	0,15	397,84	404,71	Millionen
U. Luftpost	2,24	9,28	17,16	Tausend t
Tonnen-km	2,09	10,07	16,02	Mill. tkm

Der wirtschaftlich entscheidende Kennwert „Deckung der Betriebskosten aus Eigeneinnahmen (ohne Subventionen)“ liegt für 1947 bei 85,24%, während er 1938 noch 39,6% und 1946 erst 74,9% betrug. Mit dieser wirtschaftlichen Leistung liegt die AIR FRANCE mit in der Spitze der Gruppe der wenigen großen Luftverkehrsgesellschaften von Welttrag, die sich dem Ziel der Eigenwirtschaftlichkeit zu nähern vermögen. An den Eigeneinnahmen war die Fluggastbeförderung mit 74,6% und die Luftpostbeförderung mit 12,3% beteiligt, die Luftfrachtbeförderung mit 13,1% der Anteil an der Luftpostbeförderung war, zu Gunsten der Fluggastbeförderung, gegenüber 1946 abnehmend; als Ursache wird angegeben, daß auf amtliche Anordnung „aus höheren Gesichtspunkten heraus“ die zuschlagfreie Mitnahme auf bestimmten Fernflugstrecken innerhalb der Union Française eingeführt wurde, — die Parallele zu dem „nationalen Interesse“ bei den BOAC-Flugdiensten. Beide Begründungen erbärten die Erkenntnis, daß — allen wirtschaftlichen Erwägungen und Wünschen oft entgegen — das Verkehrsflugzeug tatsächlich ein politisches Instrument geworden ist. Dipl.-Kfm. Hans Rosenberg.

BÖRSEN

FRANKFURT: uneinheitlich

Das Geschäft erfuhr vom 19.-23. April 1948 zwar noch keine Zunahme, da vor allem die Bankenkundenschaft in ihrer abwartenden Haltung verblieb. Indessen war die Grundtendenz an den Aktienmärkten in der abgelaufenen Woche etwas freundlicher. Der Berufshandel schritt auf dem erdigen Kursstand teilweise zu kleinen Meinnahmungen, wobei der Kursanstieg der Deutschen etwas anregte. Die Kursentwicklung war noch uneinheitlich, die durchschnittlichen Abweichungen bewegten sich zwischen 2-3%. Etwas größere Abschlüsse erfolgten in AEG mit 144-145-147 (141), in Deutscher Gas mit 113-118-113 (118), Gießereifabrikation 408-409-408 (401), Eisenbahn Köln 211-213-205-205¹ (209), Scheide 173-169-170¹ (172) und in Theor. Zellwolle NA mit 86-78-78 (84)¹. Auch für Bankaktien bestand gutes Interesse bei leicht schwankenden Kursen: Deutsche Bank 118-118-117¹ (113), Reichsbank 144-143-144 (144), Commerzbank erreichte nach 130 Werten den Stopp mit 159,75 (144), Schiffahrtsgesellschaft bei 100 Werten 2-4¹ höher, Hamburg-Elbe 118-118 (117), Hapag 104-109, Nordd. Lloyd 103-104-106, Atlas Levante 88-84 (90). Von sonstigen Papieren befestigten sich Zeit Jkon auf 123-125 (126), Schwab. Zellstoff auf 88-89 (87) und die Bergbau St. A. auf 119 (121), in Ostaktien bestanden Angebote fort. Die Anordnung der BMA, daß keine Demontagen in den Ostgebieten mehr erfolgen sollen, blieb völlig ohne Einfluß. Berliner Maschinen 85-80 (79), Schubert & Salzer 122 (121), Büding 124-128 (120), Kammerling 81¹ (82-83 (88)), Kurmarkische Zellwolle 90 (96), Kölscher Zellwolle 28 (33), Spinnstoff Glauhaus 25-30 (28), Ammendorf Papier 28 (46).

An Rentenmarkt waren Ostrenten weiter angeboten und in vielen Fällen unverkäuflich, so daß eine ganze Anzahl von Werten getrieben werden mußten. Auch Deutsche Centralboden, Mattinger und Preuß. Centralboden, in denen bisher eine gewisse Kurspflege bestand, zeigten weitere Abschwäche von 1-2%. Auf spekulative Nachfrage hin waren Ostpreuß. (77) nach 26, Pommern (37 nach 38) und Sachsenboden (26-25) nach 21 etwas fester. Westliche Pfandbriefe und Stadtanleihen blieben vom Stopp von 1945 getrennt. Industrieobligationen still. Jungschneide meist etwas schwächer, insbesondere Rheinmetall mit 14-12 (7) 8% Thyssen ex Coupon für zwei Jahre 111-110¹-111 (112) einschl. Coupon). — Um 5:15 p. Aktien 282 099 (242 000), Renten 245 000 (238 000) R.M.

SPECHSAAAL FREIBURG: ruhig
Bei dem am 23. April abgehaltenen Spechsaal wurden von den Renten 45 Dtsch. Hypothekbank Berlin mit 78-74 notiert, 4¹ Sächs. Bodenkreditpfandbriefe mit 23-24, 4¹ Sächs. Brabag mit 77-80, 4¹ Mauser-Werke mit 29-27, 4¹ Rheinmetall Borsig mit 78-79. Die Aktien der Hüttenwerke Köln standen auf 314-313, Gute Hoffnungshütte auf 290-286, Süddeutsche Zucker auf 82-83, Reichsbank auf 144-142. Die Tendenz war im allgemeinen als abwartend und ruhig zu bezeichnen.

MÜNCHEN: behauptet
In der Woche vom 13. bis 24. April wirkte sich an der bayrischen Wertpapierbörse die in Paris in Aussicht genommene Zusammenarbeit der Länder auf die Kurse am Aktienmarkt günstig aus. Teilweise konnte die nicht übertriebene, aber allgemeine Behauptung, Schwächer tendierten festverzinsliche Werte und Obligationen, Ostwerte wurden nicht gefragt und gaben bis zu 3% nach, Dessauer Gas lagen 9% und Deutsche Waffen 4% niedriger.

STUTTGART: unverändert
Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte während der Berichtswche vom 15. bis 24. April im allgemeinen gehaltenen Kurse bei nachlassendem Angebot. Heilmittelwerte waren unverändert gestiegen, Centralboden standen auf 88-87, Borsig auf 89. Großbanken blieben wenig verändert. Deutsche Bank und Dresdner Bank notierten 118 Reichsbank 142-141, Commerzbank getrieben, Berliner festverzinsliche Papiere brachten kaum Veränderungen. Krupp notierten 198-195, Union Rheinische Braunkohle 112-110. Auch die Aktien zeigten größtenteils keine Bewegung. Gut gehalten blieben Gute Hoffnungshütte zu 287-284, 88¹ Zellwolle stand auf 293-284, wobei der Stopkurs erreicht wurde. Schwab. Zellstoff wurde zu 87-86 gehandelt, für Süd-württembergische Anleihen bestand lebhaftere Interesse und wurden größere Umsätze vorgenommen.

DUSSELDORF: freundlich
Die Rheinische westfälische Wertpapierbörse zeigte eine freundliche Tendenz. Die ganze Woche war durch schärfere Umsätze bei überwiegender Kursbesserungen gekennzeichnet, wobei allerdings die Kursentwicklung uneinheitlich blieb. Von den Montanaktien fanden Umsätze in Stahlverein, Klöckner, Rhein Stahl zu Stöckern statt. Gute Hoffnungshütte stand auf 288. Eisenhütte behauptete einen Kurs von 302. Von den Maschinenwerten blieben Rheinmetall im 118, von den Elektroaktien AEG behauptet. Umsätze fanden in Rheinischer Braunkohle und Dtsch. Tafelglas statt. Die Entwicklung der Banken war schwach. Deutsche und Dresdner Bank wurden zu 116 niedriger gehandelt. Commerzbank stand auf 140 gebessert. Am Rentenmarkt bestand Nachfrage nach verschiedenen Industriebildungen, die leicht anogen. In Pfandbriefen fanden einige Umsätze zu Sinkkursen statt, der Kursmarkt blieb mangels Angebots geschäftlos.

ZÜRICH: teilweise rückläufig
In der Zeit vom 17. bis 23. April wurde die Zürcher Wertpapierbörse namentlich von Wahlenausgang in Italien beeinflußt. Die in Zürich gehandelten amerikanischen Papiere fanden zu steigenden Preisen Aufnahme. Die Bankaktien blieben im ganzen unverändert. In der Gruppe der Trustaktien erfuhr allein Elektro-Watt und Motor-Columbus nennenswerte Besserung. Die Kurse der Industriaktien entwickelten sich unregelmäßig. Fischer Stahl, Sulzer und verschiedene Kraftwerkaktien notierten höher, während Ciba, Hero Kaseerren, Brown Boveri, Aluminium und Saurer zurückgingen. Am Obligationenmarkt schwankten die Papiere in nur recht engen Grenzen.

Schiffahrts-Nachrichten

DÄNEMARK
Dänemark besaß Anfang 1948 eine Handelsflotte von 633 Schiffen mit einer Tonnage von 1 032 000 t einschließlich 11 Tankern mit 150 000 t.

Auf der „Eisnor“ Schiffswert lief für die „Det Forenede D. S. Kopenhagen“ das Passagierschiff „Kongens Lyngby“ 3 891 t vom Stapel. Das Schiff erhält 12 Zyl. B & W Dieselmotoren mit einer Leistung von 4 300 PS und wird im Sommer 1948 auf der Strecke Esbjerg-Harwich unterwegs. Die Geschwindigkeit wird etwa 11 Knoten betragen.

Die Reederei A. P. Müller, Kopenhagen stellte ihre Neubauten „Jesse Maersk“ und „Emilie Maersk“ von je 3 800 dwt. in Dienst. Die Schiffe wurden auf der „Aalborg Værft A/S, Aalborg“ bzw. auf der „Frederikshavn Værft A/S, Frederikshavn“ gebaut. 3 000 PS Dieselmotoren, Bagart B & W, sind eingebaut und geben den Schiffen eine Geschwindigkeit von 13 Knoten.

Für ihren Levante-Dienst läßt die „Det Forenede D. S. Kopenhagen“ 4 Schiffe von 2 600 t bauen. Die „Samos“ ist das erste Schiff dieser Klasse welches vor kurzem in Dienst gestellt wurde. Die Schiffe werden mit einem B & W Dieselmotor von 3 000 PS ausgestattet. Die Geschwindigkeit wird etwa 11,3 Knoten betragen. Einrichtungen für 13 Passagiere sind vorgesehen. — Für dieselbe Reederei lieferte die Werft von Burmeister & Wain,

Kopenhagen die beiden Motorschiffe „Columbia“ und „Venezuela“ je 3 100 t ab. Die Schiffe sind für den Südamerika-Dienst der Reederei bestimmt. Das „Arctob“ erfolgt durch 2 Zyl. B & W Dieselmotoren von 4 700 PS. Die Schiffe laufen etwa 14 Knoten.

Die „Dänische Petroleum Kompagnie, Kopenhagen“, kaufte von der Panama Transport Co., Panama, das Tankmotorschiff „Peter Hurl“ 17 385 dwt. i. 1950 auf der Werft von Palmers Co., Ltd., Newcastle, gebaut. Das Schiff ist jetzt das größte Schiff der dänischen Handelsflotte.

RUSSLAND

Die staatliche Handelsflotte der UdSSR bestand nach der letzten Statistik aus 31 seegehenden Fracht- und Passagierschiffen, und zwar:

- 3 Schiffe von 11 000 — 12 000 t
- 1 Schiff von 10 000 — 11 000 t
- 3 Schiffe von 8 000 — 10 000 t
- 4 Schiffe von 6 000 — 8 000 t
- 4 Schiffe von 7 000 — 8 000 t
- 14 Schiffe von 4 000 — 7 000 t
- 14 Schiffe von 3 000 — 4 000 t
- 38 Schiffe von 4 000 — 3 000 t
- 84 Schiffe von 3 000 — 4 000 t
- 19 Schiffe von 2 000 — 3 000 t
- 42 Schiffe von 1 000 — 2 000 t
- 16 Schiffe von 500 — 1 000 t
- 4 Schiffe von 300 t

